

# Preußische Allgemeine



Nr. 4 · 28. Januar 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

## Krieg im Osten?

Über die Lage an der russisch-ukrainischen Grenze, die Entfremdung zwischen Moskau und dem Westen sowie mögliche Auswege aus der Krise **Seiten 2 und 3**



**Corona** Eine unheimliche amerikanisch-chinesische Verbindung **Seite 8**



**Geschichte** Der Sozialdemokrat und Preuße Otto Braun **Seite 10**

### AUFGEFALLEN

## Bilanz eines Scheiterns

Exakt 190.816 Erst- und Zweitanträge auf Asyl wurden laut Bundesministerium des Innern (BMI) im Jahr 2021 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gestellt. Das waren 24.878 (plus 15,0 Prozent) mehr als 2019 und sogar 68.646 Asylanträge (plus 56,2 Prozent) mehr als im Vorjahr 2020, als 122.170 Anträge gestellt wurden. Allerdings weist das Ministerium darauf hin, dass „wegen der weltweiten coronabedingten Reisebeschränkungen“ in 2020 ein Vergleich mit den Asylzahlen dieses Jahres nicht repräsentativ ist.

Damit ist 2021 eines der Jahre mit den höchsten Antragszahlen der letzten Jahrzehnte überhaupt. Lediglich während der Hochzeit der Flüchtlingswelle von 2014 bis 2018 sowie nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ Anfang der 1990er Jahre kamen mehr Asylbewerber nach Deutschland.

Aufschlussreich sind vor allem die Herkunftsländer der Antragsteller: An der Spitze steht Syrien mit 70.162 Erst- und Zweitanträgen, gefolgt von Afghanistan mit 31.721 und Irak mit 16.872 Anträgen. Damit kommen fast zwei Drittel der Asylbewerber aus Ländern, in denen die westliche Staatengemeinschaft in den vergangenen zwanzig Jahren versucht hat, bestehende autoritäre Regime durch demokratische Strukturen zu ersetzen. Dass das in keinem Fall gelungen ist, ist hinlänglich bekannt. Dass dafür nun diese Länder an der Spitze der Staatsangehörigkeiten der Asylbewerber stehen, zeigt einmal mehr das Ausmaß des Scheiterns des Westens bei dem Versuch, sein politisches System in andere Teile der Erde zu exportieren. *neh*

### POLITIK

## Diese Opposition ist ein Geschenk für die Regierung

Während SPD, Grüne und FDP bislang kaum überzeugen, bekämpfen sich die Oppositionsparteien vor allem selbst

VON RENÉ NEHRING

Eigentlich stehen die Vorzeichen für die deutsche Opposition des Jahres 2022 gut. Seit dem unerwarteten Ausgang der Bundestagswahl konnte die neue Regierung bislang auf keinem einzigen Politikfeld punkten. Beim Dauerthema Corona wirkt sie ebenso hilflos wie die Vorgängerin. Und bei ihren jeweiligen Großthemen sind die einzelnen Regierungsparteien bemüht, einen Spagat zwischen den Maximalforderungen des Wahlkampfes und dem realpolitisch Machbaren hinzubekommen.

Dennoch vermochten es die Oppositionsparteien CDU und CSU, AfD und Linkspartei bislang nicht, die Regierung irgendwo in Bedrängnis zu bringen. Natürlich liegt dies mit daran, dass ebenso wie die Zusammensetzung der Regierung auch die Konstellation der Opposition so noch nicht dagewesen ist. Doch das ist bei Weitem nicht der einzige Grund.

Die CDU hat mit der Wahl des zuvor zweimal vom „Parteiestablishment“ verhinderten Friedrich Merz am vergangenen Wochenende immerhin einen neuen Anführer gewählt. Dieser sucht bislang noch nach einer Rolle für sich und seine Partei in der neu formierten politischen Landschaft. Dabei scheint es, dass die Union noch immer nicht verinnerlicht hat, dass sie tatsächlich in der Opposition sitzt. So bemüht sie sich bislang in vielen

Fragen eher um Einigkeit mit der Regierung denn um Abgrenzung. Ganz so, als stehe sie jederzeit bereit, wieder auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

Manch einem in der Union wird indes klar, in welchem strategischen Dilemma die Partei geraten ist, als sie vor Jahren etliche enttäuschte Mitglieder ziehen und eine neue Partei neben sich entstehen ließ. Wollte sie wirklich – wie von vielen an der Basis ersehnt – die Kurskorrekturen der Ära Merkel rückgängig machen, wäre sie zwar stärker von der Regierung unterscheidbar, jedoch programmatisch wieder nahe an eben jener neuen Kraft, die für die Parteiführung als Hauptgegner gilt.

### Testfall Bundespräsidentenwahl

Diese neue Kraft – die Alternative für Deutschland – zeigt indes auch in der neuen Konstellation, dass sie noch nicht ihren Platz in der politischen Landschaft gefunden hat. Während die einen um Professionalität in der Argumentation und eigenen Darstellung bemüht sind, scheint anderen die Rolle der Frontalopposition zu reichen. Diese bietet immerhin den Vorteil, stets die reine Lehre verkünden zu können und niemals in die Verlegenheit zu geraten, zeigen zu müssen, dass man es besser kann als die etablierten Parteien.

Geradezu peinlich sind beide – Union wie AfD – um Abgrenzung voneinander bemüht. So schloss Merz bereits vor seiner Wahl jegliche Zusammenarbeit aus, da

die AfD sich zu wenig von radikalen Kräften abgrenze und insgesamt nicht politikfähig sei. In der AfD waren dagegen vielfach Kommentare wie „Mit dieser CDU wollen wir gar nicht zusammenarbeiten“ zu hören. Schade eigentlich, dass niemand aus der AfD Friedrich Merz daran erinnert hat, dass er in jeder Sitzung des Deutschen Bundestags zum Bundeskanzler gewählt werden könnte, wenn er denn wollte. Eine Mehrheit (zu der natürlich auch die FDP gehören würde) jenseits der jetzigen Regierungskonstellation gäbe es jedenfalls.

Wie sehr die beiden Oppositionsparteien voneinander entfernt sind, zeigt die anstehende Wahl des nächsten Bundespräsidenten. Während sich die Union ohne innere Debatte für eine Wiederwahl von Amtsinhaber Steinmeier aussprach, meinte die AfD, mit der Nominierung des Vorsitzenden der WerteUnion und CDU-Mitglieds Max Otte einen Coup zu landen. Erste Reaktionen, etwa des früheren Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen, zeigen jedoch, dass sich die Konservativen in der Union eher von der WerteUnion absetzen dürften als von ihrer Partei. Aus AfD-Vorstandskreisen heißt es denn auch zu dem Otte-Vorschlag: „Er zeigt zudem, dass die Partei weit entfernt von strategischem Denken ist und nur von der Wand bis zur Tapete denkt.“

Freuen kann sich unterdessen die Regierung. Sie braucht diese Opposition bis auf Weiteres nicht zu fürchten.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Der Streit um die Frage, wer Corona-Sonderzahlungen und Pflegeboni erhalten soll **Seite 4**

#### Kultur

Die neue Bavariathek erzählt vom Neubeginn der Heimatvertriebenen nach dem Krieg **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

In Königsberg sollen die historischen Wege und Plätze modernisiert werden **Seite 13**

#### Reisen

Im Winter bieten die sächsischen Mittelgebirge schneeweiße Aussichten **Seite 21**



#### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt



Säbelrasseln oder reale Bedrohung? Russischer Helikopter während eines Manövers in Rostow am Don im Januar 2022

Foto: imago/SNA

# „Gefahr einer Entwicklung, die nicht mehr umkehrbar ist“

Droht ein heißer Krieg im russisch-ukrainischen Grenzgebiet? Über die Motive der Konfliktparteien, die Haltung der NATO und ihre Bereitschaft, im Ernstfall einzugreifen, sowie mögliche Schritte für eine langfristige Beilegung des Konflikts

IM GESPRÄCH MIT HARALD KUJAT

**S**eit Wochen verschärft sich die Lage an der ukrainisch-russischen Grenze. Auf russische Truppenkonzentrationen im Grenzgebiet antwortete der Westen mit Waffenlieferungen an die Ukraine. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sprach gar von der Gefahr eines Krieges. Anfang dieser Woche begannen die USA mit der Evakuierung ihres diplomatischen Personals aus Kiew. Zugleich kündigte die NATO an, zusätzliche Kampfflugzeuge und Marineschiffe in die Krisenregion zu entsenden. Wie kam es zu dieser Situation? Und wie können die Beteiligten den Konflikt wieder beilegen? Fragen an einen der höchstrangigen deutschen Soldaten der letzten Jahre, dessen Stimme noch immer gleichermaßen in Ost und West geschätzt ist.

**Herr Kujat, für wie gefährlich halten Sie die Lage an der ukrainisch-russischen Grenze? Sehen Sie eine reale Kriegsgefahr?** Viele Stimmen leiten aus der russischen Truppenkonzentration in der Nähe der Grenze zur Ukraine Angriffsabsichten ab. Richtig ist, dass Russland die Fähigkeit zu einem Angriff hätte. Dafür, dass Russland auch die Absicht hat, die Ukraine anzugreifen, gibt es bisher jedoch keine hinreichenden Belege. Ich glaube vielmehr, dass Russland mit dieser Drohkulisse Stärke demonstrieren will, um Verhandlungen mit den USA

und der NATO auf Augenhöhe zu erzwingen. Hätte Moskau von Anfang an beabsichtigt, die Ukraine anzugreifen, dann hätte es den Faktor Überraschung genutzt und diese Absicht in die Tat umgesetzt.

**In letzter Zeit sind die Spannungen aber deutlich gestiegen. Ist damit nicht auch die Gefahr eines Krieges größer geworden?**

Ja, leider haben die Spannungen durch demonstrative Seemanöver beider Seiten, die Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung durch die USA und andere westliche Staaten an die Ukraine, die Rückführung von Botschaftspersonal aus Kiew und die verbale Aufrüstung durch Politiker und Medien zugenommen. Auch in Deutschland wird gefordert, die Abschreckungsfähigkeit der Ukraine durch die Lieferung von Waffen, manche sagen auch von Defensivwaffen, zu stärken. Dabei wird allerdings übersehen, dass nicht die Technik bestimmt, ob eine Waffe als defensiv oder offensiv bezeichnet werden kann, sondern die Strategie. Es hängt also davon ab, wie eine Waffe eingesetzt wird. Die Abschreckung würde zudem nur funktionieren, wenn die Ukraine in der Lage wäre, sich erfolgreich gegen einen Angriff zu verteidigen oder zumindest das Risiko eines Scheiterns für Russland größer als die Aussicht auf einen Erfolg wäre. Die russischen Streitkräfte sind jedoch so weit überlegen, dass auch eine massive Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen für den Ausgang eines Krieges irrelevant ist. Allerdings steigt dadurch das Risi-

ko erheblich, dass durch ein menschliches oder technisches Versagen ein Krieg entsteht, den eigentlich keine Seite beabsichtigt hatte.

**Der bisherige Inspekteur der Deutschen Marine, Admiral Kay-Achim Schönbach, hatte geäußert, dass Putin lediglich Respekt und Gespräche auf Augenhöhe will. Das sorgte für diplomatischen Ärger mit der Ukraine und führte zum Rücktritt des Marine-Chefs.**

Der Kern dessen, was Admiral Schönbach geäußert hat, entspricht weitgehend der Position unseres wichtigsten Verbündeten, der USA. Er hat erklärt, dass die Krim für die Ukraine verloren ist, ohne jedoch die Position der Bundesregierung infrage zu stellen, dass die Annexion der Krim völkerrechtswidrig ist. Damit hat er nur das Offensichtliche ausgesprochen.

Fakt ist doch, dass die Krim nur dann zur Ukraine zurückkehren wird, wenn die USA oder die NATO – die Ukraine allein ist zu schwach dafür – bereit sind, für dieses Ziel einen Krieg gegen Russland zu führen. Und das wird nicht geschehen. Präsident Biden hat sogar für den Fall eines russischen Angriffs auf die Ukraine ausgeschlossen, dass Washington zu Hilfe eilt. Seine Forderung, Putin zu respektieren, indem man mit ihm auf Augenhöhe verhandelt, wird durch die amerikanisch-russischen Gespräche bestätigt.

Insofern hat sich Admiral Schönbach mit seinen Äußerungen keines Dienstvergehens schuldig gemacht, weshalb ich auch keinen

—  
„Dafür, dass Russland die Absicht hat, die Ukraine anzugreifen, gibt es bisher keine hinreichenden Belege. Ich glaube vielmehr, dass Russland mit dieser Drohkulisse Stärke demonstrieren will, um Verhandlungen mit den USA und der NATO auf Augenhöhe zu erzwingen“

Grund sehe, dass er aus dem Dienst ausscheidet.

**Im Vorfeld des 100. Jahrestags des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges beschrieb Christopher Clark in seinem Buch „Die Schlafwandler“, wie die europäischen Nationen durch das zunehmende Misstrauen ihrer Regierungen in die Katastrophe rutschten. Sehen Sie heute Parallelen zu damals?**

Durchaus. Die europäischen Mächte wollten 1914 eigentlich keinen Krieg, wurden aber durch die von Clark beschriebene Dynamik in eine Abfolge von Mobilisierungen gezogen, bis der politische Konflikt so weit eskaliert war, dass niemand mehr ohne Gesichtsverlust zurückweichen konnte.

Eine ähnliche Situation haben wir heute auch. Anders als vor dem Ersten Weltkrieg, als es insbesondere die Politiker waren, die verbal aufrüsteten und dann nicht mehr hinter dem zurückkonnten, was sie gesagt hatten, sind es heute auch die Medien, die in geradezu unverantwortlicher Weise die Kriegstrommel rühren, die zur Härte aufrufen, ohne zu bedenken, was das für Konsequenzen haben könnte. So riskieren wir, in eine Situation hineinzugeraten, in der eine Entwicklung entsteht, die dann nicht mehr umkehrbar ist.

**Wie konnte es überhaupt zu dieser Situation kommen? Gemeinhin gilt als Auslöser das Jahr 2014, als Russland die Krim an-**

**nektierte. Aber auch die damalige Situation war ja bereits das Ergebnis eines langen Entfremdungsprozesses.**

Das ist eine interessante Frage, für deren Beantwortung ich etwas ausholen möchte. Im Mai 1989 kam US-Präsident George Bush senior nach Mainz. Mit großem Weitblick beschrieb er das nahende Ende des Kommunismus und den Transformationsprozess, der kurz darauf zur deutschen Einheit, zur Auflösung des Warschauer Paktes und zum Auseinanderbrechen der Sowjetunion führen sollte. Dabei sprach Bush auch davon, dass es nicht das Ziel sei, die legitimen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zu untergraben. Zugleich machte er weitreichende Vorschläge für die Abrüstung konventioneller Streitkräfte, für vertrauensbildende militärische Maßnahmen und für unbewaffnete Aufklärungsflüge, eine Politik des offenen Himmels, und sogar für die Zusammenarbeit bei Umweltproblemen.

Jahre später, 1997, unterzeichneten die vormals verfeindeten Seiten in der NATO-Russland-Grundakte sogar eine strategische Partnerschaft mit dem „gemeinsamen Ziel, die Spuren der früheren Konfrontation und Konkurrenz zu beseitigen und das gegenseitige Vertrauen und die Zusammenarbeit zu stärken.“ In der Folge kam es dann auch zu einer engen politischen Abstimmung und zu einer militärischen Zusammenarbeit zwischen den vormaligen Gegnern, etwa bei der Kosovo-Mission der NATO. Daneben gab es unzählige Begegnungen, in denen sich die Experten von NATO und Russland über strategische Fragen, die militärische Infrastruktur und ähnliches mehr austauschten. Das alles führte zu größerer Transparenz, gegenseitigem Verständnis und Vertrauen.

**Parallel dazu erklärten jedoch einige ehemalige Staaten des Warschauer Vertrages, Mitglied der NATO werden zu wollen.**

Richtig. Es hatte sich ein Fenster nach Westen geöffnet und niemand wusste, wie lange dieser Zustand anhalten würde. Deshalb bemühten sich die Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes um eine schnelle Aufnahme in die NATO. Es wird oft behauptet, die US-Amerikaner hätten die Erweiterung vorangetrieben. Das ist nicht richtig. Die Amerikaner waren am Anfang überhaupt nicht an einer NATO-Erweiterung interessiert, weil damit weitere Verpflichtungen und Kosten verbunden waren, die nach dem glücklichen Ende des Kalten Krieges niemand übernehmen wollte.

Vor allem Deutschland hat das Streben dieser Länder nach einem NATO-Beitritt unterstützt, nicht zuletzt wegen der historischen und kulturellen Nähe zu den Ländern im östlichen Mitteleuropa. Man nahm damals an, dass das Verhältnis inzwischen so ver-

trauensvoll war, dass die Russen die Erweiterung nicht als Bedrohung ansehen würden. Und in der Tat waren die Beziehungen auch noch nach dem NATO-Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns 1999 sowie der baltischen Staaten und anderer ehemaliger Ostblock-Länder 2004 immer noch gut.

Das Problem ist, dass sich aus der Moskauer Perspektive bereits mit dem Beitritt Polens das strategische Gleichgewicht zu seinen Ungunsten verändert hatte. Und eine künftige Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO würde dieses Ungleichgewicht um ein Mehrfaches zu Ungunsten Russlands verschärfen. Es könnten dann – aus russischer Sicht – vor der eigenen Haustür permanent westliche Truppen und moderne Waffensysteme stationiert werden, die Russland in wenigen Minuten erreichen und geeignet wären, sogar das nuklearstrategische Gleichgewicht mit den USA zu gefährden.

**Wie sollte der Westen in dieser Situation agieren?**

Zunächst sollten alle Beteiligten verbal abrüsten. Beide Seiten sollten sich darum bemühen, nicht weiter an der Eskalationsschraube zu drehen. Der Westen sollte seine Maßnahmen darauf überprüfen, welche Gegenmaßnahmen Russland treffen könnte und welche Auswirkungen diese hätten. Mit der Ukraine sollte offen und ehrlich darüber gesprochen werden, welche Maßnahmen zur Beseitigung der inneren Spannungen und für eine stabile innere Ordnung notwendig sind und welchen Platz die Ukraine in einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur einnehmen könnte. US-Präsident Biden hat bereits ausdrücklich erklärt, dass die Ukraine im Falle eines militärischen Konfliktes nicht mit der Unterstützung der USA und damit auch der NATO rechnen kann. Nun sollte auch der zweite Schritt gemacht werden. Die NATO sollte erklären, dass sie nicht die Absicht hat, die Ukraine einzuladen, Mitglied der Allianz zu werden. Eine Einladung müssten alle Mitgliedstaaten beschließen. Das ist jedoch für die absehbare Zukunft ausgeschlossen, weil die Ukraine die dafür erforderlichen Voraussetzungen des NATO-Vertrags nicht erfüllt und die NATO nicht in der Lage ist, eine Verpflichtung gegenüber der Ukraine zur kollektiven Verteidigung zu erfüllen. Eine solche Erklärung würde bereits zu einer deutlichen Entspannung der jetzigen Situation führen. Auf dieser Grundlage könnten konstruktive Verhandlungen über die sicherheitspolitische und strategische Lage sowie über stabilisierende Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge geführt werden.

**Die Frage ist ja auch, ob die NATO überhaupt in der Lage ist für einen großen Kon-**



Symbolischer Brückenschlag: Ukrainische Politiker bedanken sich Ende dieses Monats in Kiew für die Unterstützung ihres Landes im aktuellen Konflikt durch Großbritannien  
Foto: imago images/NurPhoto

**flikt. Immerhin haben die europäischen Mitglieder in den letzten Jahren überall ihre Truppen verkleinert, die Wehrpflicht abgeschafft sowie die Ausrüstung der Soldaten veralten lassen.**

Auch das ist eine wichtige Frage. Während die russischen Streitkräfte zuletzt enorm modernisiert wurden und äußerst leistungsfähig sind, ist zum Beispiel Deutschland durch die sogenannte Neuausrichtung der Bundeswehr 2011 als traditionelle Landmacht ausgefallen. Personalumfang, Streitkräftestruktur sowie Ausrüstung und Bewaffnung wurden auf die Fähigkeit zu Friedens- und Stabilisierungsmissionen ausgerichtet. Im Ergebnis sind wir heute nicht mehr in der Lage, einen substanziellen Beitrag zur klassischen Landes- und Bündnisverteidigung zu leisten.

Ganz anders sieht es bei der Großmacht USA aus. Diese verfügt über äußerst leistungsfähige, moderne, weltweit einsetzbare Streitkräfte. Aber die Vereinigten Staaten haben sich in den vergangenen Jahren stark aus Europa zurückgezogen und konzentrieren ihre militärischen Kräfte auf den für sie wichtigsten Rivalen – China.

Entscheidend für Europa ist jedoch das nuklearstrategische Gleichgewicht der beiden Supermächte Russland und USA. Dieses Gleichgewicht sorgt für eine Stabilität auf allen Ebenen, sodass es zu keiner heißen Auseinandersetzung zwischen Ost und West kommt, jedenfalls nicht mit Vorsatz. Natürlich ist es immer möglich, dass es durch menschliches oder technisches Versagen zu einer Eskalation kommt.

**Unsere Sicherheit basiert also lediglich auf dem amerikanischen Beistandsversprechen und auf der allgemeinen Annahme, dass dieses im Ernstfall auch gilt?**

Richtig. Die europäischen Nationen wären gegenwärtig ohne die Vereinigten Staaten nicht in der Lage, sich selbst zu verteidigen. Deshalb wird ja seit Längerem gefordert, unter anderem von Präsident Macron, dass die Europäer sich stärker darum bemühen, strategische Souveränität zu erlangen. Ich würde es als die Fähigkeit zur politischen, wirtschaftlichen und militärischen Selbstbeauptung bezeichnen.

**Was soll dann das ganze Getöse von einem Krieg, wenn man gar nicht in der Lage ist, diesen zu führen?**

Das ist ein zentraler Punkt. Da sprechen Verantwortliche von einem Krieg, vor dem sie glauben, im Ernstfall sicher zu sein, weil man ihn auf Russland und die Ukraine beschränken könnte. Klar ist jedenfalls, dass wir gegenüber unseren Verbündeten Polen und die baltischen Staaten eine Beistandspflicht haben, die jederzeit und uneingeschränkt gilt. Diese Verbündeten im Stich zu lassen, würde

„Zunächst sollten sich alle Beteiligten darum bemühen, nicht weiter an der Eskalationsschraube zu drehen. Der Westen sollte seine Maßnahmen darauf überprüfen, welche Gegenmaßnahmen Russland treffen könnte und welche Auswirkungen diese hätten. Mit der Ukraine sollte offen und ehrlich darüber gesprochen werden, welchen Platz sie in einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur einnehmen könnte“

das Ende der NATO bedeuten. Ich bin allerdings der festen Überzeugung, dass niemand – auch in Russland – daran denkt, einen NATO-Staat anzugreifen.

**Wie kann der Konflikt beigelegt werden? Und zwar so, dass es kurzfristig nicht zu einem Krieg kommt – und langfristig wieder ein Vertrauensverhältnis entsteht?**

Russland will einen NATO-Beitritt der Ukraine und eine dauerhafte Stationierung von NATO-Kräften an seinen Grenzen verhindern. Zugleich will es die Ukraine-Krise als Katalysator für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur, die russischen Sicherheitsinteressen entspricht, nutzen.

Zur Entspannung der Ukraine-Krise habe ich schon etwas gesagt. Nach der Beruhigung der akuten Lage muss unter anderem der NATO-Russland-Rat in allen Formaten reaktiviert werden. Das würde dazu beitragen, dass militärische Fragen und Konflikte zunächst auf der Fachebene, etwa der Generalstabschefs, geklärt würden, bevor sie die politische Ebene der Außen- und Verteidigungsminister oder gar der Staats- und Regierungschefs erreichen.

Der dritte Baustein wäre die Reaktivierung all jener Abrüstungs- und Kontrollvereinbarungen, die wir in den achtziger und neunziger Jahren mit der Sowjetunion geschlossen haben und die in den letzten Jahren von den USA aufgekündigt wurden. Das sind erstens der ABM-Vertrag, der wesentlich zum nuklearstrategischen Gleichgewicht beiträgt, zweitens der Vertrag über den offenen Himmel, der 27 Staaten Aufklärungsflüge über einem anderen Staat gestattete und so zu gegenseitiger Transparenz und Vertrauensbildung beitrug, sowie drittens der INF-Vertrag über die Vernichtung der nuklearen Mittelstreckenraketen. Der letzte Punkt ist der KSE-Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa. Hier könnte man neue, angepasste Regelungen finden für Obergrenzen von Waffen und Truppen, für Manöver sowie für Regionen, in denen keine Truppenkonzentrationen erlaubt sind.

Wir haben also ein ganzes Spektrum von möglichen Maßnahmen, die die Interessen aller Seiten berücksichtigen und einen enormen Zuwachs an Stabilität bringen würden. Und wir haben auch die Gesprächsformate, in denen wir uns miteinander verständigen können. Jetzt liegt es an den Politikern, klug zu handeln, damit es zu einem Interessenausgleich kommt und eine sichere und stabile europäische Friedensordnung entsteht.

Das Interview führte René Nehring.

● **General a. D. Harald Kujat** war von 2000 bis 2002 Generalinspekteur der Bundeswehr und von 2002 bis 2005 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.



FOTO: IMAGO/SVEN SIMON



Lagebild: Diese Graphik skizziert die gegenwärtige russische Truppenpräsenz an der Grenze zur Ukraine sowie die Planungen für eine russische Militärübung in Weißrussland im Februar.  
Karte: dpa (Quelle: Rochan Consulting, Weißrussisches Verteidigungsministerium)

## ● MELDUNGEN

## Bio-Branche fordert Quote

**Berlin** – Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) fordert, dass mindestens die Hälfte des Angebotes von Kantinen „Bio Produkte“ sind. Für die Schulkantinen des rot-rot-grün regierten Berlin gilt diese Quote bereits. Vor dem Hintergrund, dass der Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) „Mehr Bio auf dem Feld, mehr Bio in den Kantinen“ postulierte, lobt der geschäftsführende Vorstand des BÖLW, Peter Röhrig: „Es haben sich ja alle Ampel-Koalitionäre zu Veränderungen bekannt, das freut uns sehr. Wir hatten in den letzten Jahren eine Entwicklung, die weder den Landwirten nützt noch den Verbrauchern oder der Umwelt.“ Wie in den Kantinen möchte der BÖLW auch in der Landwirtschaft den Bio-Anteil erhöhen. „30 Prozent Ökolandbau in Deutschland ist machbar“, so Röhrig. Derzeit hat der Ökolandbau einen Anteil von zehn Prozent an den Agrarflächen. **F.B.**

## Aufnahmen gestoppt

**Freiberg** – Angesichts der vom deutschen Bundestag am 10. Dezember beschlossenen Impfpflicht für das Gesundheits- und Pflegepersonal, die ab Mitte März gelten soll, hat der parteilose Oberbürgermeister der sächsischen Großstadt Freiberg, Sven Krüger, einen Aufnahmestopp für die Senioren- und Pflegeheime in kommunaler Hand verhängt. Als Begründung gab der Politiker an, die Häuser seien aktuell zu einhundert Prozent belegt, während es unter dem Personal dort eine Quote von durchschnittlich dreißig Prozent Ungeimpfte gebe. Wenn dieser Teil der Mitarbeiterschaft nun künftig nicht mehr zur Verfügung stehe, dann könne man auch nur noch siebzig Prozent der Heimbewohner versorgen. Insofern dürften bereits jetzt keine weiteren Aufnahmen erfolgen, obgleich es derzeit noch Anlass zur Hoffnung auf eine letztendliche Abwendung des Notstandes gebe. **W.K.**

## Tanktourismus nach Polen

**Pirna** – Nachdem die polnische Regierung eine Senkung der Treibstoffsteuer angekündigt hat, will die Bundespolizei in Sachsen den Tanktourismus im Blick behalten. Nach Angaben von Marcel Pretzsch, dem Pressesprecher der Bundespolizeidirektion Pirna, sind schon jetzt die Kraftstoffpreise im Nachbarland niedriger. Staus als Folge des Tanktourismus sind laut Pretzsch bislang nicht zu beobachten. Um die Polen von den Folgen der stärker gewordenen Inflation zu entlasten, hat die Regierung in Warschau angekündigt, die Steuer auf Diesel und Benzin vom 1. Februar vorübergehend von 23 auf acht Prozent zu senken. Nach Angaben des Zentralverbands des Tankstellengewerbes (ZTG) hat der Tanktourismus bundesdeutscher Autofahrer nach Polen, Tschechien, Österreich und Luxemburg in letzter Zeit deutlich zugenommen. Angesichts von Rekordpreisen für Diesel und Benzin nehmen Kunden zunehmend auch längere Fahrten zum Tanken in Kauf. **N.H.**

## COVID-19

## Streit um staatliche Sonderzuwendungen

Die Frage, wer „Corona-Sonderzahlungen“ und „Pflegeboni“ erhalten soll, erregt die Gemüter

VON NORMAN HANERT

**D**ie deutschen Landesparlamente haben sich in den letzten Wochen mit Gesetzesentwürfen befasst, die sich inhaltlich sehr ähneln. Ziel der oft unter Zeitdruck im Eilverfahren beschlossenen Gesetze war die Zahlung eines sogenannten Corona-Bonus für die jeweiligen Landesbeamten.

Das Berliner Abgeordnetenhaus hielt am 13. Januar sogar auf Antrag von SPD und Grünen eine Dringlichkeitsdebatte ab. Bereits eine Woche später beschloss das Berliner Parlament ein „Gesetz zur einmaligen Gewährung einer Corona-Sonderzahlung im Jahr 2022“. Am selben Tag stimmte im benachbarten Potsdam der Landtag einem Gesetzentwurf zu, der eine einmalige steuerfreie Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1300 Euro an die Brandenburger Beamten und Richter vorsieht.

## „Einmaliger Vorgang“

Berlin und Brandenburg übernehmen wie fast alle anderen Bundesländer für

ihre Beamten die Ergebnisse der Tarifverhandlung für die Landesangestellten im öffentlichen Dienst von Ende November. Bis auf Hessen, das nicht der Tarifgemeinschaft der Länder angehört, hatten sich die Bundesländer und die Gewerkschaften im Herbst auf eine Nullrunde für den Zeitraum vom Anfang Oktober 2021 bis Ende November 2022 geeinigt. Erst ab Dezember soll eine Tarifierhöhung von 2,8 Prozent greifen, die bis September 2023 gilt.

Angesichts der gestiegenen Verbraucherpreise stellt dies ein eher mageres Verhandlungsergebnis dar. Verdi und Beamtenbund waren ursprünglich mit der Forderung nach einem Fünf-Prozent-Plus in die Verhandlungen gegangen.

Quasi als Trostpflaster für die Nullrunde hatten sich die Tarifparteien auf eine Einmalzahlung von 1300 Euro für die Angestellten im Landesdienst geeinigt. Indem die Tarifpartner die Einmalzahlung mit dem Etikett „Corona-Bonus“ deklariert haben, kann der Betrag im März steuer- und abgabenfrei ausgezahlt werden gemäß einer Regelung der Bundesre-

gierung, die generell für alle Arbeitgeber noch bis zum 31. März gilt.

Allerdings haben die Tarifpartner mit dieser Regelung den Grundstein für eine Gerechtigkeitsdiskussion gelegt. Bürgern, denen der Hintergrund der Tarifverhandlungen nicht bekannt ist, müssen verständlicherweise davon ausgehen, dass den Landesbediensteten pauschal eine Sonderzahlung zugeschanzt wird, egal ob sie tatsächlich zusätzliche Belastung durch die Pandemie hatten oder nicht.

## Lauterbachs „Brotkrumen“

Die Regelung schließt zudem die Pensionäre aus, weil diese im Gegensatz zu ihren aktiven Kollegen im öffentlichen Dienst der Länder schlecht Corona-bedingte Belastungen bei der Arbeit geltend machen können. Entsprechend harsch fällt die Kritik aus. Der Bayerische Beamtenbund beispielsweise nannte die unterschiedliche Behandlung von aktiven Beamten und Versorgungsberechtigten einen „einmaligen Vorgang“.

Eine noch mehr Wellen schlagende Gerechtigkeitsdiskussion droht der Am-

pel-Koalition im Allgemeinen und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) im Besonderen in den kommenden Wochen, denn die Koalition will den Beschäftigten in Heimen und Krankenhäusern erneut einen „Pflegebonus“ für die Belastungen in der Corona-Pandemie zahlen. Während beim Pseudo-Corona-Bonus für den öffentlichen Dienst nur die Ruhestandler ausgeklammert werden, soll der Empfängerkreis des „Pflegebonus“ noch stärker begrenzt werden. „Der Pflegebonus sollte vor allem Pflegekräften bezahlt werden, die in der Corona-Pandemie besonders belastet waren“, so Lauterbach.

Eugen Brysch, Vorstand der Stiftung Patientenschutz, fürchtet als Folge Unfrieden zwischen den Beschäftigten in Heimen und Kliniken: „Denn unklar bleibt, ob ausschließlich Pflegekräfte die Prämie erhalten sollen, die Covid-19-Patienten versorgt haben. Wird der Maßstab hier politisch festgelegt, stiftet das nur weiter Unfrieden zwischen den Beschäftigten.“ Christine Vogler, Chefin des Pflegerats, sprach angesichts der Pläne Lauterbachs von „Brotkrumen in Form von Bonuszahlungen“.



Wenn der Staat unter Hinweis auf Corona Geld verteilt: Viele möchten von dem staatlichen Geldsegen etwas abhaben

Foto: Shutterstock

## MEDIEN

## Angst vor der eigenen Courage

Widersprüchliche Aussagen aus der CDU Sachsen-Anhalt zur öffentlich-rechtlichen ARD

Rainer Robra, seit 2002 Staatsminister und Chef der Staatskanzlei sowie seit 2016 zudem Minister für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt, und Markus Kurze, seit 2003 Mitglied in der Versammlung der Landesmedienanstalt Sachsen-Anhalt, seit November 2015 Vorsitzender des Vorstandes dieser Versammlung und seit 2016 parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, haben im Anschluss an eine Klausurtagung vorgeschlagen, langfristig die ARD abzuschaffen. Kurze nannte dies eine politische Vision, die derzeit aber noch nicht umsetzbar sei.

Konkret an der ARD kritisiert wurde, dass sie zu vielen Mindermeinungen Raum biete. „Zum Beispiel sollten die Sender nicht nur diejenigen zu Wort kom-

men lassen, die immer noch mehr und mehr Klimaschutz wollen, sondern auch diejenigen, die das bezahlen müssen“, so Kurze.

Die Reaktionen ließen naturgemäß nicht lange auf sich warten. „Die CDU Sachsen-Anhalt dreht wieder mal rechts frei. Ein intakter öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie“, sagte beispielsweise Michael Kellner, Bundesgeschäftsführer der Grünen, und der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten Verbandes (DJV), Frank Überall, ergänzte: „Die CDU in Sachsen-Anhalt stellt wieder einmal die vom Bundesverfassungsgericht mehrfach bekräftigte Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks infrage.“

Dass vor allem innerhalb der Ost-CDU über eine Reform der Öffentlich-Rechtlichen debattiert wird, ist keine Überraschung. Die AfD hat dies seit ihrer Gründung auf der politischen Agenda und trifft damit auf große Zustimmung in den neuen Bundesländern. Entsprechend häufig kam in den sozialen Netzwerken wie Twitter der Vorwurf, die Union würde in AfD-Gefilden fischen.

Offenbar weil der Druck zu groß wurde, ruderte die CDU in Sachsen-Anhalt mittlerweile zurück. Die Fraktion teilte mit, während der Tagung sei niemals über eine Abschaffung der ARD gesprochen worden. „Kern des Vorschlages war es, dass Das Erste als Schaufenster der Regionen und das ZDF als bundesweiter Sender dient“, ließ Kurze verlauten, und Robra

erklärte, sein Vorschlag liege bereits drei Jahre zurück. Es sei ihm damals darum gegangen, Synergieeffekte zu erzielen, damit sich das Programm mit dem ZDF nicht zu sehr überschneide.

Damit ist das Thema allerdings noch nicht vom Tisch. Die „Mitteldeutsche Zeitung“, die zuerst über die Planspiele berichtet hatte, teilte mit, die Stellungnahme Kurzes zur „langfristigen Abschaffung“ liege ihr in schriftlicher Form vor. Der Landtagsabgeordnete räumte schließlich gegenüber der Deutschen Presse-Agentur ein: „Ich hätte mich besser ausdrücken sollen. Das Wort abschaffen ist jedoch nicht zutreffend. Umwandeln ist richtig.“ Wenigstens seine inhaltliche Kritik bezüglich der Mindermeinungen revidierte er bis jetzt nicht. **Peter Entinger**

## PANDEMIE

# Omikron zwingt Behörden in die Knie

Berlin: Nachverfolgung wird stark eingeschränkt, Labore sind überlastet, Personal wird knapp

VON NORMAN HANERT

Mit der rapiden Ausbreitung der Omikron-Virusvariante zeigt sich, wie der Berliner Senat mit seiner bislang verfolgten Corona-Politik an Grenzen stößt. Wie Analysen der Berliner Wasserbetriebe ergaben, konnte die Omikron-Variante erstmals Anfang Dezember im Abwasser nachgewiesen werden. In Proben, die Ende Dezember genommen wurden, hatte Omikron mit einem Anteil von 89 Prozent die bis dahin vorherrschende Delta-Variante bereits weitgehend verdrängt. Mitte Januar zeigten dann auch Daten des Robert-Koch-Instituts, dass die Berliner Bezirke Mitte, Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg unter allen Stadt- und Landkreisen in Deutschland die höchsten Inzidenzen auswiesen.

Die Folgen dieser Entwicklung spüren die Berliner mittlerweile überall in der Stadt. Weil Mitarbeiter durch Erkrankung fehlen oder sich nach einem positiven Test in Quarantäne begeben müssen, fehlt bei der Polizei, der Feuerwehr und auch den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) zunehmend Personal. Nachdem die BVG bereits den Fahrplan für den Busverkehr ausgedünnt hatte, müssen die Fahrgäste inzwischen auch bei der U-Bahn mit längeren Taktzeiten rechnen.

## Stundenlange Wartezeiten normal

Den Gesundheitsämtern fehlt das Personal, um die bislang verfolgten Strategien beizubehalten. Als Konsequenz haben sich die Ämter der zwölf Berliner Bezirke darauf verständigt, die Kontaktverfolgungen weiter einzuschränken und Prioritäten zu setzen. Konzentrieren wollen sich die städtischen Stellen nun auf Menschen aus gefährdeten Gruppen oder auf besondere Ereignisse wie etwa Corona-Ausbrüche in Pflegeheimen. Der Senat erwägt sogar die Abschaffung der Pflicht zur Kontaktdatenerfassung in Restaurants, Bars oder Museen.

Auch bei den Laborkapazitäten stößt Berlin mit der bisherigen Test-Praxis an seine Grenze. Bei den zwölf landeseigenen Testzentren und auch bei den Arztpraxen, die kostenlose PCR-Tests anbieten, sind mehrere Stunden Wartezeit inzwischen normal. Um einer völligen Überlastung der Labore entgegenzuwirken, will der Se-



Lange Schlangen fast überall: Anstehen zur Boosterimpfung an Berliner Arztpraxis

Foto: imago images/Jochen Eckel

nat die PCR-Tests künftig auf Infizierte mit Symptomen sowie „gegebenenfalls vulnerable Gruppen“ beschränken. Alternativ sollen immer öfter Schnelltests zum Einsatz kommen, obwohl diese weniger genau sind als die PCR-Labortests.

Für die Berliner bedeuten die neuen Schritte des Senats, sich nach mittlerweile fast zwei Jahren Pandemie auf abermals neue Regeln einstellen zu müssen. Parallel sorgt auch die Bundespolitik mit abrupten Regeländerungen, etwa mit der Verkürzung des Genesenenstatus auf nur noch drei Monate und der Rückstufung des Vazins von Johnson & Johnson, selbst bei bislang wohlmeinenden Bürgern für Verwirrung und Verdross.

Obendrein liefern Regierung und nachgelagerte Behörden immer wieder Anlass, an der Aussagekraft von Daten zu zweifeln, mit denen die bisherige Corona-Politik begründet wird. Auch hier werden die Bürger oftmals mit abrupten Änderungen konfrontiert. Beispielsweise hatte der Berliner Senat im Mai 2020 eine sogenannte Corona-Ampel beschlossen, die

sowohl die Übertragungsdynamik als auch die Belastung des Gesundheitssystems abbilden soll. Ein Indikator dieses Warnsystems, die Hospitalisierungsinzidenz, stand auf den Seiten der Senatsgesundheitsverwaltung monatelang auf Grün. Schlagartig sprang der Wert dann am 11. Januar von 4,0 auf 10,6. Dementsprechend zeigte die Inzidenz-Ampel plötzlich ein alarmierendes Rot.

## Zweifelhafte Inzidenz-Daten

Noch am selben Tag räumte Gesundheitsministerin Ulrike Gote (Grüne) jedoch ein, dass die Lage in den Berliner Krankenhäusern weiterhin entspannt sei. Der Widerspruch zwischen alarmierendem Signal und undramatischer Lage liegt tatsächlich nur darin begründet, dass die Gesundheitsverwaltung die Hospitalisierungsinzidenz plötzlich auf einer geänderten Basis berechnet. Die Verwaltung zieht neuerdings nicht mehr die Meldungen der überlasteten Gesundheitsämter heran, sondern digitale Meldungen der Krankenhäuser. Laut Gote ermöglicht diese Umstellung

ein realistischeres, weil aktuelleres Bild. Die Änderung hat allerdings auch eine Kehrseite. Wie der rbb berichtet, wird vereinfacht gesagt nur darauf geschaut, „wie viele Patienten und Patientinnen mit oder wegen einer Covid-19-Infektion am Vortag und aktuell in Berliner Krankenhäusern liegen“.

Gerade durch die Ausbreitung der sehr ansteckenden Omikron-Virusvariante kann dies aber dazu führen, dass in die Hospitalisierungsinzidenz immer mehr Fälle einfließen, bei denen ein positiver Corona-Test zwar vorliegt, aber keineswegs der Grund für die Krankenhauseinweisung ist, sondern nur ein Zufallsbefund. Aus Dänemark liegen Berichte vor, wonach immerhin 27 Prozent der Patienten, die positiv auf das Coronavirus getestet wurden, eigentlich aus anderen Gründen ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Beim Universitätsspital Genf soll laut einem Beitrag der Schweizer Zeitung „Blick“ fast die Hälfte der statistisch ausgewiesenen Corona-Patienten aus anderen Gründen im Spital gelandet sein.

## BEZIRKSPOLITIK

# Streit bei den Grünen in Berlin-Mitte heizt sich auf

Kreisvorstand wirft Parteienachwuchs aus der Geschäftsstelle – Bezirksverordnete wechselt zur Linkspartei

Neben Friedrichshain-Kreuzberg gehört der Bezirk Berlin-Mitte seit einigen Jahren zu den Hochburgen der Grünen in der deutschen Hauptstadt. Mit rund 1600 Mitgliedern ist der Kreisverband der zweitstärkste der Grünen in Berlin. Bereits seit 2016 stellen die Grünen zudem den Bürgermeister des Bezirks. Seit einiger Zeit sorgt der Grünen-Kreisverband Berlin-Mitte aber immer öfter durch internen Streit für Aufsehen.

Erst zum Jahreswechsel hatte der Kreisvorstand dem Parteienachwuchs die Schlüssel zur Geschäftsstelle an der Malplaketstraße entzogen. Der Kreisvorstand sprach von einer Bitte um „temporäre Rückgabe des Schlüssels zur Kreisgeschäftsstelle“ und begründete dies mit einer Verunreinigung des Straßenbodens vor der Geschäftsstelle mit Sprayfarbe und dem Vorwurf, Mitglieder der Grünen

Jugend hätten das Parteibüro verschmutzt hinterlassen. Nach Darstellung des Nachwuchses ist der eigentliche Hintergrund aber ein Streit, bei dem es um das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ geht.

Mitglieder der Grünen Jugend hatten auf Instagram ein Foto veröffentlicht, auf dem der Schriftzug „DW Enteignen jetzt“ zu lesen war, aufgemalt auf dem Bürgersteig vor dem Parteibüro. Dieser Aktion war im Dezember ein Streit in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vorausgegangen. Die Linksfraktion hatte einen Antrag auf Umsetzung des Volksentscheids „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ eingebracht. Eine Beschlussfassung scheiterte allerdings – unter anderem an der Grünen-Fraktion.

Wenig später verließ auch noch die Bezirksverordnete Ingrid Bertermann die

Grünen-Fraktion in der BVV und wechselte zur Linkspartei. In einem offenen Brief schrieb Bertermann, sie habe in den vergangenen zehn Jahren mit Leidenschaft linksgrüne Politik gemacht: „Diese Möglichkeit sehe ich nun im Kreisverband Mitte der Grünen nicht mehr.“

## Empfindlichen Punkt getroffen

Die Ex-Grüne rechnete in ihrem Abschiedsbrief auch mit Bürgermeister Stephan von Dassel ab. Laut Bertermann hat der Grünen-Politiker in den vergangenen fünf Jahren eine Politik gemacht, „die sich an die bürgerliche Mehrheit der Gesellschaft anbot und eine geringschätzige Haltung gegenüber Obdachlosen, Sexarbeiterinnen, Alkoholkonsumierenden, Feiernenden, queeren Cruisern im Tiergarten und anderen gezeigt hat“. Verwundert zeigte sich Bertermann auch über die

Grünen im Bezirksparlament. Die Mehrheit der neuen BVV-Fraktion habe „trotz genügend Informationen über die Politik des grünen Bezirksamts in den letzten Jahren“ dem Bezirksbürgermeister ermöglicht weiterzuregieren.

Damit hat das Neumitglied der Linkspartei möglicherweise einen sehr empfindlichen Punkt getroffen. Per Twitter hat die Grünen-Fraktion in der BVV nämlich im Dezember selbst ungewöhnlich scharfe Kritik an der Neubesetzung einer Stelle im Bezirksamt geübt. Die BVV hatte beschlossen, die Stellenbesetzung aussetzen. Dennoch wurde die Stelle „an ein Mitglied des Grünen-Kreisvorstands vergeben“, so die Grünen-Fraktion. Mit Blick auf das Grünen-Mitglied Stephan von Dassel hieß es weiter: „Wir stellen das Verhalten des Bezirksbürgermeisters stark infrage und fordern Aufklärung.“ H.M.

## KOLUMNE

## Alle vier

VON THEO MAASS

Eigentlich stehen der Berliner AfD vier Stadtratsposten auf Bezirksebene zu. Nach dem Wahlergebnis der Landtagswahl am 26. September 2021 müssen Spandau, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Treptow-Köpenick zur Vervollständigung des Bezirksamtes jeweils einen von der AfD gestellten Stadtrat bekommen. Aber die Stadträte müssen in der Bezirksverordnetenversammlung eine Mehrheit finden.

Das gibt den anderen Parteien die Möglichkeit, ihrer Meinung nach ungeeignete Personalvorschläge abzulehnen. Das passierte in der Vergangenheit auch Kandidaten von etablierten Parteien. Die Linksextremistin Franziska Droschel beispielsweise von der SPD wurde vor Jahren im Bezirk Steglitz-Zehlendorf „durchgereicht“. Aber als die SPD dann mit Michael Karnetzki einen anderen Kandidaten vorschlug, wurde er gewählt.

Nun sind alle vier Stadtratskandidaten der AfD nicht gewählt worden. In Spandau kann es an der Eignung von Andreas Otti nicht gelegen haben. Der Höcke-Kritiker übte das Amt des Stadtrates bereits in der vergangenen Legislaturperiode aus. Michael Adam wurde in Berlin-Marzahn-Hellersdorf von einem Bündnis der übrigen Parteien abgeschmettert. In Lichtenberg und Treptow-Köpenick bietet sich das gleiche Bild.

Die Spandauer Fraktionschefin der Brünen, Dara Kossok-Spieß, hat angekündigt: „Ich gehe davon aus, dass ein Stadtratsposten dauerhaft frei bleibt, und die SPD wie bisher dieses Ressort mit verwaltet.“ Norman Wolf von der Lichtenberger Linkspartei stimmte ein: „Unsere Fraktion wird mit Nein stimmen. Ein fehlender AfD-Stadtrat wäre kein Verlust für das Bezirksamt.“ Bei der Neuwahl der Präsidentin des EU-Parlaments wählte übrigens ein Bündnis von Liberalen, Volkspartei und der rechten Fraktion EKR Roberta Metsola. Der Preis: Ein Platz im Parlamentspräsidium für die EKR auf Kosten der Grünen.

## MELDUNG

## Asylsucher nach Brandenburg?

Potsdam – Die brandenburgische Landtagsabgeordnete Andrea Johlige (Linkspartei) will Asylsucher aus dem polnisch-weißrussischen Grenzgebiet in Brandenburg aufnehmen. Freie Wähler, SPD, AfD und CDU sind dagegen. Selbst die Grünen können sich nicht zu einer Unterstützung Johliges durchringen. Sie sammeln stattdessen Kleidung und Schlafsäcke für die Betroffenen. CDU-Fraktionschef Jan Redmann beklagt, „dass man diese Menschen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Weißrussland gelockt“ habe. Von Seiten der Grünen heißt es, man solle Druck auf Polen ausüben. Fraktionschefin Petra Budke meint: „Wir finden die Situation unerträglich.“ Johlige will hingegen die Asylsucher aus den „winterlichen Sümpfen befreien“. Ihr zufolge sind im vergangenen Jahr bereits etwa 11.000 Menschen via Weißrussland und Polen nach Brandenburg eingedrungen. F.B.

## ● MELDUNGEN

## Gespaltene Österreicher

Wien – In einer Umfrage des großen österreichischen Nachrichtenmagazins „profil“ votierten 51 Prozent der Teilnehmer gegen die allgemeine Impfpflicht für Personen ab 18 Jahren, die in der Alpenrepublik zum 1. Februar in Kraft treten soll. Im Detail sprachen sich 34 Prozent der Befragten generell gegen die Impfpflicht aus, und weitere 17 Prozent meinten, es müsse abgewartet werden, wie die Entwicklung in der nächsten Zeit aussehe. Im Gegensatz dazu stehen 45 Prozent, welche die Impfpflicht in der vom Gesetzgeber beschlossenen Form begrüßten. Ähnlich gespalten zeigte sich die Bevölkerung der Alpenrepublik bezüglich der Corona-Politik der türkis-grünen Bundesregierung in Wien. 59 Prozent der Befragten beurteilten diese als „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“, während 32 Prozent sie für „eher gut“ oder und vier Prozent sie für „sehr gut“ hielten. W.K.

## Unmut bei Polizisten

Wien – Freiheitliche und sozialdemokratische Polizeigewerkschafter üben massive Kritik an Regierungsplänen, der Polizei die Aufgabe zu übertragen, die Einhaltung der Impfpflicht zu kontrollieren. Nach dem Willen der schwarz-grünen Regierung sollen Österreichs Polizeibeamte ab Mitte März bei jeder Amtshandlung den Impfstatus von Personen überprüfen. Hermann Greylinger, Vorsitzender der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) in der Polizeigewerkschaft, beklagte, dass „immer nur auf die Kollegenschaft abgelenkt wird“, und zeigte sich skeptisch, wie sinnvoll die Kontrollen sein werden. Auch Werner Herbert von der freiheitlichen Polizeigewerkschaft AUF kritisierte, dass die Polizei für ein „Übermaß an Kontrolltätigkeiten“ eingesetzt und „für politische Zwecke zweckwidrig verwendet“ werde. Herbert wies darauf hin, dass schon jetzt Polizisten in Zivil auf Streife gehen, um die Einhaltung der 2G-Regel im Handel zu kontrollieren. N.H.

## Am Oberhaus gescheitert

London – Die britische Regierung ist mit dem Versuch, das Demonstrationsrecht zu ändern, wenigstens vorerst gescheitert. Mit großer Mehrheit lehnte das Oberhaus des Parlaments einen entsprechenden Entwurf für ein neues Polizeigesetz ab. Mit der „Police, Crime, Sentencing and Courts Bill“ sollte die Polizei sehr weit gefasste Rechte erhalten, bei Demonstrationen Auflagen zu erteilen. Für Zuwiderhandlungen sah der Entwurf härtere Strafen vor. Kritiker haben die Befürchtung geäußert, mit diesem Polizeigesetz könnte die Polizei ein Mittel in die Hand bekommen, auf Grundlage vage gehaltener Regeln künftig jede Demonstration aufzulösen. Nach der Ablehnung im Oberhaus wurde der Gesetzentwurf zurück an das Unterhaus verwiesen. Dort hatte die Regierungsmehrheit den Entwurf beschlossen. Es wird allgemein erwartet, dass das Unterhaus die Änderungen des House of Lords zum großen Teil wieder rückgängig machen wird. N.H.

## SÜDAMERIKA

## Hochburg der Chavisten gefallen

Jorge Arreaza, Expräsident Venezuelas und Schwiegersohn von Hugo Chavez, verliert Gouverneurswahlen

VON BODO BOST

Die venezolanische Opposition hat in einer spannenden Wiederholung der Gouverneurswahlen in Barinas, einem Bundesstaat, der mehr als zwei Jahrzehnte lang von Angehörigen der Familie des verstorbenen Präsidenten und Revolutionsführers Hugo Chavez regiert wurde, einen Sieg errungen. Der 54-jährige Oppositionsabgeordnete Sergio Garrido besiegte den sechs Jahre jüngeren Kandidaten der chavistischen Regierungspartei Jorge Arreaza. Letzterer war Vizepräsident, Außenminister, Minister für Technologie und Innovation sowie Minister für ökologische Bergbauentwicklung Venezuelas und ist seit 2007 Chavez' Schwiegersohn. Garrido siegte mit 55,36 Prozent der Stimmen. Arreaza räumte seine Niederlage ein, noch bevor das offizielle Endergebnis feststand. Dies bedeutete die erste Niederlage in Barinas seit 23 Jahren für die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV), die inzwischen von Präsident Nicolás Maduro geführt wird.

## Hugo Chavez' Heimatregion

Die Gouverneurswahl im Bundesstaat Barinas, in dem Chavez' Vater und seine Brüder ab 1998 jahrelang die politische Macht innehatten, wurde inmitten weit verbreiteter Vorwürfe der Einmischung der Regierungspartei durchgeführt. Eine vorangegangene Wahl am 21. November 2021 hatte der damalige Oppositionskandidat Freddy Superlano mit einem Prozentpunkt Vorsprung vor dem Amtsinhaber Argenis Chávez, einem der Brüder von Hugo Chávez, gewonnen. Das Ergebnis war jedoch von der Jurisdiktion annulliert worden.

Der Oberste Gerichtshof Venezuelas, der als loyal gegenüber Maduros Regierung gilt, gab damals einem Antrag der Aufsichtsbehörde für die öffentlichen Finanzen des Landes statt und erklärte Superlano aufgrund von „administrativen und strafrechtlichen Ermittlungen“ wegen Korruptionsvorwürfen für „nicht wählbar“. Am 29. November wurde Superlano disqualifiziert und das Gericht ordnete Neuwahlen an.

Erst hatte die Opposition Superlanos Ehefrau als neuen Kandidaten vorgesehen, aber sie wurde ebenfalls disqualifiziert. So wurde schließlich Garrido auf den Schild gehoben.

## Erste Niederlage seit 23 Jahren

Auch das Regierungslager trat bei der Neuwahl mit einem neuen Kandidaten an. Argenis Chávez war nach der Disqualifizierung von Superlano von seinem Amt als Gouverneur zurückgetreten und hatte auf eine Kandidatur bei der Neuwahl verzichtet. Die Regierungspartei wählte daraufhin Arreaza zu ihrem Kandidaten. Arreaza wurde von Präsident Maduro selbst ins Rennen geschickt. Deshalb fällt Arreas Niederlage jetzt auf Maduro zurück.

Oppositionsführer Juan Guaido, der von den Vereinigten Staaten und Dutzenden anderer Regierungen statt Maduro als wahrer Präsident Venezuelas anerkannt wird, begrüßte das Ergebnis in Barinas. „Das schöne Barinas, wo es begann, dort endet es jetzt“, twitterte er und bezog sich dabei auf die Wiege des Chavismus. „Vereint werden wir den Willen einer mächtigen Mehrheit verteidigen, die nicht aufgeben wird, bis wir wieder Demokratie in Venezuela sehen.“

Insgesamt zeichnet sich seit letztem Jahr eine leichte Entspannung in Venezuela ab. Unter Vermittlung Mexikos sprechen Regierung und Opposition wieder miteinander, und dank des enormen Ölpreisanstiegs haben sich die wirtschaft-

liche Lage und die Versorgung der Bevölkerung wieder etwas gebessert. Allerdings sind sich im Westen Venezuelas im letzten Jahr venezolanische Regierungstruppen und verbündete kolumbianische Rebellen in die Quere gekommen, was die sozialistische Brüderlichkeit und das Ansehen von Maduro geschwächt hat.

Den USA war es vor einigen Monaten gelungen, einen engen Vertrauten von Maduro bei einer Zwischenlandung seines Flugzeugs zwischen Teheran und Caracas auf den Kapverdischen Inseln zu verhaften und in die USA auszufliegen. Zur Unterstützung des angeschlagenen Präsidenten Maduro erwägt Moskau nun eigene Truppen in Venezuela zu stationieren oder zumindest damit zu drohen.



Räumt am 10. Januar seine sensationelle Niederlage ein: Jorge Arreaza im Rothemd der Chavisten vor einem Bild des Namensgebers und Säulenheiligen der „Bolivarischen Revolution“ und der Bolivarischen Republik Venezuela, Simón Bolívar Foto: pa

## TÜRKEI

## Recep Tayyip Erdogans Griff nach Afrika

Wirtschaftlich wie militärisch engagiert sich das asiatische Land zunehmend auf dem Schwarzen Kontinent

„Der türkische Fußabdruck in Afrika ist in kürzester Zeit größer geworden als der Fußabdruck der meisten europäischen Länder.“ So kommentiert der frühere Direktor der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (UN/ECA) Carlos Lopes den zunehmenden Versuch Ankaras, strategische Partner auf dem Schwarzen Kontinent zu finden mit dem Ziel, seine eigenen wirtschaftlichen Probleme abzumildern und zugleich an weltpolitischem Gewicht zu gewinnen. Bei diesem Versuch inszeniert sich die Türkei als die bessere Alternative zur EU und den USA sowie auch zu anderen Großmächten wie Russland und China.

Treibende Kraft des Ganzen ist Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan, der seit seinem Amtsantritt im August 2014 bereits 28 afrikanische Staaten besucht und Ende 2021 zum nunmehr dritten Türkei-Afrika-Gipfel nach Istanbul eingeladen hat. Unter Erdogans Ägide vervielfachte die Türkei

die Zahl ihrer Botschaften in Afrika auf 43. Eine davon, die in der somalischen Hauptstadt Mogadischu, ist sogar die größte Auslandsvertretung Ankaras überhaupt.

Nach einer Phase sprunghaften Wachstums hat das Handelsvolumen zwischen der Türkei und dem Schwarzen Kontinent mittlerweile ein Volumen von 25 Milliarden US-Dollar erreicht. Und bis 2025 soll nochmals eine Verdopplung erfolgen. Die Türkei importiert vor allem Rohstoffe und Nahrungsmittel, während sie im Gegenzug unter anderem Baumaterialien und -fahrzeuge, Textilien, medizinische Geräte sowie Hygieneartikel nach Afrika exportiert, wo die türkischen Erzeugnisse durchweg geschätzt werden. Man erhalte mit diesen „europäische Qualität zu asiatischen Preisen“, meinte beispielsweise der Chef der großen ivorischen Immobilienfirma SIG Group, Lilli Firmin Tre.

Am begehrtesten sind türkische Waffen wie die im libyschen Bürgerkrieg ge-

testeten Kampf- und Aufklärungsdrohnen vom Typ Bayraktar TB2. Zwischen Januar und November vergangenen Jahres stieg der Wert der Rüstungsexporte Ankaras nach Äthiopien von 235.000 auf 94,6 Millionen US-Dollar. Ähnlich starke Zuwachsraten gab es bei den Waffenverkäufen nach Angola, Marokko, Tunesien und dem Tschad.

Gleichzeitig fassten Erdogans Streitkräfte in Afrika Fuß. Sichtbarster Ausdruck dessen ist die Errichtung der Militärbasis Somali Türk Görev Kuvveti Komutanlığı (Camp TURKSOM) bei Mogadischu, wo seit 2017 somalische Soldaten beziehungsweise Antiterrorkämpfer von türkischen Spezialisten ausgebildet werden.

Neuerdings erweist die Türkei dem bürgerkriegs- und dürregeplagten Somalia allerdings auch vielfältige humanitäre Hilfe. So baut sie in dem Krisenstaat am Horn von Afrika Straßen, Schulen und Krankenhäuser, darunter eines, das Erdogans Na-

men trägt. Dafür sicherte sich Ankara im Gegenzug Aufträge aus dem Bergbau- und Energiesektor sowie Nutzungsrechte im Hafen von Mogadischu, einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt auf dem Weg vom Mittelmeer nach Fernost. Ähnliche nicht ganz uneigennützig Geschenke erhielten auch noch weitere afrikanische Staaten. Das Türkische Präsidium für Internationale Kooperation und Koordination (TİKA) eröffnete in diesem Zusammenhang in letzter Zeit 30 Koordinierungszentren auf dem Schwarzen Kontinent.

Ein wichtiger Teil der Charmeoffensive Ankaras ist darüber hinaus der Bau von Moscheen in Ländern mit einem mehr oder minder hohen muslimischen Bevölkerungsanteil wie Niger, Dschibuti, Mali, Ghana und Nigeria. Nicht zuletzt deshalb wurde nach dem letzten Staatsbesuch Erdogans in Abuja von einer türkisch-nigerianischen „Romanze“ geschwärmt.

Wolfgang Kaufmann

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Nach mehreren Dürrejahren in Folge regnete es 2021 in großen Teilen Deutschlands wieder reichlich. Zumindest die oberen Bodenschichten waren gut durchfeuchtet. Zugleich wurde für Deutschland die geringste Sonnenscheindauer seit langer Zeit registriert.

In anderen Teilen Europas hat jedoch die Dürre im vierten Jahr in Folge drastische Ausmaße angenommen, so in Großbritannien und Irland. Ursache war ein außergewöhnlich langes statisches Hochdruckgebiet zwischen Island und Schottland von April bis Anfang Oktober. Die damit einhergehende Dürre und Flaute wurde als die schwächste Windphase seit 60 Jahren bezeichnet. Die Windenergie-Firmen RWE und Ørsted gaben eine Warnung heraus. Auch die Stromerzeugung durch Wasserkraft fiel laut SSE (Scottish and Southern Energy) um 32 Prozent niedriger aus als erwartet.

In mehreren Online-Magazinen wurde über mögliche Ursachen der in den vergangenen Jahren weltweit gehäuft aufgetretenen sogenannten Omega-Hochdruckgebiete spekuliert. Erörtert wurde die Interaktion zwischen dem dynamischen System von Atmosphäre und Ozean und dessen Auswirkung auf das Wettergeschehen.

Im aktuellen Fall war jedoch kein Zusammenhang mit einer derartigen Konstellation erkennbar. Jedenfalls würden die monatelangen „Winddürren“ veranschaulichen, dass die Erneuerbaren Energien auf Vermutungen basieren, „wie die Welt funktioniert“, befand das Online-Politikmagazin slate.com. Die Welt würde gerade aus ihrer Balance geworfen.

Eine Nachwuchsforscherin im Bereich der Klimarisikoforschung, Hannah Bloomfield von der Universität Bristol, präsentierte im Magazin Energypost.eu („Die besten Denker über Energie“) weitergehende Schlussfolgerungen als in der der Windindustrie zugeneigten Wissenschaftsgemeinschaft üblich. Mit ihrem Team habe sie aufgezeigt, dass die stagnierenden Hochdruckgebiete über Zentraleuropa und monatelangen Schwachwindphasen zu einem Problem für die zukünftigen Energiesysteme werden könnten. Die letzte lange Windflaute sei eine Mahnung, wie veränderlich diese Art der Energieerzeugung sei und dass Windenergie nicht die einzige Investition für eine verlässliche zukünftige Energieversorgung sein könne.

Bloomfield gibt zu bedenken: Die beobachtete abnehmende Geschwindigkeit des oberflächennahen Windes könnte auf das Phänomen „Global Stilling“ (global abnehmende Windgeschwindigkeiten)



Erschlaffender Windsack: Windräder benötigen viel Wind, könnten paradoxerweise aber selbst für Flaute sorgen

## ERNEUERBARE ENERGIEN

## Windflauten lösen Unruhe bei Energiekonzernen aus

Immer mehr Windräder, aber weniger Wind – Könnte eine hohe Konzentration an Windparks zu den in vielen Ländern verzeichneten „Winddürren“ führen?

zurückzuführen sein, das am auffälligsten in den mittleren nördlichen Breiten Europas und Nordamerikas sowie in Teilen Asiens in Erscheinung tritt. Die Ursachen sind bisher nicht eindeutig feststellbar. Jedoch scheint es in der Forschung eine Übereinkunft darüber zu geben, dass ein Zusammenhang mit dem sogenannten Klimawandel besteht.

### Auffällige Flaute in Windparknähe

Seit den 1970er Jahren hat die Windgeschwindigkeit weltweit pro Dekade im Durchschnitt um 0,5 Kilometer in der Stunde abgenommen. Noch weitaus gravierender dürfte dies in Europa der Fall sein. Der letzte Bericht des Weltklimarats (IPCC) sagt für Europa eine weitere Abnahme der Windgeschwindigkeit um acht bis zehn Prozent voraus. Nach Erkennt-

nissen einer von der EU in Auftrag gegebenen Großstudie würde eine langfristige Fortsetzung des „Stilling“ die Gesellschaften substanziell gefährden.

Bereits 2018 und 2019 war die Ursache für das ungewöhnlich langanhaltende Sommerwetter über Europa und andere Regionen der Nordhalbkugel eine Abfolge von stabilen, sich ständig erneuernden Hochdruckgebieten. Ein solches Blockadewetter mit einer langen Schwachwindphase herrschte auch in Nordamerika großräumig ab Mitte 2018 und etwas abgeschwächt bis Ende 2019.

Trotz eines massiven Zubaus der Windstromkapazität um zehn Prozent innerhalb dieses Zeitraums generierten die US-Windparks 2019 nur 4,3 Prozent mehr Strom als im Vorjahr. In der westlichen Hälfte und in den zentralen US-Bundes-

staaten herrschte zuvor bereits von Juni 2013 bis Mitte 2015 und nochmals 2016 die schwerste und längste „Winddürre“ seit den 60er Jahren. Die meisten Meteorologen glaubten, das Extremwetter sei zumindest teilweise auf die Pazifische Dekaden-Oszillation zurückzuführen, eine abrupte Änderung der Oberflächentemperatur im nördlichen Pazifik.

Auffällig war jedoch, dass sich die Windflaute in Verbindung mit einer verheerenden Dürre am meisten in Staaten wie Texas, Oklahoma und Kansas auswirkte, wo die größten Windparks mit jeweils Tausenden von Windrädern konzentriert sind. Für die internationale Klimaforschung ergibt sich daraus die Notwendigkeit, dementsprechend endlich auch diesen Faktor in den Blick zu nehmen, was bislang nicht in Betracht kommt.

## EU-Projekt

## Die Brücke der Zwiétracht

Festland Kroatiens mit Halbinsel Pelješac „wiedervereinigt“ – China baut mit EU-Geldern eine Überquerung

Die dalmatinische Küste Kroatiens ist zwar mehrere Tausend Kilometer lang, aber zum Süden hin nur noch wenige Kilometer breit, dazu hat sie bei Neum eine Lücke von drei Kilometern, um der Republik Bosnien und Herzegowina einen Meereszugang zu ermöglichen.

Um diesen Meereszugang Bosniens herum hat Kroatien jetzt mit Hilfe von EU-Mitteln und einer chinesischen Bau-firma eine gigantische Brücke von knapp 2,4 Kilometern Länge und bis zu 55 Metern Höhe gebaut, die neue Pelješac-Brücke, welche die Halbinsel Pelješac mit dem kroatischen Festland verbindet. Die beiden Teile Dalmatiens wurden dank der Brücke und des EU-Geldes nach 300 Jahren „wiedervereinigt“.

Das strategisch vorrangige Projekt hatte ein Volumen von 420 Millionen Eu-

ro, wobei die Europäische Union 85 Prozent beisteuerte. Die Straßen zur und von der Brücke sollen zum Beginn der Tourismussaison im Juni eröffnet werden. Bosnien-Herzegowina beklagt sich jetzt, dass die Brücke den Tourismus in Neum, der einzigen bosnischen Stadt an der Küste, beeinträchtigen würde. Allerdings hatte Sarajewo im Vorfeld dem Brückenbau zugestimmt und Zagreb behauptet, alles im Einklang mit dem Völkerrecht getan zu haben, da die Brücke in kroatischen Hoheitsgewässern gebaut wurde. Dennoch gibt es Streit zwischen dem EU-Mitglied Kroatien und dem zukünftigen EU-Mitglied Bosnien und Herzegowina.

Bereits im Jahr 2007, als Kroatien noch nicht zur EU gehörte, war mit dem Bau begonnen worden, aber die nur langsam verlaufenden Arbeiten waren 2010

wegen unzureichender Finanzierung gestoppt worden. Das Projekt wurde damit zunächst auf unabsehbare Zeit aufgeschoben. Erst nach dem EU-Beitritt Kroatiens zum 1. Juli 2013 flossen die Gelder wieder.

Allerdings machte die EU zunächst den Vorschlag, an der Stelle der Brücke eine wesentlich ökologischere Fährverbindung zu errichten. Auch über eine Transitautobahn durch den Neum-Korridor ohne Grenzkontrollen und Einreisemöglichkeit nach Bosnien-Herzegowina war als Alternative verhandelt worden. Aber die Kroaten ließen sich durch nichts vom Weiterbau abbringen, zumal auch Bosnien-Herzegowina 2017 zunächst dem Bauvorhaben zugestimmt hatte.

Erst später kamen in Bosnien-Herzegowina Bedenken bezüglich der Dimensionen des Bauwerkes. Dabei wurde die

Brücke aus dem Grund sehr hoch über das Meer gebaut, dass der einzige bosnisch-herzegowinische Zugang zum Mittelmeer bei Neum möglichst wenig beeinträchtigt wird. 2018 gab Kroatien den Zuschlag zum Bau der Brücke einer chinesischen Firma, nicht nur, weil diese billiger als einheimische Firmen war, sondern sie das Bauwerk auch schneller fertigstellen konnte. Ende Juli 2021 wurde der Rohbau trotz Corona und Lockdown von den Chinesen planmäßig abgeschlossen.

Mit einer Gesamtlänge von 2374 Metern ist die Pelješac-Brücke die größte Schrägseilbrücke in Kroatien. Bei einem EU-Beitritt Bosniens-Herzegowinas könnte die Brücke relativ bedeutungslos werden, weil dann wegen der neuen EU-Binnengrenze freier Durchgangsverkehr gewährleistet würde. *Bodo Bost*

## MELDUNGEN

## BioNTech treibt Wachstum

Düsseldorf/Kiel – 2021 Jahr hat der Mainzer Impfstoffentwickler und -hersteller BioNTech mit seinem neuartigen mRNA-Corona-Impfstoff zwischen 16 und 17 Milliarden Euro verdient und dadurch rund ein Fünftel des bundesdeutschen Wirtschaftswachstums im vergangenen Jahr generiert. So lauten jedenfalls die übereinstimmenden Einschätzungen des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in Düsseldorf und des Kiel Instituts für Weltwirtschaft (IfW) der Leibnitz-Gemeinschaft. Ersten vorläufigen Daten des Statistischen Bundesamtes zufolge wuchs die deutsche Volkswirtschaft 2021 um etwa 2,7 Prozent. Dem IMK und dem IfW zufolge hätte der Anstieg beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) ohne den BioNTech-Anteil bei lediglich 2,2 Prozent betragen. Im Jahre 2020, das der Corona-Impfkampagne vorausging, lag der Umsatz von BioNTech bei vergleichsweise niedrigen 482 Millionen Euro. *W.K.*

## Sanktionen unterlaufen

Wilna – Nach der weißrussischen Präsidentschaftswahl von 2020 gehörten die baltischen zu den EU-Staaten, die sich sehr stark für Sanktionen gegen die Führung in Minsk einsetzten. Inzwischen ist Litauen in eine Regierungskrise gerutscht, weil Sanktionen der EU und der USA gegen Weißrussland nicht umgesetzt wurden. Bereits im Dezember war bekannt geworden, dass trotz US-Sanktionen gegen den weißrussischen Düngemittelhersteller Belaruskali der Transport von Produkten des Unternehmens durch die litauische Staatsbahn weitergegangen ist. Als Konsequenz reichten Außenminister Gabrielius Landsbergis und Verkehrsminister Marius Skuodis ihre Rücktritte ein. Belaruskali ist einer der größten Kaliproduzenten der Welt. Der Düngemittelhersteller hat bislang einen Großteil seiner Produktion über Litauen exportiert. Im Hafen von Memel entfiel zuletzt fast ein Drittel des Warenumschlages auf die Ausfuhr weißrussischer Güter. *N.H.*

## Wieder in Deutschland

Mönchengladbach – C&A, der drittgrößte Modehändler auf dem deutschen Markt, will Textilien wieder vermehrt in Deutschland produzieren. Bereits seit Dezember 2020 baut das Unternehmen einen Produktionsstandort in Mönchengladbach auf. In dem Werk sollen 100 Mitarbeiter in einer ersten Ausbaustufe jährlich rund 400.000, später 800.000 Jeans produzieren. Um die Produktion hierzulande rentabel zu machen, setzt C&A darauf, manuelle Tätigkeiten zu reduzieren. Nach Angaben der Firma ist rund die Hälfte der Produktion in Mönchengladbach automatisiert. Gründe für die teilweise Rückverlagerung von Produktion sind steigende Transportkosten, die global sinkende Bedeutung von Lohnunterschieden durch Automatisierung sowie die Möglichkeit des Modehändlers mit einer heimischen Produktion schneller auf Kundenwünsche zu reagieren. *N.H.*

## KOMMENTARE

## Vorverurteilt

BODO BOST

Ohne gerichtlich handfesten Beweis oder Geständnis zieht die Mainstream-Presse anhand eines Gutachtens gegen den emeritierten Papst Benedikt XVI. her und verurteilt ihn in Bausch und Bogen. Der 94-Jährige hat die Unwahrheit gesagt, das heißt jedoch nicht, dass er gelogen hat.

Zeitgleich mit der Vorstellung des von der Erzdiözese München in Auftrag gegebenen Gutachtens zum sexuellen Missbrauch im Erzbistum durch die Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl (WSW) hat in Deutschland eine beispiellose Empörungswelle gegen Benedikt XVI. begonnen. Zur besten Sendezeit wurde ohne Verteidigung in allen öffentlich-rechtlichen Medien und in der gedruckten Presse das Schuldig-Urteil über Benedikt XVI. gesprochen. Beweise konnte das Gutachten nicht liefern. Was an Beweisen fehlte, wurde durch Moralin in Übermaß ersetzt – wofür vorher die Kirche zuständig war.

Dass ausgerechnet der spätere Papst aus Deutschland, der nur für kaum fünf Jahre in den über 70 Jahren, die das Gutachten untersuchte, Erzbischof in München war, im Vordergrund des Gutachtergerichts stand, erklärt sich wohl mit der Aussicht der Kanzlei, einen emeritierten, aber noch lebenden Papst endlich an den Pranger stellen zu können. Aber das ist ihr aufgrund der jetzt vorliegenden Fakten nicht gelungen.

Trotzdem folgte die öffentlich instrumentalisierte Meinung dem Urteil des Münchner Gutachter-Tribunals, als ob eine juristische Gutachterstelle bereits ein Gericht wäre. Vollmundig wurde im Fernsehen behauptet, dass der Emeritus als Erzbischof von München

sehr wahrscheinlich von Missbrauchspriestern gewusst habe, die in der Seelsorge eingesetzt wurden. Allein der Ausdruck „sehr wahrscheinlich“ klingt nicht nach Beweis oder gar dem rauchenden Colt, von dem einige Medien sprachen, die den Papst bereits vom Mitwisser zum Mittäter dämonisierten. Wäre die Gutachterstelle ein normales Gericht gewesen, hätte der „Angeklagte“ Benedikt XVI. auf jeden Fall wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden müssen.

Erst nach der Vorverurteilung durch die mediale Öffentlichkeit fangen einige selbsternannte Richter an, das Gutachten von WSW und die Stellungnahme Ratzingers zu lesen. Im Mittelpunkt steht eine Ordinariatssitzung vom 15. Januar 1980, bei der Ratzinger als Erzbischof von München dabei gewesen war. Aus dem Protokoll der Sitzung, das als Hauptbeweis diente, geht nicht hervor, ob über den Fall des Missbrauchstäters H., der von Essen nach München wegen einer Psychotherapie versetzt worden war, überhaupt diskutiert wurde und wenn ja, ob der damalige Erzbischof wusste, wer da genau mit welcher Vorgeschichte in seine Diözese gekommen war.

Es drängt sich der Eindruck auf, als ob der emeritierte Papst als Sündenbock für eine Kirche herhalten muss, die anstatt Opfer die Täter geschützt hat. Allerdings trifft es mit Papst Benedikt den Falschen. Er hat als Papst beim Missbrauch die Wende eingeleitet, er hat den mit viel Geld gedeckten Missbrauch des „Legionäre Christi“-Gründers Marcial Maciel an mehr als 60 Kindern, der zudem ein Freund von Papst Johannes Paul II. war, ans Licht gebracht und ausgemerzt.



Unter Druck: Josef Ratzinger

Foto: imago images/Sven Simon

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Teus; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimitarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann.

Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**  
www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Seit Ausbruch der Pandemie streng bewacht: Das Institut für Virologie in Wuhan

Foto: pa

## CORONA LABORTHESE

## Unterlassene Hilfeleistung

WOLFGANG KAUFMANN

Das Wissenschaftler bereit sind, auch über die Leichen ihrer Versuchspersonen zu gehen, wissen wir spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg sowie dem nachfolgenden Nürnberger Ärzteprozess, der mit sieben Todesurteilen endete. Und dass Wissenschaftler ebenso keine Skrupel kennen, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln, mit denen man in Sekundbruchteilen Millionen von Menschen zu töten vermag, zeigt eindrucksvoll die Geschichte der Atombombe. Aber dass Wissenschaftler sogar über Experimente nachdenken, bei deren Misslingen letztlich jeder dritte Erdenbewohner sterben könnte, hätte bis vor Kurzem wohl niemand für möglich gehalten. Inzwischen gibt es dafür nun jedoch ebenfalls Belege.

Zur Finanzierung ihrer Gain-of-Function-Forschung, deren Ziel darin besteht, die Gefährlichkeit von Krankheitserregern tierischen Ursprungs künstlich im Labor zu erhöhen, um so einen „Vorsprung“ bei der Entwicklung von Impfstoffen oder Medikamenten zu erhalten, beantragten die Corona-Expertin Shi Zhengli vom Institut für Virologie Wuhan der chinesischen Akademie der Wissenschaften und der britisch-amerikanische Zoologe Peter Daszak von der US-Nichtregierungsorganisation EcoHealth Alliance Fördermittel in Höhe von 14 Millionen Dollar bei der Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA). Diese untersteht dem Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten und sponsert Forschungsprojekte im Interesse der amerikanischen Streitkräfte, wie beispielsweise eben die Entwicklung von Vakzinen zur Immunisierung von US-Soldaten im Auslandseinsatz. Allerdings hielt die DARPA das Vorhaben von Li und Daszak für zu riskant. Immerhin sollte ja nicht nur der seit 2003 bekannte Krankheitserreger SARS-CoV(-1) infektiöser gemacht werden, sondern auch der im Nahen Osten endemische Erreger MERS-CoV, der derart aggressiv ist, dass es jeden dritten Infizierten tötet.

## Die Rolle des Virologen Drostens

Wie die mittlerweile vorliegenden Beweise zeigen, haben Li und Daszak dann aber trotz des ablehrenden Bescheides der DARPA versucht, zumindest den natürlich vorkommenden SARS-Erreger zu „optimieren“, wobei das Geld hierfür nun direkt von der EcoHealth Alliance kam, die sich der Pandemie-Vorbeugung verschrieben hat und deshalb von der US-Regierung bezuschusst wird. In diesem Zu-

sammenhang flossen dann auch Fördermittel auf dem Umweg über das National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) des Gesundheitsministeriums in Washington.

Dessen Direktor Anthony Fauci suchte ganz offensichtlich nach Partner-Institutionen im Ausland, weil die Gain-of-Function-Forschung in den USA zwischen Juni 2014 und Dezember 2017 wegen eines Erlasses der Obama-Administration ruhen musste. Insofern besteht also der durchaus begründete Verdacht, dass das Virus SARS-CoV-2 im Institut für Virologie Wuhan gezüchtet wurde – maßgeblich finanziert mit Forschungsgeldern aus den USA.

Vor diesem Hintergrund kann kaum mehr verwundern, was Fauci und Daszak in die Wege leiteten, als Anfang 2020 kein Zweifel mehr daran herrschte, dass ein neuartiger Corona-Erreger in China grassierte und sich über die ganze Welt auszu-

Unterzeichner die „Verschwörungstheorien“ rund um die Herkunft des neuen Virus aus dem Institut in Wuhan mit scharfen Worten verurteilten und darauf bestanden, dass man es zweifelsfrei mit einer Zoonose zu tun habe.

Zu denen, welche ihren Namen unter das Schreiben setzten, obwohl sie die ernstzunehmenden Hinweise bezüglich der möglichen künstlichen Entstehung des Erregers kannten, gehörte Christian Drostens, der dann im weiteren Verlauf der Corona-Pandemie zum Merkelschen Haus-und-Hof-Virologen avancierte und jetzt auch dem „Expertengremium“ der Scholz-Regierung „zur wissenschaftlichen Begleitung der COVID-19-Pandemie“ angehört.

## Herkunft des Virus wird vertuscht

Es wird also höchste Zeit, nicht nur über die Inzidenz-Mogeleien der Politiker und ihrer Handlanger sowie das schamlose Treiben von geldgierigen Corona-Gewinnlern zu reden, sondern auch über den Part, den Drostens beim Vertuschen der mutmaßlichen Herkunft des Virus SARS-CoV-2 spielte. Denn eine rechtzeitige und angemessene Berücksichtigung der Laborthese hätte viele Menschenleben retten können. Schließlich wären dann sowohl die Weltgesundheitsorganisation (WHO) als auch die nationalen Gesundheitsbehörden in aller Welt gewarnt gewesen, dass hier ein besonders ansteckender Erreger umgeht, der ganz gezielt dazu entwickelt wurde, die Atemwege des Menschen zu befallen.

Insofern kann es jetzt nur eine Reaktion auf das nunmehrige Bekanntwerden der Fauci-Korrespondenz und der Gespräche während der Telefonkonferenz am 1. Februar 2020 geben: Die Staatsanwaltschaft Berlin muss Ermittlungen gegen Drostens einleiten.

Schließlich wiegelte dieser sogar noch am 28. Februar 2020 im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Podcast Nr. 17 des Berliner Instituts für Gesundheitsforschung mit dem Titel: „Die Pandemie ist da. Was nun, Herr Drostens?“ ab, als es um Vorsichtsmaßnahmen im Hinblick auf die Ankunft des Coronavirus hierzulande ging.

Auf die Frage „Welche Vorkehrungen treffen Sie persönlich?“ antwortete der Virologe und Koordinator im Deutschen Zentrum für Infektionsforschung: „Ich persönlich treffe genau die gleichen Vorkehrungen wie die Normalbevölkerung, die vernünftig mit dieser Sache umgeht, nämlich im Moment gar keine.“ Damit besteht zumindest der Tatverdacht der unterlassenen Hilfeleistung.

Wissenschaftler bestanden darauf, dass es sich um Zoonose handele

breiten drohte. So initiierte Fauci eine Telefonkonferenz, an der am 1. Februar 2020 neben elf anderen renommierten Experten aus dem medizinischen Bereich auch Christian Drostens, der Direktor des Instituts für Virologie an der Berliner Charité und Mitentdecker von SARS-CoV(-1), teilnahm. Während dieser Konferenz sowie in den Tagen direkt davor und danach wurde ausgetrotet, welche Meinungen die Teilnehmer zur Herkunft des Erregers vertraten.

Dabei passierte das, was Fauci und Daszak befürchteten: Mehrere der konsultierten Wissenschaftler – nicht jedoch Drostens – hielten angesichts der ungewöhnlichen Struktur des Erregers SARS-CoV-2 einen Ursprung im Labor für wahrscheinlicher als eine Zoonose, das heißt Entstehung in Fledermäusen oder anderen Wildtieren.

Da diese „Laborthese“ logischerweise nicht nur für China, sondern ebenso auch für die USA hochnotpeinlich war, musste sie um jeden Preis unterdrückt werden. Also sorgte Fauci noch im Februar 2020 dafür, dass Daszak einen Aufruf von 27 weltweit bekannten Wissenschaftlern in der führenden medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“ platzierte, in dem die

## In der neuen Heimat Fuß gefasst

Die neue Bavariathek in Regensburg erzählt vom schwierigen Neubeginn der Heimatvertriebenen und Aussiedler nach dem Krieg

VON MARKUS BAUER

Mit der Sonderausstellung „Neuanfänge – Heimatvertriebene in Bayern“ nimmt nun auch die Bavariathek im Haus der Bayerischen Geschichte in Regensburg ihren Betrieb auf. Durch einen Brand hatte sich die Eröffnung dieser direkt an das erst zwei Jahre zuvor eröffnete Museum der Bayerischen Geschichte angegliederten medienpädagogische Abteilung verzögert.

Im Zentrum dieser Vertriebenen-Ausstellung stehen Unternehmensgeschichten, Biographien von Personen aus den einzelnen Herkunftsgebieten und Zeitzeugenaussagen. Dabei kommen 13 aus fast allen Herkunftsgebieten stammende Männer und Frauen auch in einem 15-minütigen Film zu Wort und äußern sich zu unterschiedlichen Aspekten ihrer Vertreibung und Integration. Vier von ihnen stammten aus den Sudetengebieten, je zwei aus dem Banat und Odessa sowie jeweils einer aus Schlesien, Ostpreußen, der Batschka (Serbien) und dem damaligen Warthegau (Polen). Auskunft gibt darüber hinaus ein für die Wohnraumbeschaffung zuständiger Mitarbeiter im Landkreis Schwabmünchen.

„Wir waren die Flüchtlinge“, schildert etwa Marlene Wetzels-Hackspacher (1922–2019), die aus Mährisch-Schönberg stammende erste Konditormeisterin in Bayern, damalige Gespräche mit den Menschen in Bayern, die nicht glauben wollten, dass „noch ganze Ströme, ja Millionen“ kommen würden.

### Vertriebene als neue Arbeitgeber

Die aus Schlesien geflüchtete Ruth Pirzer macht deutlich, dass viele Heimatvertriebene keine konkreten Vorstellungen über das sie aufnehmende Land hatten. Dass auch Hobbys wie das Fußballspielen viele Kontakte zu Arbeitsstellen eröffneten, wird aus den Originaltönen ebenso ersichtlich wie – später – die Schaffung von



Eine runde Sache: Schautafeln zu Flucht, Vertreibung und Ankunft in Bayern, zu sehen in der neuen Bavariathek

Arbeitsplätzen durch von Heimatvertriebenen gegründete Unternehmen, teilweise Wiedergründungen früherer Firmen oder auch Gründungen neuer Bereiche.

„Durch meinen Fleiß und meine Kenntnisse hat man mich akzeptiert“, bekennt der aus Odessa stammende Anton Bosch, der 1974 als Aussiedler nach Deutschland kam. Die berufliche Tätigkeit hat vielfach zur erfolgreichen Integration beigetragen, oft aber auch das ehrenamtliche Engagement, nicht selten in der Landsmannschaft der Herkunftsregion, wo dann auch das Brauchtum und die Kultur von dort im Mittelpunkt steht.

Neben diesen 13 Personen, die auch mit Bild- und Texttafeln vorgestellt werden, gibt es Erläuterungen und jeweils

einige Exponate von acht Unternehmen, die ihre Wurzeln in Orten der früheren Siedlungsgebiete haben und nach der Vertreibung in der neuen Heimat oder auch darüber hinaus erfolgreich Fuß gefasst haben: Wenzel Meinel (Graslitz/Geretsried: Blechblasinstrumente), Klira (Schönbach/Bubenreuth: Gitarren), Chiba (Abertham/Teisendorf: Handschuhe), Kunert (Warnsdorf/Immenstadt: Nylonstrümpfe), Kersa (Lobositz/Mindelheim: Puppen, Stofftiere), Phönix (Penzig/Konstein: Glaswaren), Ernst Müller & Co. (Karlsbad/Barbing beziehungsweise Neutraubling: Nahrungsmittel) sowie Rehorik (Karlsbad/Regensburg: Kaffeerösterei).

Der Gründungsdirektor des Regensburger Hauses der Bayerischen Geschich-

te, Richard Loibl, verwies bei der Ausstellungseröffnung auf die Aufbereitung von Flucht und Vertreibung in der Dauerausstellung des Museums und brachte den Begriff „Verlustgeschichte“ für die tschechische Seite ins Spiel. Da die Bavariathek sozusagen die Forschungsabteilung des Museums ist, sei die Idee zu diesem Forschungsprojekt entstanden.

### Vertriebenenbeauftragte zu Gast

Durch den Brand in dem für die Bavariathek vorgesehenen Gebäude während der Bauphase 2017 und durch Corona habe sich der Start der Bavariathek verzögert. Mit der Sonderausstellung stehe diese nun aber allen Interessierten, besonders Schülern, offen. „Jugendliche können sich

auch an der Forschungsarbeit beteiligen“, erklärte Loibl: „Vertreibung und Integration dürfen nicht vergessen werden.“

Über ihren Heimatort Pfatter kam Sylvia Stierstorfer, die Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, in ihrem Grußwort auf die Nachbarstadt Neutraubling zu sprechen, eine der fünf bayerischen Vertriebenenkommunen. Hier werde deutlich, „wie viel Energie trotz des Leides der Flüchtlinge“ geflossen sei, machte die Landtagsabgeordnete deutlich. Der Erfolg Bayerns und Deutschlands sei nach dem Krieg eng mit den Vertriebenen verbunden gewesen. „Sie haben wesentlich an der Erfolgsgeschichte mitgeschrieben“, brachte es Stierstorfer auf den Punkt.

Besonders bei ihren Gesprächen in Schulklassen stellt die Politikerin fest, dass viele Kinder Großeltern aus den früheren Siedlungsgebieten haben, aber viele Inhalte und Themen in den Familien nicht besprochen wurden. Doch auch ältere Bürger würden häufig nach ihren Wurzeln suchen, hat die Beauftragte festgestellt. Daher wünschte sie dieser Ausstellung viele Besucher – vor allem Schüler, damit sich auch die junge Generation noch für die Flucht- und Vertreibungsgeschichte mancher ihrer Vorfahren interessiert.

„Wir stellen mit Freude fest, dass in Bayern und Deutschland die Integration so toll gelungen ist. Aber wir dürfen auch die Schicksale und Familiengeschichten nicht aus den Augen verlieren“, fasste Stierstorfer zusammen und erwähnte die wichtigsten Etappen der letzten Jahre in den bayerisch-tschechischen Beziehungen: „Bayern ist Brückenbauer zu den Nachbarn im Osten.“

„Neuanfänge – Heimatvertriebene in Bayern“ läuft am Donaumarkt 2, 93047 Regensburg, bis 15. April, der Eintritt ist frei, geöffnet: Dienstag bis Freitag 9 bis 15 Uhr, sonnabends und sonntags 11 bis 17 Uhr. Infos und „digitale Erzählung“ im virtuellen Museum: [www.hdbg.de/neuanfaenge](http://www.hdbg.de/neuanfaenge)

### JUBILÄUM

## Potsdamer Erfolgsgeschichte

Das Barberini hat sich nach fünf Jahren zu einem Schmuckstück in der Museums-Landschaft entwickelt

Das Potsdamer Museum Barberini feiert sein fünfjähriges Bestehen und verkündet stolz, dass seit seiner Eröffnung 2017 insgesamt 1,6 Millionen Besucher kamen. Wären nicht der Lockdown und die Corona-bedingten Einschränkungen gewesen, hätten es freilich wesentlich mehr sein können. Die dadurch verursachten finanziellen Einbußen muss das rein privat betriebene Museum erst einmal verkraften.

Trotzdem kann man von einer Erfolgsgeschichte sprechen, hat sich doch das Barberini in diesen fünf Jahren als einer der bedeutendsten Standorte für impressionistische Landschaftsmalerei und als international renommiertes Ausstellungshaus etabliert. Kernstück bildet dabei die Kunstsammlung des SAP-Gründers, Mäzens und Museums-Stifters Hasso Plattner. „Auch wenn ich natürlich die von mir über Jahrzehnte gesammelten Bilder vermisse, so tröstet die begeisterte Resonanz der Millionen Besucher mich schnell darüber hinweg“, sagte Plattner.

Doch nicht nur mit der Präsentation der Sammlung Hasso Plattner hat sich das

Museum Barberini international einen Namen gemacht. Zum Erfolg trugen Sonderausstellungen mit zum Teil hochkarätigen Leihgaben anderer Museen bei. Die Entwicklung der Gerhard-Richter-Schau gemeinsam mit dem Künstler, die Ausstellung des kaum öffentlich gezeigten Bestands später Picasso-Werke, die seltenen Leihgaben für die Van-Gogh- und

Rembrandt-Ausstellungen, die größte Monet-Retrospektive, die jemals in einem deutschen Museum gezeigt wurde – das seien Höhepunkte der letzten fünf Jahre, die zeigten, „dass wir das Vertrauen bedeutender Museen auf der ganzen Welt gewinnen und uns als anerkannter Kooperationspartner etablieren konnten“, so Museumsdirektorin Ortrud Westheider.

Ebenso herausragend sind auch die Leihgaben für die Schauen des Jubiläumjahres: Für „Eine neue Kunst. Photographie und Impressionismus“, die für den 12. Februar angekündigt ist und die bis zum 8. Mai laufen soll, konnte man als Partner unter anderem das Pariser Musée d'Orsay und die Société Française de Photographie gewinnen. Für „Die Form der Freiheit. Internationale Abstraktion nach 1945“, die vom 4. Juni bis 25. September laufen soll, sind 90 Arbeiten von etwa 50 modernen Künstlern mit im Boot, die aus dem Centre Pompidou in Paris, der Tate Modern in London, dem Museo Nacional Thyssen-Bornemisza in Madrid oder dem Whitney Museum of American Art in New York stammen. Und die Ausstellung „Surrealismus und Magie. Verzauberte Moderne“ (22. Oktober bis 29. Januar 2023) wird das Barberini gemeinsam mit der in Venedig ansässigen renommierten Peggy-Guggenheim-Collection konzipieren. *H. Tews*



Stauend in der Impressionismus-Ausstellung: Das Barberini ist Anziehungsort auch für ein junges Publikum

### MELDUNGEN

## SPK-Rückgabe von Diebesgut

**Berlin** – Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) hat ein Freundschaftsalbum der Reformationszeit mit einem Eintrag von Philipp Melanchthon an die Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt zurückgegeben. Die SPK erwarb es 2002 bei einer Auktion, nicht wissend, dass es sich um Diebesgut handelte. Es wurde 1976 im Lutherhaus in Wittenberg gestohlen. *tws*

## Freud trifft in Wien auf Dalí

**Wien** – Vom 28. Januar bis 29. Mai läuft im Unteren Belvedere in Wien die Ausstellung „Dalí – Freud. Eine Obsession“. Sie legt dabei anhand von rund 100 Werken den Einfluss des Psychoanalytikers Sigmund Freud auf das Werk des surrealistischen spanischen Malers Salvador Dalí dar. Infos im Internet: [www.belvedere.at](http://www.belvedere.at) *tws*

Internet: [www.museum-barberini.de](http://www.museum-barberini.de)

# Genosse. Preuße. Staatsmann

Vor 150 Jahren wurde der Sozialdemokrat Otto Braun geboren. Zeitgenossen nannten ihn den „roten Zaren von Preußen“. In der historischen Fachwelt galt er lange als wichtigster Exponent von „Preußens demokratischer Sendung“. Eine Erinnerung

VON RENÉ NEHRING

Unter den bedeutenden Staatsmännern der deutschen Geschichte im Allgemeinen und der preußischen im Besonderen ist Otto Braun heute kaum noch bekannt. Und das zu Unrecht. Zu Unrecht deshalb, weil der am 28. Januar 1872 in Königsberg geborene Sozialdemokrat mit seinen drei Amtszeiten zwischen 1920 und 1932 zu den am längsten regierenden Ministerpräsidenten Preußens gehört. Zu Unrecht auch, weil Brauns politische Biographie in vielem konträr zu dem steht, was sich nach 1945 in der deutschen Geschichtswissenschaft und Publizistik an vermeintlichen Erkenntnissen über Preußen festgesetzt hat.

## Preußische Genossen

So zeigt Brauns Lebenslauf – wie auch die Biographien anderer Sozialdemokraten wie Ferdinand Lassalle (aus Breslau), Otto Wels (Berlin), Gustav Bauer (Darkehmen/Ostpreußen), Paul Löbe (Liegnitz/Schlesien), Hugo Haase (Allenstein), Kurt Schumacher (Kulm/Westpreußen) oder Karl Schiller (Breslau) – interessante Verbindungen zwischen der Entwicklung des preußischen Staates und der Sozialdemokratie. Natürlich wurden im Kaiserreich fast alle Spitzenämter des Staates mit adeligen Politikern besetzt, sodass den Sozialdemokraten – die in den Sozialistengesetzen noch als „Reichsfeinde“ diffamiert worden waren – jahrzehntlang nur die Rolle der Opposition blieb. Dennoch formierte sich hier eine besondere Ausprägung der Sozialdemokratie, die zwar gegen die monarchische Alleinherrschaft gerichtet war, zugleich aber auch ein typisch preußisches Staatsverständnis pflegte, zu dem ein funktionierender Beamtenapparat ebenso gehörte wie die Pflege der Rechtsstaatlichkeit und das Bekenntnis zur öffentlichen Ordnung und inneren Sicherheit.

Dies zeigte sich nirgends so sehr wie in den Wirren der Revolution von 1918/19, als mit dem Rücktritt des Kaisers das alte Preußen implodierte und den „roten Preußen“ die Verteidigung des Staates gegen innere und äußere Feinde oblag. Mehrheitlich widerstanden sie den Verlockungen zur Ausweitung der Revolution wie in Russland, wobei sie auch mit rechten Freikorps paktierten und vor allem mit Innenminister Gustav Noske als „Law and Order“-Partei auftraten.

Gegen Ende der Weimarer Republik wurde das sozialdemokratisch regierte Preußen zum zentralen Hort der jungen Demokratie in Deutschland. Mag das NS-Regime sich auch am „Tag von Potsdam“ 1933 in die geistige Tradition Preußens gestellt und mögen dies auch die Preußen-Skeptiker verschiedenster Couleur nach 1945 gern aufgegriffen haben, so erzählt doch das Agieren Otto Brauns und seiner preußischen Genossen eine ganz andere Geschichte. Preußen war nicht die Vorhut des „Dritten Reichs“, sondern ein Ort der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie – und somit das letzte Bollwerk gegen die braune Diktatur.

## Kind der Königsberger Sozialdemokratie

Doch der Reihe nach. Als Sohn eines selbständigen Schuhmachermeisters, der den Abstieg zum Bahnwärter erlebte, sah Braun früh die sozialen Verwerfungen des aufstrebenden Kaiserreichs. Er selbst erlernte das Druckerhandwerk und kam so bereits als Jugendlicher mit dem Pressewesen in Berührung.



Prägender Staatsmann seiner Zeit: Otto Braun (Gemälde von Max Liebermann, 1932)

Ebenso früh fand Braun den Weg in die Sozialdemokratie. Mit seinem Organisationsgeschick und Führungstalent wurde er schnell zu einer prägenden Figur der SPD in Ostpreußen. Einer seiner bedeutendsten Erfolge in jener Zeit war die Gründung und Etablierung der parteinahen „Königsberger Volkszeitung“. Zu deren Redaktion gehörte neben den Gründern Braun und Hugo Haase ab 1897 auch Gustav Noske.

Bereits 1898 wurde Braun Vorsitzender der ostpreußischen SPD, in den Reichsvorstand der Sozialdemokratie zog er 1911 ein. 1913 wurde er dann Abgeordneter des Preußischen Landtags. Als kurz darauf der Erste Weltkrieg ausbrach, gehörte er zu den Verfechtern einer Burgfriedens-Politik mit der Reichsleitung. Hier zeigte sich der besondere Wesenszug einer Sozialdemokratie, der in Zeiten der Not die Funktionsfähigkeit des Staates wichtiger war als ideologische Spielchen um die Macht.

1918 wurde Otto Braun Landwirtschaftsminister des nun zum Freistaat gewandelten Preußen. Sofort betrieb er eine Agrarreform, deren Ziel die Umverteilung

Hier formierte sich eine besondere Ausprägung der Sozialdemokratie, die zwar gegen die monarchische Alleinherrschaft gerichtet war, zugleich aber auch ein typisch preußisches Staatsverständnis pflegte

von brachliegendem Boden an ehemalige Soldaten war, die jedoch am Widerstand der Großgrundbesitzer, am Zögern des Ministerpräsidenten Paul Hirsch und nicht zuletzt an der Rechtslage scheiterte.

## An der Spitze des Staates

Der Kapp-Putsch im März 1920 führte nicht nur zum Rücktritt der Reichsregierung Gustav Bauers, sondern auch des Kabinetts Hirsch in Preußen. Braun wurde – gestützt auf die Parteien der „Weimarer Koalition“ SPD, Zentrum und DDP sowie später DVP – Ministerpräsident, nicht zuletzt, weil seine Gegner ihn in dieser Position für weniger gefährlich hielten als im Amt des Landwirtschaftsministers.

Schon die Umstände seines Amtsantritts führten Braun die Gefahren für die junge Demokratie vor Augen. Entschlossen ging er daran, den Freistaat zum „demokratischen Bollwerk“ zu entwickeln. Dazu gehörten unter anderem der Umbau des Beamtenapparats (zusammen mit Innenminister Severing tauschte er alle Regierungs- und Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräte aus, die sich während des Kapp-Putsches gegen die Republik gestellt hatten), das Verbot links- und rechtsextremistischer Vereinigungen sowie eine umfassende Verwaltungsreform, zu der auch die Auflösung der fast 12.000 preußischen Gutsbezirke gehörte. Die Tragik dieser Bemühungen war, dass 1920 beim Kapp-Putsch der überwiegend noch von kaiserlichen Beamten getragene Staatsapparat dem autoritären Angriff auf die Demokratie widerstand, bei der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 der inzwischen sozialdemokratisch geprägte Beamtenapparat jedoch binnen kurzer Zeit den Kräften der Diktatur unterlag.

Die rechtsstaatliche Prägung Brauns zeigte sich auch im Umgang mit dem Haus Hohenzollern. Anders als in Österreich, wo die Habsburger nicht nur ihren Stand verloren, sondern auch deren Vermögen dem Staat „unterstellt“ wurde, sowie auch im Gegensatz zu einem Volks-

entscheid über die sogenannte Fürstenteignung, in dem sich die relative Mehrheit für die Enteignung der vormals regierenden Familien ausgesprochen hatte, kam es in Preußen im Oktober 1926 zu einem Vergleich, der den Hohenzollern den größeren Teil ihres Vermögens an Grund und Boden sowie einige Schlösser und Tausende von Kunstgegenständen beließ. Obwohl die Mehrheit der SPD-Fraktion innerlich für die Enteignung war, enthielt sie sich bei der Ratifizierung im Landtag; nicht zuletzt, da Braun für den Fall einer Ablehnung mit seinem Rücktritt gedroht hatte.

Auch nach außen mussten sich das neue Preußen und das neue Deutschland vieler Angriffe erwehren. In Ost- und Westpreußen, in Oberschlesien sowie im Rheinland galt es, Separationsbestrebungen verschiedenster Prägungen zu widerstehen. Selbst die Auflösung des Reichs dominierenden preußischen Staates und seine Aufspaltung in Bundesländer stand im Raum. Als Ministerpräsident trat Braun entschieden allen Angriffen auf die staatliche und territoriale Integrität Preußens entgegen und konnte diese abwehren.

## Im Kampf um die Republik

Als 1925 überraschend Reichspräsident Friedrich Ebert starb, stellte sich Braun seiner Partei im ersten Wahlgang als Kandidat für das Amt des Staatsoberhauptes zur Verfügung und belegte mit 29,0 Prozent die zweitmeisten Stimmen, zog dann aber im zweiten Wahlgang zugunsten des Zentrums politiklers Wilhelm Marx zurück. Als sich letztlich der populäre Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg durchsetzte, pflegten der preußische Ministerpräsident Braun und das neue Staatsoberhaupt ein von Respekt und Achtung getragenes Verhältnis. Vor allem die Liebe zur Natur und insbesondere zur Jagd in Ostpreußen verband die beiden miteinander. Das Vertrauensverhältnis wurde jedoch zerstört, als 1929 in Preußen der rheinische „Stahlhelm“ verboten wurde.

Als Brauns Koalition der Mitte bei den Landtagswahlen im April 1932 erstmals keine Mehrheit bekam, blieb die Regierung gemäß der Verfassung des Freistaats geschäftsführend im Amt. Braun selbst hatte unter den Anstrengungen des Wahlkampfes unmittelbar vor der Wahl einen Zusammenbruch erlitten. Dies bot Reichskanzler Franz von Papen, dem angesichts der dauerhaften Krisensituation des Reiches eine Neuordnung des Staates vorschwebte, die Gelegenheit zum Schlag gegen die preußische Regierung, die ein entscheidendes Hindernis auf diesem Wege war. Am 20. Juli 1932 wurde durch zwei Notverordnungen des Reichspräsidenten zunächst die rechtmäßige geschäftsführende Regierung Braun abgesetzt und dem Kanzler als Reichskommissar die vollziehende Gewalt in Preußen übertragen.

Die preußische Staatsregierung verzichtete sowohl auf den Einsatz der ihr unterstehenden Polizei als auch auf die Ausrufung eines Generalstreiks, sondern zog – im preußischen Glauben an die Rechtsstaatlichkeit – stattdessen vor das Reichsgericht, das am 25. Oktober 1932 tatsächlich entschied, dass die Absetzung der Regierung Braun nicht rechtmäßig war. Zu diesem Zeitpunkt freilich hatte Papen die Spitzen der Verwaltung und der Polizei bereits ausgetauscht. Damit war Preußen, das wichtigste Machtzentrum der Parteien der demokratischen Mitte, als Hindernis für die Pläne Papens ausgeschaltet. Ein paar Wochen später war die Republik von Weimar am Ende.

Beim Machtantritt der Nationalsozialisten floh Otto Braun in die Schweiz, leb-

te dort jedoch – da von seinen Pensionsbezügen abgeschnitten – zumeist in prekären Verhältnissen. Im schweizerischen Locarno verstarb er am 15. Dezember 1955.

## Urteil der Fachwelt

Heute, neunzig Jahre nach seiner Absetzung, ist Braun in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend vergessen. In der historischen Fachliteratur gibt es nur wenige Arbeiten, die sich mit ihm und seinem Wirken befassen. Die wichtigste ist die von Hagen Schulze geschriebene, fast 1100 Seiten umfassende Biographie unter dem programmatischen Titel „Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung“.

Darin knüpft der Historiker an den von Friedrich Christoph Dahlmann in der Frankfurter Paulskirche verkündeten Traum von „Preußens deutscher und demokratischer Sendung“ an. Für Schulze „verkörperte sich (in Braun – R.N.) eine Alternative, die die Republik hätte überleben lassen“ – wenn die Institutionen des Reiches nicht so schwach gewesen wären. „Braun besaß ein strategisches Konzept, im offensichtlichen Gegensatz zu seinen meisten Partei- und Amtskollegen in den Reichskabinetten, die in der Regel zufrieden waren, wenn es ihnen gelang, sich durch die Widrigkeiten des Augenblicks zu wursteln. (...) Das Konzept war dasselbe, das Dahlmann einst formuliert hatte: Preußens deutsche und demokratische Sendung.“ Mit Braun, so Schulze weiter, „besaß die Idee einer ‚demokratischen Sendung‘ Preußens einen realen Unterbau, und in der Tat übte die preußische Regierung zunehmend die Funktion einer Krücke der Reichspolitik aus, einer demokratischen Ordnungszelle Deutschlands“.

Am Schluss seiner Biographie fasst der Historiker zusammen, was das Leben Brauns auch heute noch Erinnerungswürdig macht. Für Schulze „verkörpert Otto Braun die Hoffnungen und Vergeblichkeiten einer ganzen Epoche deutscher Geschichte: der Proletarier aus dem Hinterhof in der Königsberger Altstadt; der führende Funktionär der größten Partei des Kaiserreichs; der Ministerpräsident und Gestalter des demokratischen Preußen; die stärkste innenpolitische Stütze der Republik von Weimar; der ‚wahre Führer des arbeitenden Volks‘; der Demokrat, der die Mittel der Demagogie verschmähte und deshalb den Demagogen erlag; der vergessene Flüchtling; die Handvoll Asche in einem Schweizer See: ein deutscher Staatsmann.“

„Braun besaß ein strategisches Konzept, im offensichtlichen Gegensatz zu seinen meisten Partei- und Amtskollegen in den Reichskabinetten, die in der Regel zufrieden waren, wenn es ihnen gelang, sich durch die Widrigkeiten des Augenblicks zu wursteln“

Hagen Schulze

DERRY

# Als britische Soldaten 13 unbewaffnete irische Demonstranten töteten

Das Jahr 1972 wurde zum blutigsten des Nordirlandkonflikts. Noch heute hält der Bloody Sunday ein Trauma der englischen Nordirlandpolitik wach

VON HEINRICH PRINZ VON HANNOVER

Der 1921 in Kraft getretene Government of Ireland Act sah eine Trennung Irlands von Großbritannien vor und teilte die Insel in zwei selbständige Staaten mit dem englischen König als Staatsoberhaupt. Beide Staaten erhielten nach englischem Vorbild jeweils eigene Zweikammerparlamente. Großbritannien behielt sich das Recht vor, außenpolitisch beide irischen Staaten zu vertreten und über Krieg und Frieden zu entscheiden sowie das gesamte irische Heer zu befehligen.

Es war keine nachhaltige Lösung, die man sich in London für Irland ausgedacht hatte. Die Unionisten des Nordens wollten weiterhin zu Großbritannien gehören, während die katholischen Nationalisten im Süden ein geeintes Irland ohne Großbritannien forderten. Der katholische Süden erkämpfte sich seinen eigenen unabhängigen Staat. Der protestantische Norden suchte seinen eigenen Weg in Anlehnung an Großbritannien. In Nord wie Süd blieben militante Minderheiten zurück, die für eine Revision der Verhältnisse kämpften. Die eigentliche Tragödie Irlands im 20. Jahrhundert bestand darin, dass keine der beiden Teile adäquate Formen eines Minderheitenschutzes verwirklichte. Und wo man intellektuell am Ende war, sollte Gewaltanwendung eine Lösung bringen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg beschritt Großbritannien mit Nordirland



Während des Blutigen Sonntags: Britische Soldaten umzingeln eine Gruppe von Demonstranten

Foto: pa

den Weg zum Wohlfahrtsstaat. Das Bildungssystem wurde reformiert und vor allem in protestantischen Gebieten verbessert. Während Nordirland mit seinen Ulster-Unionisten sich der Unterstützung von Großbritannien sicher sein konnte, fanden sich die Katholiken im Süden nach wie vor nicht mit der irischen Teilung ab. Ab 1950 lebte die Irisch-Republikanische Armee (IRA) wieder auf, und ihre Gewalt richtete sich gegen Grenzposten und Polizisten. Die Protestanten organisierten sich ihrerseits in paramilitärischen Einheiten. Beide Seiten lieferten sich schwere Straßenkämpfe vor allem in gemischtkonfessionellen Städten wie Belfast und Londonderry. Die Regierungen in Nord und Süd waren darüber gleichermaßen schockiert.

Ab 1963 polarisierte sich die politische Landschaft Nordirlands. Die Unionisten spalteten sich in zwei Lager. Für die gemäßigten Protestanten, die auf Ausgleich und Dialog setzten, stand der nordirische Premierminister Terence O'Neill. Als sich dieser mit dem irischen Premierminister Seán Lemass traf, um eine Geste der Freundschaft und ein Zeichen des Friedens für die beiden Teile Irlands zu demonstrieren, brach in Nordirland erneut Gewalt aus. Die radikalen Unionisten kritisierten das Treffen der beiden Premierminister, und sie scharten sich um Ian Paisley, der eine eigene Partei gegründet hatte. Darin versammelte er vor allem viele Arbeiter und einfache Leute, die einen kompromisslosen, harten Kurs gegen die Republik Irland einforderten. Nun begann die Zeit der Barrikaden und der Benzinbombenwürfe zwischen protestantischen und katholischen Wohnvierteln, in denen man mit einer gelegentlichen Kugel rechnen musste und in denen der Staat die Sicherheit nicht mehr gewährleisten konnte.

## Mangelnder Minderheitenschutz

1969 sah sich O'Neill gezwungen, vorgezogene Parlamentswahlen in Nordirland abzuhalten. Dabei stellten sich erstmals zwei konkurrierende Unionisten-Parteien zur Wahl. O'Neill wurde zwar bestätigt, konnte sich aber in seinem Kabinett nicht mehr durchsetzen. Die Unruhen griffen immer weiter um sich, und die jährlichen

„Die Regierung stellte bereits 1974 eindeutig klar, dass all diejenigen, die am Blutsontag 1972 in Nordirland gestorben sind, unschuldige Menschen sind – ungeachtet der Vorwürfe, dass die Opfer Schusswaffen oder Bomben dabei gehabt hätten, als sie erschossen wurden. Ich hoffe, dass alle Angehörigen der Opfer diese Zusicherung annehmen“

John Major  
britischer Premier 1990–1997

Umzüge der Protestanten verschärften den Konflikt.

Die britische Armee wurde weiter verstärkt. Das wurde anfangs auch von den Katholiken befürwortet, da in ihrem Lager ein Interesse an Recht und Ordnung bestand und sie das Militär als weniger parteiisch denn die Polizeikräfte einschätzten. Aber die Armee war ihrer Aufgabe nicht gewachsen und die Bürgerkriegssituation eskalierte. In den Augen der Katholiken galten die britischen Soldaten bald wie die Polizisten als Vollstrecker des diskriminierenden Unionistenstaates. Vor diesem Hintergrund erhöhte

London die militärische Präsenz und entsandte Fallschirmjagereinheiten nach Nordirland.

## Das Militär enttäuschte Hoffnungen

Vor einem halben Jahrhundert, am 30. Januar 1972, richteten in Londonderry britische Soldaten ein Blutbad unter unbewaffneten Demonstranten an, die gegen das brutale Vorgehen der nordirischen Sicherheitsorgane auf die Straße gegangen waren. Dabei kamen 13 Menschen ums Leben. Deshalb ging dieser Tag vor 50 Jahren als „Bloody Sunday“ (Blutiger Sonntag) in die Geschichte Nordirlands ein. Noch heute hält dieses Datum ein Trauma der englischen Nordirlandpolitik wach, denn als wenn das Massaker an sich nicht schon schlimm genug wäre, versuchten die Behörden zunächst auch noch, es zu vertuschen. In der Öffentlichkeit stand Großbritannien am Abgrund seiner Nordirlandpolitik. An vielen Orten in Nordirland, in Großbritannien und in der Republik Irland kam es aus Protest zu Gewaltausbrüchen. In der Hauptstadt der Republik Irland, Dublin, verwüsteten aufgebrachte Demonstranten die britische Botschaft. Durch die um sich greifende Gewalt sah sich die Regierung in Westminster veranlasst, die nordirische Selbstverwaltung und Nordirland von London aus zu verwalten.

Im Laufe der Jahre kam es zwischen Nordirland und der Republik Irland zu politischen Annäherungen, die den inneren Frieden auf der irischen Insel beförderten. Zu diesem Prozess der Annäherungen früher verfeindeter Lager hat das englische Königshaus maßgeblich beigetragen. Im Jahr 2011 kam Königin Elisabeth II., die dieses Jahr ihr 70. Thronjubiläum feiert, als erstes britisches Staatsoberhaupt zu einem Staatsbesuch in die Republik Irland. Dabei besuchte sie auch den „Garten der Erinnerung“, den Ort des Gedenkens für die irischen Opfer des Kampfes gegen Großbritannien.

● **Heinrich Prinz von Hannover**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Königlich-Prinz von Großbritannien und Irland, ist ein Urenkel Kaiser Wilhelms II. Er arbeitet als Verleger in Göttingen.

WESTFALENHALLE

## „Unser stählernes Mädchen“

„In dieser Konstruktion, dieser einschichtigen Anlage, in der kühnen Wölbung, wo das Schwere leicht und fast heiter wird, hier ist eine Leistung vollbracht, auf die die Schöpfer stolz sein dürfen.“ Mit diesen Worten lobte Bundespräsident Theodor Heuss vor 70 Jahren und 20.000 Besuchern die neugebaute Westfalenhalle anlässlich ihrer Eröffnung. „Unser stählernes Mädchen“, wie der Volksmund den kühnen Bau aus Stahl, Beton und Glas nennt, kommt trotz seiner 118 Metern Länge und 98 Metern Breite ohne störende Stützfeiler im Innenraum für die sich in 29 Meter Höhe befindliche Kuppel aus, in der immerhin 1680 Tonnen Stahl verarbeitet sind.

Die Kritik an den Kosten von neun Millionen D-Mark kommentierte Heuss damals mit den Worten: „Also die Millionen, die Millionen, die Millionen, die Millionen wie verzinst sich das? Ich will Ihnen sagen, was sich verzinst: in Gesundheit und Lebensfreude.“ Der Bundespräsident verwies damit auf die Nutzung des Baus. Die unterschiedlichsten kulturellen und sportlichen Veranstaltungen fanden und finden hier statt, aber auch wirtschaftliche, nicht zuletzt Messen. Jährlich besuchen 1,7 Millionen Men-



Westfalenhalle in Dortmund

schen die Westfalenhalle sowie das Messe-, Kongress und Veranstaltungszentrum, zu dem sie mittlerweile gehört. 2009 konnte der 100.000.000. Gast begrüßt werden.

Während Heuss' Eröffnungrede als launig bezeichnet wird, verwies der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Karl Arnold bei dieser Gelegenheit auf einen ernsten Aspekt: „Was an dieser Stelle wenige Jahre nach dem Kriege aus der Asche emporgewachsen ist, muss uns allen als überzeugender Beweis der Lebenskraft und des Aufbauwillens des ganzen deutschen Volkes erscheinen.“ Tatsächlich war die Westfalenhalle, die wir heute kennen, aus der Asche emporgewachsen, denn sie hatte einen Vorgänger am selben Ort. Auch hierbei hatte es sich um eine imponierende Halle gehandelt. Zeitweise war sie die größte des Kontinents. Die erste Westfalenhalle bot ähnlich vielen Besuchern Platz wie die heutige. Allerdings handelte es sich bei ihr nicht um eine Beton-, sondern um eine Holzkonstruktion. Nach nur siebenmonatiger Bauzeit wurde sie am 28. November 1925 eröffnet. Auch bei ihr handelte es sich um eine Mehrzweckhalle.

Im Zweiten Weltkrieg diente sie mit umliegenden provisorisch errichteten Holzbaracken als Kriegsgefangenenlager. Am 23. Mai 1944 fiel diese Westfalenhalle einem Bombenangriff zum Opfer. Tausende Kriegsgefangene fanden dabei den Tod. Unmittelbar nach Kriegsende beschloss der Rat der Stadt Dortmund den Neubau einer Westfalenhalle. Ihr ist eine längere Existenz beschieden. Sie wird am 2. Februar 70. *Manuel Ruoff*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Während inzwischen manche Deutsche fest davon überzeugt sind, dass sich die Bundesrepublik in eine Diktatur verwandelt habe, glauben andere ebenso unerschütterlich an das unbeschädigte Fortbestehen der freiheitlich-demokratischen Ordnung, wie sie den Vätern des Grundgesetzes vorschwebte. Dabei stecken beide Seiten in der Falle des bipolaren Denkens. Denn es existieren deutlich mehr als zwei Möglichkeiten, einen Staat in politischer Hinsicht zu charakterisieren.

So gibt es beispielsweise auch die Regierungsform der Kakistokratie – die Übersetzung dieser griechischen Bezeichnung lautet „Herrschaft der Schlechtesten“. Und tatsächlich fanden oder finden sich in dem gesetzgebenden Organ unseres Landes, also dem Bundestag, etliche Personen ohne erlernten Beruf. Dazu kommen die „Akademiker“ unter den Politikern, deren Abschlussarbeiten inzwischen als Betrug entlarvt wurden. Ein weiteres Indiz für die mögliche Existenz einer Kakistokratie sind jene Amtsträger, deren Tun nur das Prädikat „jämmerlich“ verdient – sei es wegen offenkundiger Inkompetenz oder offen zur Schau getragener charakterlicher Defizite, sei es wegen des unablässigen Bestrebens, das politische Mäntelchen immer in den jeweils vorherrschenden Wind zu hängen.

#### Durch nichts qualifiziertes Personal

Andererseits ist fraglich, ob die am schlechtesten Geeigneten bereits die Mehrheit stellen. Wenn nicht, dann wäre eher die Bezeichnung „Mediokratie“ angebracht. Hier liegt die Macht in den Händen der Mittelmäßigen, welche das Produkt einer gleichmacherischen Kultur darstellen und in derart großer Zahl auftreten, dass es ihnen gelingt, den höher Begabten den Aufstieg zu verwehren. In der politischen sowie gesellschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre lassen sich auch hierfür passende Beispiele finden. Wenn beispielsweise eine Person ein Ressort führt, für das sie fachlich gar nichts qualifiziert, dann ist sie mit Sicherheit keine optimale Besetzung für das Ministeramt. Das gilt unter anderem für die Rechtsanwältin und nunmehrige Bundesministerin der Verteidigung, Christine Lambrecht, und den Diplom-Sozialpädagogen Cem Özdemir, der jetzt das Amt des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft ausübt.

Als Mediokratie wird gleichzeitig die scheinbare Allmacht der Medien bezeichnet, welche mittlerweile weniger aus der Kontrollfunktion der „Vierten Gewalt“ herrührt als aus der Symbiose zwischen der Politik und den Häuptern der Medien-



Etliche Parlamentarier sind ohne Berufsausbildung: Der Reichstag, die „Herzkammer der deutschen Demokratie“

Foto: imago/agefotostock

#### STAATSFORM

## Abseits der Volksherrschaft

Kakistokratie, Oligarchie, Mediokratie: Ein kritischer Blick auf die Bundesrepublik macht etliche Details sichtbar, in denen sich unser Staat vom Ideal der klassischen repräsentativen Demokratie entfernt hat

konzerne. So wie im Falle des einflussreichen Damenkränzchens um die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel und die milliardenschwere Verlagserbin beziehungsweise „Graue Eminenz“ des Springer-Verlags, Friede Springer.

Ansonsten erfüllt die Bundesrepublik im derzeitigen Zustand gleichermaßen die Kriterien einer Technokratie, was sinngemäß übersetzt „Herrschaft der Sachverständigen“ heißt. Mit Beginn der Corona-Pandemie wuchs der Einfluss tatsächlicher oder vermeintlicher Experten auf die Entscheidungen von Politik und Verwaltung sowie auch der Judikative massiv. Kritiker sehen parallel hierzu eine Entmachtung des verfassungsmäßig einzig wahren Souveräns, des Volkes, das gegängelt oder entrechtet werde – und zwar in der Regel unter Berufung auf allerlei konstruierte „Sachzwänge“, welche angeblich ein alternatives Vorgehen verbieten. „Alternativlos“ ist freilich nicht bloß das

Zauberwort aller Technokraten, um Zweifler und Kritiker an den Rand zu drängen. Es gehört ebenso zum Instrumentarium vieler Kleptokratien, denn die „Herrschaft der Plünderer“ äußert sich keineswegs immer nur im systematischen Bestehlen des Volkes zwecks Bereicherung einiger weniger Personen an der Spitze des Staates.

Vielmehr gibt es auch eine als Demokratie getarnte institutionalisierte Kleptokratie, in welcher der Staat das Eigentum der Bürger auf offene oder verdeckte Weise einzieht, um damit Projekte zu finanzieren, welche die Menschen mehrheitlich nicht wollen, die aber von der Obrigkeit als vollkommen „alternativlos“ hingestellt werden.

Darüber hinaus gilt es, Anzeichen einer Oligarchie im Auge zu behalten. In unserem Land hat sich eine relativ kleine, weitgehend abgeschottete Machtelite herausgebildet, angesichts derer mancher

schon von der „Herrschaft der Wenigen“ spricht. Zur oligarchischen Führungsschicht gehören in dieser Sichtweise die Spitzen der politischen Parteien, welche oftmals zugleich in der Regierung von Bund und Ländern sitzen, leitende Beamte der staatlichen Bürokratie, Großaktionäre, Industriemanager, Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften, die Chefs der Wohlfahrts- und Sozialverbände, Medienunternehmer, führende Repräsentanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie die Inhaber hoher Kirchenämter.

#### Die wachsende Macht der „Multis“

Traditionell von links aufs Korn genommen werden Anzeichen einer Korporokratie, also einer Konzernherrschaft. Selbst der frühere Mitarbeiter und „wirtschaftliche Auftragsmörder“ des US-Auslandsgeheimdienstes National Security Agency (NSA), John Perkins, welcher diesen Begriff kreierte, schrieb 2004: „Die

Korporokratie steht auf drei Säulen: große Konzerne, internationale Banken und eingeweihte, untergebene, oftmals Marionetten-Regierungen.“ Die Letzteren übertragen in einer Korporokratie kapitalkräftigen und meist multinational aufgestellten Unternehmen staatliche Machtbefugnisse oder herrschen gemeinsam mit diesen, wobei die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie einzelner hoheitlicher Aufgaben zumeist am Anfang einer solchen Entwicklung steht.

Und dann wäre da noch die Globokratie, bei der nicht nur Großkonzerne und -banken mitmachen wie bei der Korporokratie, sondern ebenso internationale Organisationen vom Kaliber der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Diese hat sich seit Ausrufung der Corona-Pandemie zu einem global höchst einflussreichen Akteur entwickelt und beeinflusst inzwischen auch die Innenpolitik Deutschlands.

#### MEDIZIN

## Das Schwein wird Ersatzteillager für den Menschen

Erstmals wurde ein genmanipuliertes Schweineherz erfolgreich in einen Menschen verpflanzt

Erstmals ist es US-Wissenschaftlern der University of Maryland in Baltimore gelungen, ein Schweineherz in einen Menschen zu verpflanzen. Vor Kurzem war bereits erfolgreich die Niere eines Schweins in einen Menschen transplantiert worden. Schon vor einigen Jahren war ein Schweineherz mit mittlerem Erfolg in einem Primaten eingepflanzt worden.

Es ist bekannt, dass das Schwein, was Körpergröße und sonstige Eigenschaften betrifft, die besten Chancen hat, als Ersatzteillager zur Züchtung menschlicher Organe in Frage zu kommen. Schon lange gibt es ein Unterangebot an menschlichen Spenderorganen von mehreren Hunderttausenden weltweit. Zehntausende von Menschen sterben jedes Jahr, weil es an Spenderorganen fehlt.

Dies könnte sich ändern, falls die jetzige Operation erfolgreich wird. Danach sieht es bislang aus: Dem 57-Jährigen geht es wenige Tage nach dem Eingriff offenbar gut. Zu einer akuten Abstoßungsreaktion, wie noch bei der ersten Transplantation eines menschlichen Herzens, kam es laut Uni nicht. Die weltweit erste Herztransplantation durch Christian Barnard war im Jahre 1967 in Südafrika erfolgt, auch dies wurde damals als großer Durchbruch für die Menschheit gefeiert. Hunderttausende Herzen und andere Organe von menschlichen Spendern sind seitdem erfolgreich transplantiert worden.

Die jetzige Transplantation eines Schweineherzens war nach Angaben der Ärzte die einzige Möglichkeit, das Leben des Patienten zu verlängern, der an einer

Herzinsuffizienz im Endstadium litt. In dem Spenderschwein waren während der Zucht drei Gene „stillgelegt“ worden, die zur Abstoßung im menschlichen Körper hätten führen können. Um ein übermäßiges Wachstum des Schweineherzens zu verhindern, wurde noch ein weiteres Gen ausgeschaltet. Sechs menschliche Gene wurden zusätzlich in das Erbgut des gezüchteten Tiers eingefügt, um die Akzeptanz für das fremde Organ zu verbessern.

#### Erster Versuch in den 80er Jahren

In Teilbereichen der Medizin werden seit Längerem tierische Organe oder andere Bestandteile in Menschen eingesetzt, so wurden Herzklappen von Schweinen oder Rindern bereits mit Erfolg implantiert. Auch Schwein-Inselzellen zur Behand-

lung von Diabetes erfüllen bereits seit Längerem ihren Zweck. Auch bei einigen Corona-Impfstoffen sind Schweine-Enzyme eingesetzt worden zur längeren Haltbarmachung der Stoffe.

Die Transplantation ganzer, nicht gentechnisch behandelter tierischer Organe wurde erstmals in den 1980er Jahren versucht, bei dem sogenannten Baby Fae, aber danach weitgehend wieder aufgegeben. Das Kind, das mit einem tödlichen Herzfehler geboren wurde, erhielt ein Pavianherz und starb innerhalb von 21 Tagen, weil das Immunsystem das fremde Herz abstieß. Bei dem Ziel, tierische Organe durch Gentechnik so weit zu verändern, dass sie dem menschlichen Immunsystem möglichst wenig Probleme bereiten, wurden seit damals große Fortschritte erzielt.

Für Menschen, die aus ethischen oder religiösen Gründen auf alle tierischen Produkte oder auf bestimmte Tiere verzichten, gäbe es ein Dilemma, wenn sie überlegen müssten, ob sie sich ein Schweineherz einsetzen lassen sollen.

Allerdings haben Vertreter des Islam, obwohl sie das Schwein geradezu verteufeln, nichts gegen Covid-Impfstoffe mit Schweinesubstanzen. Wohl deshalb nicht, weil die Hälfte des Islams ja Politik ist – und Politik ist im Islam durch Fatwas umfassend interpretierbar. Die arabischen Golfstaaten zählten beispielsweise zu den ersten voll geimpften Staaten weltweit. Eine ähnliche Hintertür auch für Muslime wird es jetzt sicherlich für die Schweineorgane als Ersatzteillager für Menschen geben. *Bodo Bost*

**KOPFSTEINPFLASTER**

## Königsbergs Wege sollen modern werden

Politiker erkennen jedoch, dass auch der Geschichte Rechnung getragen werden muss

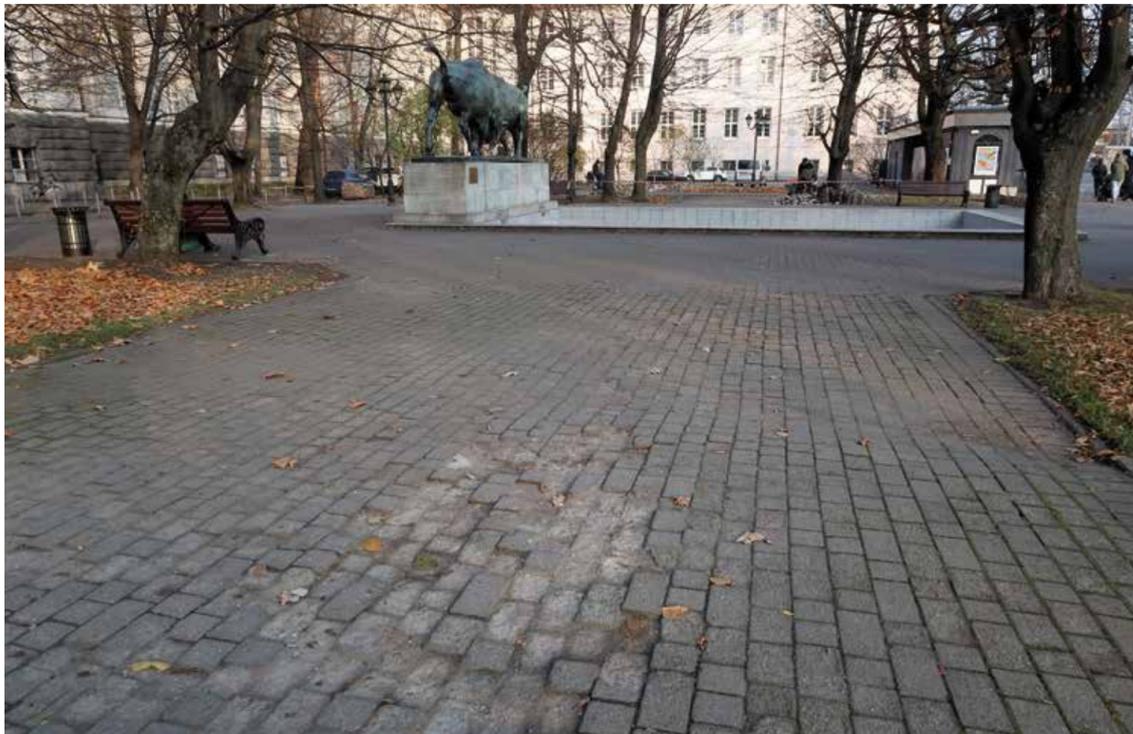
VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Im Königsberger Gebiet gibt es etwas, das wie der Bernstein nur für diese Region charakteristisch ist. Es handelt sich um das Kopfsteinpflaster, das seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf den Bürgersteigen von Städten und Dörfern verlegt wurde und das bis heute überlebt hat. Ebenso wie Ziegeldächer, spitze Türme, massive Festungen und Bastionen sind Pflastersteine hier ein erkennbares und erwartbares Element der Landschaft.

Genau wie die Straßenbahnschienen ist auch das Kopfsteinpflaster aus deutscher Zeit in den vergangenen Jahren immer mehr von den Straßen Königsbergs verschwunden. Die langwierigen Diskussionen zwischen den Stadtbehörden und den Verteidigern des Kopfsteinpflasters, unter denen sich viele Intellektuelle befinden, führten letztlich zu keinen nennenswerten Ergebnissen. Die Stadtverwaltung hat die Stellen, an denen früher Kopfsteinpflaster lag, immer weiter zurückgebaut und begründet dies mit der Untauglichkeit des Belags für den städtischen Fahrzeugverkehr, mit dem Lärm, der durch das Befahren entsteht, und mit der Notwendigkeit, eine moderne Fahrbahn zu gewährleisten.

**Geänderte Anforderungen**

Es sieht so aus, als würden Kopfsteinpflaster nun endgültig der Vergangenheit angehören. Das ist zumindest der Plan, der von den städtischen Behörden angekündigt wurde. „Königsberg wird schrittweise das Kopfsteinpflaster von den Straßen der Stadt entfernen“, erklärte der Straßen- und Verkehrsausschuss der Stadt. Nach Ansicht von Fachleuten aus dem Rathaus weisen die Pflastersteine eine Reihe von Mängeln auf, die nicht den geltenden Normen entsprechen: Die Fahrbahn sei zu uneben, die Reifenhaftung sei schlecht, die Fahrbahnmarkierungen verschwänden zu schnell und würden unsichtbar, und es sei für Men-



Platz bei den Kämpfenden Wisenten: Das neu verlegte Pflaster bröckelt bereits wieder

Foto: J.T.

schen mit Behinderungen schwierig, sich fortzubewegen.

In naher Zukunft sollen die Pflastersteine an der Brücke zwischen der Berliner Straße [Suworow Straße] und der Ponarther Straße [Kiewer Straße] sowie an der Kreuzung Arndtstraße [Wagonostroitel'naja] und Wiebestraße [Radischschewa] entfernt werden.

Nach Ansicht von Jelena Djatlowa, der Leiterin der Königsberger Stadtverwaltung, wird die Frage des Umgangs mit dem Kopfsteinpflaster unnötig politisiert: „Wir führen keinen Krieg mit Pflastersteinen, aber wir rüsten die Stadt mit Parkplätzen und -buchten aus. Kopfsteinpflaster verschwindet nicht von den Straßen Königsbergs. Auf der Kant-Insel gibt es Kopfsteinpflaster, es wurde auf dem Hansaring [Prospekt Mira], der Herzog-Al-

brecht-Allee [Telman-Straße] und am Brandenburger Tor verlegt.“

Der russische Blogger Ilja Warlamow hatte im Internet verbreitet, die Stadt wolle das Kopfsteinpflaster abschaffen. Gouverneur Anton Alichanow reagierte darauf, indem er erklärte, niemand wolle das Kopfsteinpflaster von den Straßen der Stadt entfernen. Vor allem an den Hauptstraßen werde es beibehalten.

**Nur an historischen Orten**

Der neue Königsberger Bürgermeister Jewgenij Ljubowj ist der Meinung, dass Kopfsteinpflaster nur auf historischen Straßen beibehalten werden sollte. In einigen zentralen Straßen, vor allem dort, wo Touristen spazieren gehen und sich historische Gebäude befinden, wäre das sehr vorteilhaft.

Schließlich erwarten Touristen in Königsberg, genau solche Dinge zu sehen, Objekte, die von der Geschichte der Stadt erzählen und die entsprechende Atmosphäre schaffen.

Ein Paradebeispiel dafür ist der Platz bei der Skulptur der Kämpfenden Wisente. Hier wurde das Kopfsteinpflaster durch moderne Pflastersteine ersetzt, die nicht so schnell verwittern sollten. Jetzt müssen sie jedoch durch neue ersetzt werden. Und gerade an dieser Stelle verläuft eine der Haupttouristenrouten, was bedeutet, dass fast jeder Gast der Stadt die Gelegenheit erhält, über zerbrochene Steine zu stolpern.

Eine Verlegung des ursprünglichen Kopfsteinpflasters, das über Jahrzehnte hält, könnte hier Abhilfe schaffen und würde sogar noch organisch aussehen wie die alte Pflasterung.

**MELDUNGEN**

### Kirche wird beleuchtet

**Cranz** – Die 1896 geweihte lutherische Kirche St. Adalbert, die heute der Russisch-Orthodoxen Kirche untersteht und Verklärungskathedrale heißt, soll beleuchtet werden. Eine entsprechende Ausschreibung läuft zurzeit online. Der Auftragnehmer, der den Zuschlag erhält, soll 93 Beleuchtungskörper an dem historischen Gebäude anbringen. Die Arbeiten sollen bis Mitte März abgeschlossen sein. Der Anfangspreis des Vertrags beträgt umgerechnet 14.000 Euro. Der Gewinner der Ausschreibung wird am 1. Februar ermittelt. Das gotische Ziegelgebäude wurde nach dem Entwurf des Architekten Launir gebaut. Sein Turm ist 42 Meter hoch. Während des Zweiten Weltkriegs wurde die Kirche nicht zerstört und die Sowjets nutzten sie als Sport- und Lagerhalle. 2007 wurde das Gebäude zum Kulturerbe von regionaler Bedeutung erklärt. **MRK**

### Umgehung für Pr. Holland

**Pr. Holland** – Die Stadt Pr. Holland will eine Umgehungsstraße bauen, verbunden mit der Ausbesserung der Brücken über den Weeske-Fluß. Ein Problem ist die erforderliche Zusammenarbeit zwischen Pr. Holland, dem Kreis Elbing und der ermländisch-masurischen Woiwodschaft. Die Kosten der Baumaßnahme werden auf umgerechnet 7,7 bis 8,7 Millionen Euro geschätzt. Landrat Maciej Romanowski befürchtet, dass die neue Straße die Zufahrt zur denkmalwerten Schloßstraße abschneidet. Der Bau der Umgehungsstraße für Pr. Holland ist schon seit 2017 im Gespräch. Die Angelegenheit kommt jetzt in Fahrt, weil die Kommunalpolitiker bei jeder Begegnung die Finanzierung der Straße mit auswärtigen Mitteln zur Sprache bringen. **PAZ**

**WINTERVERGNÜGEN**

## Eislaufbahnen finden in Königsberg großen Anklang

Spezialisten aus Moskau bauten eine 2000 Quadratmeter große Eislaufbahn beim Stadion Baltika

Das lange Neujahrswochenende ging nahtlos in das alte Neujahr über, das nach dem julianischen Kalender vom 13. bis 14. Januar gefeiert wird. In diesem Jahr hatten die Königsberger noch mehr Möglichkeiten, sich im Freien zu amüsieren. In der Stadt wurden geräumige Eisbahnen aufgebaut. Jetzt gibt es in der Stadt sechs davon, und die haben sich zu einer der beliebtesten Unterhaltungsmöglichkeiten für Kinder und Erwachsene entwickelt.

**Beliebt bei Jung und Alt**

Auf dem Gelände des Baltika-Stadions wurde die größte Freiluft-Eisbahn der Stadt mit einer Fläche von rund 2000 Quadratmetern eröffnet. Zuvor hatten sich viele Einwohner des nördlichen Ostpreußens in den sozialen Netzwerken für Open-Air-Eisbahnen im Winter ausgesprochen. Die neue Eisbahn kann jeden Tag von morgens bis zum späten Nachmittag besucht werden. Sie wurde von

den Fachleuten geschaffen, die für die Eislaufbahn auf dem Roten Platz in Moskau verantwortlich sind.

Eintrittskarten für Kinder sind umgerechnet ab 1,70 Euro erhältlich, für Erwachsene kosten sie ab rund drei Euro

aufwärts. Kommt man morgens oder um die Mittagszeit, ist der Eintritt sogar frei. Es gibt zusätzliche Dienstleistungsangebote für die Besucher. Für umgerechnet knapp sechs Euro können sie sich von einem Lehrer helfen lassen oder einen Plastikpinguin ausleihen, an dem Unsichere sich während der Fahrt festhalten können.

**Lob für Veranstalter**

Eislaufen lässt niemanden gleichgültig, und die Besucher der Eisbahnen teilen gerne ihre Eindrücke. Viele waren begeistert davon, dass die Umkleidekabinen bequem sind, es viele Bänke, Schuhschränke und andere Dinge gibt. Am wichtigsten war ihnen jedoch die Tatsache, dass das Eis glatt, sauber und leicht zu befahren war. Die Eisfläche wird stündlich für 30 Minuten für Besucher gesperrt und mit einer speziellen Maschine gereinigt, die Unebenheiten beseitigt.

Neben der größten Eislaufbahn, dem Baltika-Stadion, wurden weitere große Eisbahnen in der Stadt eröffnet. Im Friedländer-Tor-Park war die Zeit zum Schlittschuhlaufen unbegrenzt. Die Eintrittskarten kosteten knapp drei Euro an Wochentagen und vier Euro am Wochenende. Eine weitere Eislaufbahn befindet sich im Park Luisenwahl. Sie ist bei den Einwohnern von Königsberg sehr bekannt und seit mehreren Jahren äußerst beliebt.

In der Nähe des Baltija-Einkaufszentrums in Quednau am Rande der Stadt wurde eine neue Eisbahn eröffnet. Sie ist weniger überfüllt, und es gibt keine Warteschlangen im Vergleich zu den Eisbahnen im Stadtzentrum. Zwei weitere Eisbahnen sind in zentrumsnahen Bezirken sowie eine im Bezirk Selma eröffnet. Zwar gibt es in Königsberg auch mehrere überdachte Eisbahnen, doch am beliebtesten sind die Freiluft-Eisbahnen. **J.T.**



Beim Stadion Baltika: Großzügige Eislaufbahn

Foto: J.T.

## Wir gratulieren...



## ZUM 106. GEBURTSTAG

**Siebeck, Ella**, geb. **Will**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 2. Februar

## ZUM 102. GEBURTSTAG

**Dahms, Ursula**, geb. **Drosdatis**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. Februar

## ZUM 101. GEBURTSTAG

**Ziegler, Ella**, geb. **Saborowski**, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 3. Februar

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Breede, Hilde**, geb. **Hamann**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 31. Januar

**Hartmann, Hugo**, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 30. Januar

**Legler, Ingeborg**, Landsmannschaft Düsseldorf, am 2. Februar

**Rose, Elsa**, geb. **Bröker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Februar

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Ganseleiter, Horst**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 141, am 28. Januar

**Grieschat, Valentina**, geb. **Graboski**, aus Neidenburg, am 2. Februar

**Piepkie, Else**, geb. **Goetzie**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 2. Februar

**Sokolowski, Gertrud**, geb. **Sokollek**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 11. Januar

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Bednarz, Anita**, geb. **Jebramzik**, aus Glinken, Kreis Lyck, am 2. Februar

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Bloße, Dorothee**, geb. **Blosze**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 2. Februar

**Faerber, Anna-Elise**, geb. **Possekel**, aus Schittkehmen, Kreis Goldap, am 18. Januar

**Fürst, Margarete**, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 29. Januar

**Rittrich, Margarete**, geb. **Weller**, aus Lyck, Blücherstraße 2, am 31. Januar

**Weiss, Herta**, geb. **Ligowski**, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 30. Januar

**Zindler, Margot**, geb. **Grommek**, aus Mohrungen, am 29. Januar

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Beyer, Käthe**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 31. Januar

**Bitsching, Hilde**, geb. **Lasarzewski**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 3. Februar

**Koyro, Irmgard**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 29. Januar

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Christochowitz, Hedwig**, geb. **Schrage**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 1. Februar

**Dwojakowski, Ernst**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 2. Februar

**Kiwitt, Margarete**, geb. **Orlowski**, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 29. Januar

**Mowwe, Anneliese**, geb. **Piwko**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 31. Januar

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Brings, Erna**, geb. **Spletter**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 31. Januar

**Cleve, Hildegard**, geb. **Bojarra**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Februar

**Fornasson, Günther**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 1. Februar

**Lange, Joachim**, aus Materschobensee, Kreis Ortelsburg, am 30. Januar

**Ochs, Gariele**, geb. **Graumann**, aus Grauden, Kreis Wehlau, am 30. Januar

**Peterreit, Ulrich**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. Januar

**Poreda, Hans**, aus Funken, Kreis Lötzen, am 2. Februar

**Schaar, Ursula**, geb. **Hinz**, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 2. Februar

**Schäfer, Ilse**, geb. **Petz**, aus Vorbergen, Kreis Treuburg, am 1. Februar

**Tobies, Harry**, aus Königsberg, am 28. Januar

**Woehlk, Hilde**, geb. **Klimmek**, aus Lindenheim, Kreis Lötzen, am 28. Januar

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Andrick, Luise**, geb. **Nachtrab**, aus Neidenburg, am 1. Februar

**Bollmann, Helga**, geb. **Bartz**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 11, am 3. Februar

**Heibutzki, Arno**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 29. Januar

**Keip, Grete**, geb. **Kaminski**, aus Podersbach, Kreis Treuburg, am 29. Januar

**Kowalewski, Werner**, aus Lyck, Morgenstraße 16, am 2. Februar

**Marks, Helmut**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. Januar

**Mielke, Gerda**, geb. **Grünke**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 2. Februar

**Schuster, Willy**, aus Steinberg, Kreis Lyck und aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 28. Januar

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Brodkorb, Elfriede**, geb. **Hoffmann**, aus Ponacken, Kreis Fischhausen, am 31. Januar

**Brüggmann, Horst**, aus Karbow, Kreis Wehlau, am 3. Februar

**Elmenthaler, Heinz**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 3. Februar

**Feigenbaum, Eva**, geb. **Preiksch**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 31. Januar

**Fornacon, Anneliese**, geb. **Eggert**, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Februar

**Grau, Elisabeth**, geb. **Brandt**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 31. Januar

**Hinz, Evamaria**, aus Bladien, Kreis Heiligenbeil, am 31. Januar

**Mack, Günter**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 69, am 31. Januar

**Mahler, Günter**, aus Wehlau, am 28. Januar

**Schramm, Irmgard**, geb. **Bittrich**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 28. Januar

**Stubbe, Eva**, geb. **Unger**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 2. Februar

**Waschk, Waltraut**, geb. **Fladda**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 30. Januar

**Weber, Gertraud**, geb. **Sadowski**, aus Babanten, Kreis Ortelsburg, am 3. Februar

**Zilz, Edgar**, aus Schleusen, Kreis Ebenrode, am 29. Januar

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Bischoff, Margarete**, aus Karwienen, Kreis Heilsberg, am 24. Januar

**Braun, Sylvia**, geb. **Ritzkowski**, aus Nickelsfelde, Kreis Ebenrode, am 1. Februar

**Falkenau, Werner**, aus Königsberg, am 26. Januar

**Geiser, Karl-Heinz**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 30. Januar

**Goerke, Helmut**, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 30. Januar

**Hagedorn, Waltraut**, geb. **Antelmann**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 1. Februar

**Kauerauf, Waldemar**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 28. Januar

**Koss, Waltraut**, geb. **Zacharias**, aus Walden, Kreis Lyck, am 30. Januar

**Kresinszky, Rosemarie**, geb. **Gehlhaar**, aus Kirschappan, Kreis Fischhausen, am 1. Februar

**Laskowski, Kurt**, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, am 30. Januar

**Leibenath, Gerhard**, aus Ribben, Kreis Ebenrode, am 30. Januar

**Ortmann, Edith**, geb. **Kowalski**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 2. Februar

**Pottel, Ingeburg**, geb. **Möller**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. Januar

**Sadowski, Liesbeth**, geb. **Rettkowski**, aus Großseedorf, Kreis Neidenburg, am 30. Januar

**Sczuplinski, Karl**, aus Frankennau, Kreis Neidenburg, am 29. Januar

**Sieracki, Hildegard**, geb. **Piotrowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 2. Februar

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Beitz, Antonie**, geb. **Lange**, aus Paulken, Kreis Mohrungen, am 3. Februar

**Degen, Helga**, geb. **Plonus**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 31. Januar

**Engelhardt, Horst**, aus Ebenrode, am 1. Februar

**Geier, Elfriede**, geb. **Salamon**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, am 31. Januar

**Kalbach, Ruth-Helga**, aus Auer, Kreis Mohrungen, am 2. Februar

**Kappus, Horst**, aus Adelaun, Kreis Elchniederung, am 2. Februar

**Kubiczek, Ruth**, geb. **Bonk**, aus Ortelsburg, am 1. Februar

**Lasarzewski, Dora**, geb. **Meske**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 29. Januar

**Lindner, Erika**, geb. **Didszonat**, aus Gerdauen, am 1. Februar

**Meyer, Gerhard**, aus Seerdranken, Kreis Treuburg, am 29. Januar

**Passie, Irmgard**, geb. **Graffenberger**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 1. Februar

**Roppel, Martha**, aus Krassau, Kreis Lyck, am 3. Februar

**Schmidtfeld, Günther**, aus Eiseremühl, Kreis Lötzen, am 4. Januar

**Schubert, Inge**, geb. **Rehse**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 31. Januar

**Syperrek, Hans**, aus Bittkau, Kreis Treuburg, am 2. Februar

**Zacher, Rosemarie**, geb. **Wittke**, aus Heiligenkreuz, Kreis Fischhausen, am 29. Januar

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Augustin, Günter**, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 28. Januar

**Becker, Helmut**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 3. Februar

**Bischoff, Margarete**, geb. **Kienapfel**, aus Kuppen, Kreis Mohrungen, am 28. Januar

**Dost, Hans-Ulrich**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 2. Februar

**Garms, Gertrud**, geb. **Grap**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 2. Februar

**Glagau, Hans**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 31. Januar

**Heinz, Ruth**, geb. **Jablonowski**, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 31. Januar

**Koloska, Emmi**, geb. **Anton**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 3. Februar

**Neumann-Damerau, Dr. Friedrich**, aus Köllmisch-Damerau, Kreis Wehlau, am 3. Februar

**Piaszinski, Lieselotte**, geb. **Prenge**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 2. Februar

**Rega, Lydia**, geb. **Andreas**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 31. Januar

**Reich, Hermann**, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 30. Januar

**Roggenbach, Gisela**, geb. **Fiedrich**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 30. Januar

## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

**Rosa, Hilde**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 29. Januar

**Stallmach, Ewald**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 31. Januar

**Szuggat, Erwin**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 31. Januar

**Vogler, Hannelore**, geb. **Dittkrist**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 31. Januar

**Wiggers, Christel**, geb. **Adamus**, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 2. Februar

**Zink, Gisela**, aus Fischhausen, am 31. Januar

**Fischer, Edeltraut**, geb. **Götsche**, aus Seerdranken, Kreis Treuburg, am 3. Februar

**Jaschinski, Gisela**, geb. **Biauch**, aus Sensburg, am 1. Februar

**Klotz, Helga**, geb. **Schunzik**, aus Lötzen, am 28. Januar

**Lange, Erika**, geb. **Berg**, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 1. Februar

**Mierwald, Manfred**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 28. Januar

**Moritz, Bernd**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 3. Februar

**Tregel, Hans-Georg**, aus Königsvalde, Kreis Lyck, am 1. Februar

**Pliquet, Bernd**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 2. Februar

**Schmidt, Gert**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 30. Januar



## Zusendungen für die Ausgabe 6/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 6/2022 (Erstverkaufstag 11. Februar) **bis spätestens Dienstag, den 1. Februar**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Kontakt

Angela Selke  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: selke@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

**11. bis 13. März:** Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

**22. bis 24. April:** Kulturseminar in Helmstedt

**23. und 24. April:** Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburg)

**11. Juni:** Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg

**25. Juni:** Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)

**23. bis 25. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt  
**24. September:** 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

**7. bis 9. Oktober:** 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg

**10. bis 16. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt

**4. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**5. und 6. November:** Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**6. bis 9. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

## NIEDERSÄCHSISCHE LANDESBEAUFTRAGTE FÜR HEIMATVERTRIEBENE, SPÄTAUSSIEDLERINNEN UND SPÄTAUSSIEDLER

## „Geschichte fürs Ohr“

In Audiobeiträgen werden die späten Folgen des Kriegs aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Beschrieben wird dieses Hörprojekt auf der Internetseite der niedersächsischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler wie folgt: „Im Mai 2020 jährte sich in Europa das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 75. Mal. Die langen Schatten dieses Datums werden in unseren Hörbeiträgen thematisiert. Die Beiträge sind jeweils von rund zehn Minuten Länge. Sie beleuchten Flucht, Vertreibung, Deportation, Aussiedlung und Erinnerung aus verschiedenen Blickwinkeln, praxisnah oder wissenschaftlich, biografisch oder künstlerisch. Junge Referenten, O-Töne von Zeitzeugen und historische Radiomitschnitte laden ein zum Anhören und Weiterdenken.“

Der erste Beitrag „Last der Erinnerung. Vom Umgang mit Krieg und Vertreibung in Senioreneinrichtungen“ von der Diplom-Psychologin Claudia Wollenberg ist ein Anfang. Die Stimme schwach, manchmal gar nicht zu hören, getragen, vermutlich genau richtig, beachtet man die Schwere des Themas. Lässt man sich auf den Beitrag ein, erfährt man von Wollenberg, dass Kriegskinder nicht immer zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart unterscheiden können, weshalb eine Waschung als körperlicher Angriff bewertet wird.

Viele Frauen haben während der Flucht körperliche Gewalt erfahren und gesehen. Diese Menschen haben während ihrer Kindheit so viele Überraschungen erlebt, dass sie im Alter eine feste Struktur benötigen, feste Rituale – all das, was ihnen als Kind verwehrt geblieben ist. Wollenberg hat sich mit den psychischen Folgen des Zweiten Weltkriegs sowie der

deutsch-deutschen Teilung auseinandergesetzt und dies zu ihrem Schwerpunkt in der täglichen Arbeit gemacht. Welche Auswirkungen haben diese Erfahrungen auf die Kriegskinder, Kriegsenkel und die nachfolgenden Generationen? „Bei all der Schwere und Last ist ihr Blick aber immer auch auf die vorhandenen Kräfte und Überlebensstrategien in schwierigen Zeiten gerichtet. Eines hat sie von ihren Patienten gelernt, es ist nie zu spät, sich auf die Reise in die eigene Geschichte zu begeben, um Dinge dann anders oder vielleicht auch neu zu betrachten“, heißt es unter dem ersten Audiobeitrag.

**Unterschiedliche Aspekte**

Der Historiker und Referent für die Politische Bildung bei der Deutschen Gesellschaft e.V. in Berlin, Vincent Regente, präsentiert den zweiten Audiobeitrag, der den Titel „Flucht und Vertreibung in der deutschen, polnischen und tschechischen Erinnerung“ trägt. Regentes Stimme ist gut zu folgen, die Lautstärke schwankt nicht, der Hörer kann alle Silben klar verstehen.

„Fremd in der Heimat – deutsche Bevölkerung im Nachkriegspolen“ lautet der dritte Audiobeitrag. Teresa Willenborg spricht hier über ihr Promotionsthema.

„Die Folgen des Zweiten Weltkriegs waren für Millionen Menschen in Europa verheerend. Auf der Konferenz in Potsdam im August 1945 einigten sich die Alliierten auf die Oder-Neiße-Grenze. Die deutschen Gebiete östlich dieser neuen Grenze wurden unter polnische Verwaltung gestellt. Unmittelbar danach begann der polnische Staat mit der massenhaften Zwangsaussiedlung der deutschen Zivilbevölkerung. Im Jahr 1948 lebten trotzdem noch Hunderttausende Deutsche innerhalb der neuen

Grenzen Polens. Viele, die jetzt gar ‚freiwillig‘ gegangen wären, wurden von der polnischen Regierung daran gehindert.“ Ihr Beitrag beschäftigt sich mit dem Schicksal der Deutschen in der Republik Polen.

Nach dem Bevölkerungsaustausch und der abneigenden Haltung gegen die Deutschen kam noch erschwerend hinzu, dass Anknüpfungspunkte für den Erhalt der deutschen Kultur, wie Straßennamen und Gedenkstätten, umbenannt beziehungsweise abgebaut wurden. Dieser mentale Heimatverlust war ebenso dramatisch wie der reale. Die deutsche Sprache, deutsche Verbände und Zeitungen wurden verboten, und auch die deutsche Gemeinde wurde zerschlagen. Erst nach 1948 besserte sich die Lage der Deutschen in der Republik, um die Fachkräfte zu halten. Ein Jahr später durften deutsche Schulen und andere deutsche Einrichtungen wieder öffnen. Wilenborgs Stimme mit ihrer polnischen Färbung ist gut zu folgen.

**Unterschiedliche Methoden**

Der vierte Beitrag ist ein Radiomitschnitt aus dem NDR-Archiv zum Thema „Aussiedler in Friedland, Februar 1958“. Beschrieben wird der Beitrag mit folgenden Worten: „Heimat oder Nation? Dieser Frage sahen sich in den Fünfzigerjahren Hunderttausende ausgesetzt, die von den Nachkriegsvertreibungen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten nicht erfasst worden waren. Diskriminierungserfahrungen durch polnische Behörden, der Wunsch, als Deutsche wieder unter Deutschen zu leben, sowie die Aussicht auf günstigere wirtschaftliche Verhältnisse und Aufstiegsmöglichkeiten für die Kinder in der Bundesrepublik ließen in vielen Menschen den Ausreisewunsch heranreifen. Im Rahmen der Fami-

lienzusammenführung trafen sie ab 1956 im niedersächsischen Grenzdurchgangslager Friedland ein, wo sie registriert und anschließend den Bundesländern zugeteilt wurden.

Die Zahl der in Friedland ein-treffenden Aussiedler aus Pommern, Ostpreußen, Schlesien und anderen Gebieten im Osten betrug im Jahr 1957 rund 100.000, im Jahr 1958 rund 120.000. Im Zeichen der Ost-West-Konfrontation stellten die bundesdeutschen Medien die schweren Schicksale der Aussiedler in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung. Friedland zeichneten sie kontrastierend als „Tor zur Freiheit“.

Der hier verfügbare Radiomitschnitt wurde am 6. Februar 1958 unter dem Titel „21. Aussiedlertransport in Friedland eingetroffen“ gesendet. Der Mitschnitt befindet sich im Archiv des Norddeutschen Rundfunks, DILA-Portal Archivnummer: 6901089001.“

Eine Bauernfamilie aus dem Kreis Sensburg wird in dem Beitrag interviewt. Nach zwölf langen Jahren ist sie in Friedland angekommen.

Mit vier Minuten und 20 Sekunden ist dies der kürzeste Beitrag und vervollständigt die vorherigen Audiobeiträge.

Weitere Beiträge lauten „Erinnerung der russlanddeutschen Volksgruppe an den langen Schatten des Zweiten Weltkriegs“ von Tatjana Schmalz.

„Lena & Toni: Wie die Lebensgeschichte einer Ostpreußerin eine ganz besondere Freundschaft schuf“ von Lena Hammann. Toni Kerstan vertraute Hammann über 100 Jahre ihrer Lebensgeschichte von der Kindheit in Ostpreußen, dem Zweiten Weltkrieg und ihrem Leben nach der Flucht aus Ostpreußen an.

„Von Pommern nach Ostfriesland – Flucht, Wiedersehen und Neuanfang der Familie Müller aus Schlawe“ von Lennart Bohne, Dokumentationsstätte Gnadenkirche Tidofeld.

„Vom Morgengrauen bis Sonnenuntergang – Erinnerungen an die Deportation der Deutschen in der Sowjetunion 1941“ von Bulat Mekebaev.

„Spätaussiedler in Friedland, November 2002 – ein Radiomitschnitt“, aus dem NDR-Archiv-Beitrag „Grenzdurchgangslager Friedland – Ort der Hoffnungen“.

„Königsberg 1945-1948, Erinnerungen der Zeitzeugin Rotraud Hahn“ von Jonny Reimers. Dieses Zeitzeugeninterview entstand in Zusammenarbeit der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau mit der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen e.V., Bremen. Die Rechte am Material besitzt die Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau.

„Ich konnte nicht lächeln – Das Schicksal des Flüchtlingskindes Ingebourg Kurzewitz, geb. Wiegelis“ von Lennart Bohne, Dokumentationsstätte Gnadenkirche Tidofeld.

„Gesucht wird...“ Über die Arbeit des DRK-Suchdienstes aus dem NDR-Archiv.

„Wolfskinder – Treibgut des Krieges“ von Anja Bilabel.

„Mit Geschichten „das Leben besser gestalten“ von Ralf Pasch, der über das Erzählen und Bewahren von Erinnerungen berichtet.

„Protest gegen die Vertreibung der Ungarndeutschen“ Brief der ungarischen Bischöfe vom August 1947.

„Auf Spurensuche in Transkarpatien“ von Maxim Melnyk.

**Ein großes Thema**

Manche Beiträge scheinen unvollständig, so wird beispielsweise der

Sprecher des Briefes der ungarischen Bischöfe gar nicht genannt, machen Beiträgen wäre mit einer graphischen Unterstützung, Zeitstrahl oder Landkarte, leichter zu folgen. Trotz einiger Optimierungsmöglichkeiten bieten diese Audiobeiträge ein umfassendes Bild über das, was während und nach Flucht und Vertreibung passierte und heute noch wirkt.

Die Audiobeiträge der Reihe „Geschichte fürs Ohr“ sind abrufbar auf der Internetseite der Niedersächsischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler unter der Rubrik „Projekte“, Internet: <https://lbhs.niedersachsen.de>

**Was es noch gibt**

Weiter informiert das Büro der Landesbeauftragten über die Ausstellung „Vom Ihr zum Wir“ im Niedersächsischen Landtag und den Katalog (19,90 Euro zuzüglich Versand) zur Ausstellung „Niedersachsen und seine Heimatvertriebenen, das ist eine Verbindung, die es verdient, zum 75. Landesjubiläum mit einer eigenen Ausstellung gewürdigt zu werden. Jeder vierte Niedersachse hat familiäre Wurzeln in den ehemals östlichen deutschen Reichs- und Siedlungsgebieten.“

Eine kleine Broschüre zum Heimatvertriebenengottesdienst im November 2021 in der Marktkirche Hannover Stunde mit dem Landesbischof Ralf Meister und der Landesbeauftragten Editha Westmann kann unter der E-Mail-Adresse [bue.rolandesbeauftragte@mwk.niedersachsen.de](mailto:bue.rolandesbeauftragte@mwk.niedersachsen.de) bestellt werden.

Die Blockseminare zum Medienbildungsprojekt für junge Spätaussiedler haben bereits stattgefunden. Interessierte können sich bei Olesya Orlova unter E-Mail: [oo@abc-huell.de](mailto:oo@abc-huell.de) melden.

ANZEIGE

**Preußische Allgemeine**

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-02-B



# Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro  
Prämie**



**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)





## Ostpreußisches Landesmuseum

### „Vom Ankommen. Flüchtlinge und Vertriebene in Lüneburg in der Nachkriegszeit“

Eine Führung mit Eike Eckert im Rahmen der Reihe „Museum erleben“, am Dienstag, 1. Februar, 14.30 Uhr, 1,50 Euro zum regulären Eintrittspreis.

Die Abteilung „Flucht und Vertreibung“ im Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung wurde im Dezember 2021 um etliche Textmodule und Grafiken erweitert. So lässt sich jetzt die Zeit der Ankunft von Flüchtlingen und Vertriebenen in Lüneburg und Umgebung noch informativer darstellen.

Neben der Verteilung insbesondere der ostpreußischen und baltischen Flüchtlinge in Niedersachsen und der Bundesrepublik anhand eigens hergestellter Karten werden Themen wie der Lastenausgleich, der Unterricht in „Ostkunde“, das Freizeit- und Heiratsverhalten der Flüchtlinge, aber auch deren Dialekt oder das Anwachsen der Stadt Lüneburg durch die Bautätigkeit in der Nachkriegszeit thematisiert.

Der zuständige Kurator Eike Eckert bietet im Rahmen der Reihe Museum erleben eine Führung durch die inhaltlich erweiterte Abteilung an und spricht über die Probleme der Geflüch-

teten zwischen Ankommen und Integration.

Museum erleben ist unsere Veranstaltungsreihe, die Sie einlädt, das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung auf besondere Weise zu entdecken.

Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, nachmittags ab 14.30 Uhr, können Sie an interessanten Ausstellungsrundgängen, Vorträgen, Filmen und weiteren besonderen Angeboten teilnehmen.



In der Reichenbachstraße: Flüchtlinge 1945 in Lüneburg

Eine Anmeldung per E-Mail: info@ol-ig.de oder unter Telefon (04131) 759950 ist erforderlich.

Bitte beachten Sie die Corona-Regeln, die das Ostpreußische Landesmuseum tagesaktuell auf seiner Internetseite veröffentlicht. Für diese Veranstaltung gilt die 2G-plus-Regel, mit einer „Booster-Impfung“ entfällt die Testpflicht. Weiterhin gelten die aktuellen Abstands- und Hygieneregeln; das Tragen einer FFP2-Maske in den Innenräumen ist ebenfalls Vorschrift. Desinfektionsmöglichkeiten stehen den Besu-

cherinnen und Besuchern zur Verfügung.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, Fax (04131) 7599511, E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de  
 Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 7,00 Euro, ermäßigt 4,00 Euro, ab 17 Uhr gilt der ermäßigte Eintrittspreis. Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei.

Foto: Fotosammlung Hajo Boldt

## Einladung zur Agnes-Miegel-Tagung am 5. März

Unter dem Motto „Dom und Düne“ lädt die Agnes-Miegel-Gesellschaft herzlich zur Agnes-Miegel-Tagung ein im Haus Kassel, 31542 Bad Nenndorf, Hauptstraße 4.

Um 9.30 Uhr beginnt die Mitgliederversammlung, der Einlass ist bereits ab 9 Uhr. Um 10.45 Uhr wird Marianne Kopp (Stadtbergen) über das Thema „Aber fern von der Stadt, im Schoß der waldigen Düne“ vortragen. Nach einer Mittagspause, es gibt in der Nähe Restaurants, wird es um 14.15 Uhr Gedenken am Grab geben. Um 15 Uhr stehen Gedichte und Prosa über den Königsberger Dom, „Du zeigtest, schirmend meine Kinderzeit, im Gleichnis Leben mir und Ewigkeit“ auf dem Programm. Um 16 Uhr wird Lars Fernkorn (Hamburg) zum Thema „Symbolische Ereignisse am Königsberger Dom. Chancen für einen Erinnerungsort“ vortragen. Um 17 Uhr folgen Gedichte und Prosa über die Stadt Königsberg unter der Überschrift „Überall blitzblankes Wasser, überall sausender Wind, Königsberg, greise Vaterstadt, wie reich war Dein Kind ...“.

Der Teilnehmerbeitrag kostet 10 Euro pro Person, eine verbindliche schriftliche Anmeldung ist bis zum 15. Februar

unter E-Mail: Annemete.v.Vogel@gmx.de notwendig. Bitte angeben: Name, Adresse, E-Mail, Telefon. Sie erhalten eine Bestätigung. Sie erhalten eine Bestätigung.

Überweisen Sie bitte den Tagungsbeitrag bis zum 15. Februar auf das Konto der Agnes-Miegel-Gesellschaft, IBAN: DE 50 2555 1480 0550 2293 71, BIC: NOLADE21SHG, unbedingt mit Ihrem Namen und dem Stichwort „AMG-Tagung 2022“.

Es gelten die Hygiene-Bestimmungen für Niedersachsen beziehungsweise den Landkreis Schaumburg/Stadt Bad Nenndorf zum Zeitpunkt der Veranstaltung.

Weitere Informationen erhalten Sie unter Telefon (05033) 2222.



ANZEIGE

## Hochwertige Seidenkrawatte



**Hochwertige graue Seidenkrawatte im Fischgrätmuster**  
 mit gewebtem Elchschaufel-Wappen in schwarz-weiß für Euro 28,- zzgl. Verpackung und Versand Euro 2,00/Krawatte

28,- € zzgl. Versand

Bestellung:  
 Preußische Allgemeine  
 Angela Selke  
 selke@paz.de  
 Tel: 040-414008-0

ANZEIGE

Sonnabend, 11. Juni 2022  
 10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

## Jahrestreffen



### der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

**CongressPark Wolfsburg**  
**Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg**  
**(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)**

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

## Ostpreußisches Landesmuseum

**Masurische Wortschätze** – Familiengeschichten aus einer fast vergessenen Welt, Lesung von Siegmund Fröhlich, am 9. Februar, 18.30 Uhr. Die masurische Sprache hat sich im südöstlichen Teil Ostpreußens im Herrschaftsgebiet des Deutschen Ordens bereits seit dem Mittelalter unter den dortigen Siedlern eigenständig entwickelt. In seinem Buch „Masurische Wortschätze“ hat er rund 800 Begriffe aus der masurischen Sprache vereinigt.

**Reihe „Museum erleben“**  
 Dienstag, 15. Februar, 14.30 Uhr,

**Ein Buch verändert die Welt – Kants „Kritik der reinen Vernunft“**, Vortrag mit Tim Kunze. Kants wichtigstes Werk gilt als so etwas wie die Mona Lisa der Philosophie. Es ist eines der berühmtesten Bücher der Weltgeschichte und prägt bis heute unseren Blick auf unser Denken und Handeln. Was macht Kants Gedanken so umwälzend und so aktuell?

Es gelten die 2G-Regeln, eine Anmeldung ist erforderlich und eine Preiserfragung möglich unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de.

**Öffentliche Sonntagsführung**  
 Sonntag, 6. Februar, 14 Uhr, **Brauen in Lüneburg**. Rainer Proschko führt durch das Brauereimuseum. Im historischen Sudhaus der ehemaligen Kronenbrauerei wird der spannende Bierbrauprozess und die Geschichte des Brauens in Lüneburg erläutert.

**Kinderclub**  
 Donnerstag, 10. Februar, 15 bis 17 Uhr: **Schreiben mit Feder und Tinte**. Anmeldung unter Telefon (04131) 759950, E-Mail: bildung@ol-ig.de ist notwendig.



## HOCHWASSER IN OSTPREUSSEN

## Zerstörerische Naturgewalten

Anders als an der Nord- gibt es an der Ostsee keine Sturmfluten – Winterstürme sorgten dennoch für Chaos

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ostpreußen wurde im Laufe seiner Geschichte schon von vielerlei Naturkatastrophen heimgesucht. So gab es 1322/23, 1556/57, 1708/09, 1739/40, 1770/71, 1794/95, 1849/50, 1911/12 und 1928/29 extrem strenge Winter. Ende 1849 sollen sogar minus 43,75° Celsius gemessen worden sein. In anderen Jahren wie 1427, 1834 und 1868 herrschte wiederum Dürre oder große Hitze. Am 13. August 1868 stieg das Quecksilber auf den Rekordwert von 44,75° Celsius. Gleichfalls traten manchmal Heuschreckenschwärme auf wie 1711 oder es regnete den ganzen Sommer wie 1771. Und in einigen Wintern erstickte die Provinz fast im Schnee. Besonders schlimm war es dabei 1899/1900, 1907/08 und 1933/34. Eine weitere große Heimsuchung bildeten Orkane und die damit oftmals verbundenen Sturmhochwasser.

## Badewanneneffekt in Ostpreußen

Im Gegensatz zur Nordseeküste, an der sich immer wieder katastrophale Sturmfluten ereigneten wie die Julianenflut 1164, die zwei Marcellusfluten 1219 und 1362, die Elisabethenfluten 1404 und 1421, die Allerheiligenflut 1570 sowie die Burchardiflut 1634 mit insgesamt weit über 100.000 Toten, kann es an der ostpreußischen Küste zwar keine Hochwasser durch eine sturmbedingte Überschreitung des normalen Flutpegels geben, weil die Ostsee keinen nennenswerten Tidenhub aufweist. Allerdings macht sich hier oftmals der sogenannte Badewanneneffekt bemerkbar: Wenn der Wind längere Zeit und kräftig aus Südwest weht, wird das Wasser in den Bottnischen und Finnischen Meerbusen gedrückt, während zugleich auch reichlich Nordseewasser durch den Großen und Kleinen Belt sowie den Öresund nachströmt. Dreht der Wind dann unversehens um etwa 180 Grad und frischt dabei auch noch auf, dann



Vom Hochwasser eingeschlossen: Hof in der Memelniederung

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

schwappt das Wasser in Richtung der südlichen und westlichen Ostsee. Das ist insofern fatal, als es durch die engen Verbindungen zur Nordsee nicht schnell genug wieder zurückfließen kann. Wenn die Pegelstände dadurch um mehr als 1,5 Meter steigen, liegt ein Sturmhochwasser vor, wobei im Extremfall auch ein Anstieg des Wasserspiegels um mehr als zwei Meter möglich ist.

Mehrere solcher Sturmhochwasser gab es zwischen 1304 und 1311. Dadurch versandete das Lochstedter Tief, die ursprüngliche natürliche Zufahrt ins Frische Haff und damit auch nach Königsberg, wobei zugleich aber ein neuer Wasserweg durch das Alte Tief gegenüber der Burg Honeda entstand. Dieser wurde jedoch

36.774

Privatgebäude zerstörte der Orkan vom 17. Januar 1818, der weite Teile Ostpreußens verwüstete

ebenfalls bald wieder unpassierbar, so dass für längere Zeit keine größeren Handelsschiffe aus der Ostsee nach Königsberg gelangen konnten. Dann freilich kam es am 15. September 1497 und 1510 zu weiteren Sturmhochwassern, in deren Verlauf sich das Pillauer Tief bildete beziehungsweise zu einer bleibenden Fahrrin-

ne auswuchs. Die vermochte selbst die eifersüchtige Konkurrenz aus Danzig durch eilends eingerammte Pfähle nicht mehr unbrauchbar zu machen.

Das nächste große Hochwasser ereignete sich im Jahre 1620. Wie alte Quellen berichten, stiegen die Pegel so stark, dass der Boden des Königsberger Doms überflutet wurde. Dann gab es 1701, 1702 und 1718 schwere Stürme beziehungsweise Orkane, wobei vor allem der Letztere erneute arge Überschwemmungen in Königsberg bewirkte. Ebenfalls sehr dramatisch verlief der 3. November 1801: Ein neuerlicher Orkan fegte über die Danziger Bucht und sorgte für Rückstau in den Flüssen, welche in die Ostsee mündeten. Nach dem Abflauen des Wassers lagen

dann zahlreiche Schiffe auf den Wiesen und Wällen entlang des Pregel.

Abermalige schwere Sturmwinde trafen Königsberg 1806 und beschädigten das Schloss. Anschließend tobte am 17. Januar 1818 ein Orkan im gesamten Raum zwischen der englischen Küste und Memel. Er löste zwar kein besonderes Hochwasser aus, verwüstete aber trotzdem weite Teile von Ostpreußen. Die offizielle Schadensbilanz lautete damals: 131 Kirchen, 36.774 Privatgebäude und 248 Mühlen komplett oder zum Teil zerstört, 3744 Rinder und Pferde sowie 1992 Schafe getötet; dazu 52.008 Scheffel Korn verdorben. Der Wert des Verlorenen belief sich auf genau 4.414.710 Taler. Dazu kamen umgerissene Bäume, deren Holzpreis auf 5,5 Millionen Taler geschätzt wurde.

## Winterstürme über der Ostsee

Und auch danach fand die Provinz nicht zur Ruhe: Erst folgte 1825 das nächste Hochwasser und dann brauste 1829 ein weiterer Wintersturm heran, der zum Anstieg der Pegel führte, was wiederum für diverse Zerstörungen vor allem in Königsberg sorgte. Das Gleiche passierte im Februar 1894 und 1899, wo es nun zusätzlich die Kuranlagen und Fischerhäuser in Ostseebadeorten wie Cranz traf. Und schließlich kam es am 9. Januar 1914 noch zu einem erneuten Sturmhochwasser, das nun auch das Samland heimsuchte.

Dabei hatten die Menschen in Ostpreußen noch Glück, was solche Naturkatastrophen betraf, denn aufgrund der Beschaffenheit der Ostsee fielen die sturmbedingten Anstiege der Wasserstände und die dadurch verursachten Zerstörungen im Bereich der Küsten zwischen Schleswig-Holstein und Pommern regelmäßig deutlich stärker aus und forderten auch mehr Menschenleben. So wie beispielsweise bei der verheerenden Allerheiligenflut am 1. November 1304 oder dem großen Ostseehochwasser von 1872.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Deutsche und Polen gemeinsam beim Corona-Protest

Eine neue Form des „Aufbau Ost“: Polnische Demonstranten nutzen die Erfahrungen der deutschen „Spaziergänger“

In der Republik Polen wurde am 15. Januar erstmals landesweit zu koordinierten Protesten gegen die Corona-Gesetzgebung aufgerufen. Was in Deutschland skurril klingen mag, ist dennoch nicht überraschend. Der Pole befindet sich im Dauerprotestmodus und bedarf im Alltag keiner Anweisung, einen Protest zu starten. Wie grundsätzlich dieser Mentalitätsunterschied ist, wissen die Menschen an der Grenze.

Wer zum Beispiel von West-Görlitz in der Bundesrepublik die Johannes-Paul-II.-Brücke nach Ost-Görlitz [Zgorzelec] überschreitet, der sieht als erstes ein überdimensioniertes Schild, auf dem Fußgänger dazu angehalten werden, im öffentlichen Raum eine Maske zu tragen. Das tut allerdings niemand und allenfalls in den Geschäften des beliebten Einkaufszentrums Zgorzelec Plaza ziehen sich die Kunden halbherzig ihre Maske knapp unter die Nase. Vor den Geschäften ist im geschlossenen Raum damit jedoch wieder Schluss.

Während die Corona-Spaziergänge in dem bundesdeutschen Teil der Stadt mittlerweile von 2000 Menschen getragen werden, begann eine Demonstration nun erstmals auch vor dem Gericht auf polnischer Seite. Anderthalb Stunden verharr-

ten dort die Demonstranten und lauschten ausführlichen Reden von Lehrerinnen über die Knechtung der Kinder durch die Corona-Vorgaben, einer Ernährungsberaterin über Mittel der Immunstärkung oder anderer Referenten über neue wissenschaftliche Studien, die in den öffentlichen Medien nicht zitiert oder in den sozialen Netzwerken schnell gelöscht werden. Demonstration als Fortbildung quasi.

Zur Premiere am 15. Januar lud man sich Unterstützung von den erfahrenen Spaziergängern vom Westufer der Neisse ein. „Ihr verteidigt Europa, danke Polen“ stand auf einem großformatigen Plakat der deutschen Gäste in deutscher und polnischer Sprache. Von 200 Besuchern zur Premiere kam ein Viertel aus der Bundesrepublik und durfte am Mikro mit Übersetzung zum Gelingen der Veranstaltung beitragen.

Zur zweiten Auflage am 22. Januar blieb es bei polnischsprachigen Beiträgen und deutsche Besucher langweilten sich sichtlich. Und: Man unternahm keinen „Spaziergang“. Am Straßenrand standen zwei Polizeiwagen, die Beamten tippten gelangweilt in ihr Mobiltelefon und traten nicht in Erscheinung. Vorbeifahrende Autofahrer hupten unterstützend und kurbelten



Sonnabend-Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Görlitz: Abwechselnd treffen sich die Demonstranten auf der deutschen und der polnischen Seite Foto: E.P.

die Scheiben herunter, um aufmunternde Kommentare abzugeben. Vor allem aber hielt etwa die Hälfte der Besucher mehr oder minder große polnische Fahnen in der Hand. Das Denkmal vor dem Gericht zier-

ten zudem Plakate, auf denen zu lesen war: „Gott, Ehre und Vaterland“. „Dürfen wollen, anstatt zu müssen“ oder „Mein Körper meine Entscheidung“. Wie in der Bundesrepublik waren viele Frauen und Bürger

des gehobenen Schichten unter den Teilnehmern.

Anders als in der Bundesrepublik störte es jedoch niemanden, dass rechte Meinungsbekundungen zu sehen waren. So trug ein Mann eine durchgestrichene EU-Fahne, andere militärische Devotionalien. Aber auch Witziges hatte eine Chance, wenn etwa Tennislehrer Tadeusz Grela ein Transparent mit sich führte „I love Djokovic“. „Ich komme damit auch zum nächsten Montagsspaziergang nach Görlitz“, versprach er auf Nachfrage, wie es um die Vernetzung mit den Protestlern aus der Bundesrepublik stehe.

Vielleicht ist er ja am Sonntag, dem 30. Januar dabei, wenn auf dem Postplatz auf bundesdeutscher Seite erstmals die Montagsspaziergänger aus Görlitz, Bautzen, Löbau, Zittau und anderen Städten der Oberlausitz ihren Protest bündeln wollen. Denn bei 2000 Demonstranten will man in Görlitz noch lange nicht enden. Vereint träumen die Oberlausitzer davon, künftig an Sonntagen fünfstellig zu werden. Und da der Straßenprotest in der Bundesrepublik so gut klappt, sind die Protestler aus der polnischen Oberlausitz ohnehin dort schon lange dabei und profitieren vom „Aufbau Ost“.

Edmund Pander

## HINTERPOMMERN

## Historische preußische Festungen in Swinemünde

Auch heute ziehen die Festungsanlagen viele Besucher an

VON ERWIN ROSENTHAL

Für Liebhaber einer guten Fischsuppe, die von Heringsdorf, Ahlbeck oder Bansin aus einen Trip nach Swinemünde planen, gilt das Restaurant „Prochowina“ als Geheimtipp. Empfehlenswert ist es aber nicht nur wegen der leckeren Fischsuppe oder des tellergroßen Koteletts (eigentlich ein Schnitzel), sondern auch wegen seines Ambientes. Ein mehr als 150 Jahre altes Kreuzgewölbe macht die gastliche Stätte unverwechselbar. Und nicht ohne Grund heißt das Lokal – wohl etwas frei übersetzt – „Schießpulver“, denn das Gebäude diente früher als Pulverkammer der Westbatterie, einer der vier Swinemünder historischen Festungen.

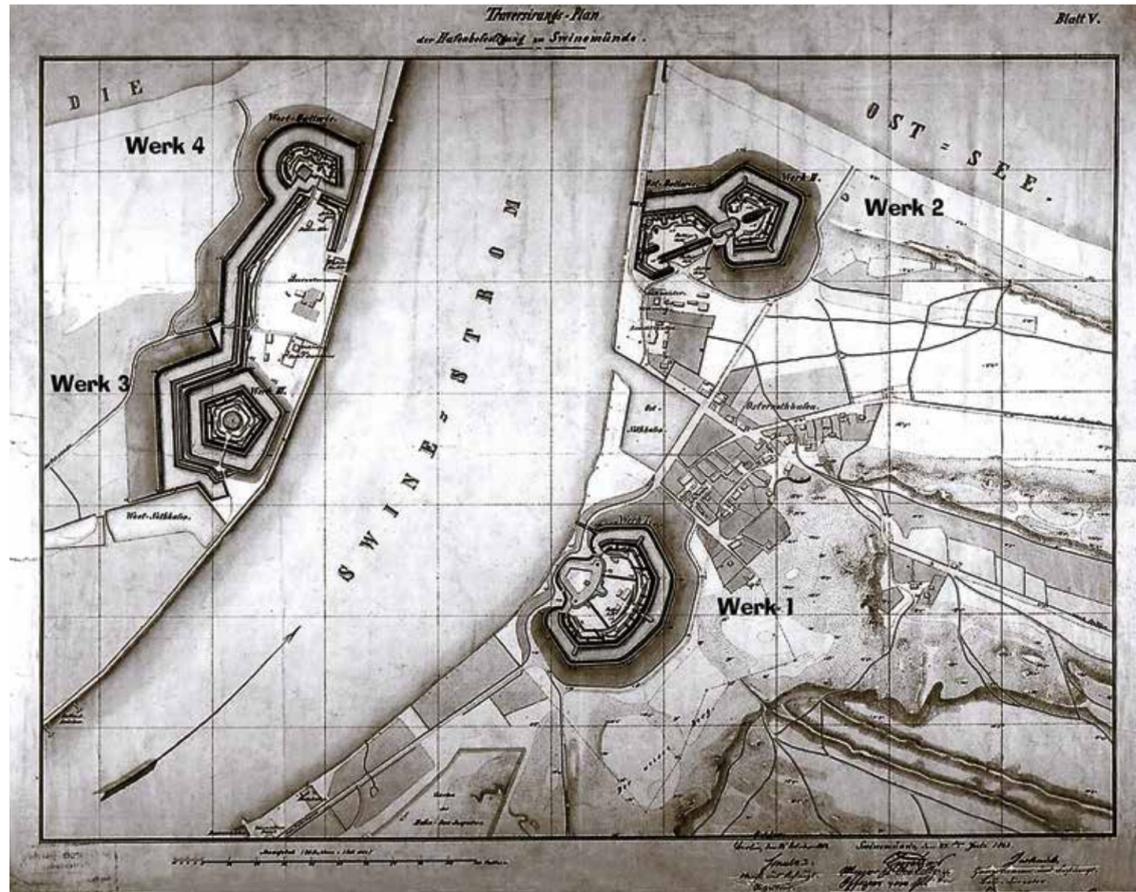
Die im Jahre 1765 von Friedrich II. gegründete Stadt war fast hundert Jahre militärisch leicht angreifbar gewesen. Bereits vor der Stadtgründung, im Jahre 1759, hatten die Schweden die Stadt nach längerem Kampf für kurze Zeit erobert und den Hafen geschädigt, wo sie nur konnten. Wolgast, der Nachbarhafen, war zu dieser Zeit noch in schwedischer Hand und Swinemünde der Konkurrent.

## Einst wenig Schutz für die Stadt

Im 18. Jahrhundert stand für den militärischen Schutz Swinemüdes lediglich eine aus 25 Männern bestehende Invalidenkompanie bereit. Die invaliden Soldaten mussten ihr Brot als Handwerker verdienen, während ihr Kommandant 19 Taler „Service“ im Jahr erhielt. Als 1806 die Söldner Napoleons anrückten (es waren zumeist Deutsche), versagte die Truppe auf der ganzen Linie.

1813 gründete man eine aus 360 Mann bestehende Bürgergarde. Später wurden Stettiner und Greifswalder Soldaten zum Schutz Swinemüdes abkommandiert.

Richtig ernst wurde es, als die Stadt in den ersten deutsch-dänischen Krieg einbezogen wurde. Ab Mai 1848 blockierte die dänische Fregatte „Haffrowen“ den Hafen und legte Handel und Wandel in der Stadt völlig lahm. Die überaus kleine preußische Flotte – sie bestand nur aus



Lageplan der Festung Swinemünde 1863



Die Ostbatterie – Werk II



Die Engelsburg – Werk III



Die Westbatterie – Werk IV

den Schiffen „Amazone“ und „Adler“ – wagte keinen Angriff, sondern wappnete sich stets vorsorglich zur Flucht. Die Not der Einwohner war groß und erst ein Dar-

lehen von 5000 Talern aus dem „Königlichen Mildtätigkeitsfonds“ brachte Entlastung. Im gleichen Jahr begann man mit dem vom preußischen Kabinett bereits im

September 1846 angeordneten Bau von vier Verteidigungsanlagen.

Das erste, auf der Ostseite der Swine errichtete Fort, erhielt den Namen

„Werk I“. Es fiel nach 1945 der Erweiterung des Hafens zum Opfer. Das Werk II, die spätere Ostbatterie der Seefestung Swinemünde, wurde in den Jahren 1856 bis 1863 unter Nutzung der bereits existierenden Erdwälle rechts der Swinemündung erbaut und verfügte über zehn Geschützstellungen.

## 1846 Anordnung des Festungsbaus

Das Werk III wurde in den Jahren 1854 bis 1858 am westlichen Swineufer nach dem Schema einer Redoute errichtet. Es war von einem Wall und einem Wassergraben umgeben. An den äußeren Wänden des dreistöckigen Rundbaus befinden sich auf drei Etagen 24 Schießcharten für Kanonen. Die ursprüngliche Bezeichnung „Werk III“ wurde später in Engelsburg geändert, weil das Gebäude eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Mausoleum des römischen Kaisers Hadrian, der späteren Kastellburg der Päpste, aufweist.

Auch das Werk IV (die Westbatterie), erbaut 1856 bis 1861, existiert noch heute fast unverändert. Die Anlage war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vergrößert worden und beherbergte eine Küstenbatterie mit Geschützstellungen, Munitionslagern und Unterkünften für die Soldaten.

## Nur Werk I existiert nicht mehr

Die drei historischen Festungen zählen heute zu den Sehenswürdigkeiten von Swinemünde und werden touristisch genutzt. Auf der Engelsburg [Fort Anioła] gibt es ein Café und auf der Ostbatterie [Fort Gerhard], in der Nähe des Leuchtturms gelegen, begeistert der „Kommandant“ in historischer preußischer Uniform und mit Pickelhaube die Kinder, die er in „Exerzierübungen“ einbezieht.

Auf dem Höhepunkt der Vorführung wird schließlich ein Kanonenschuss ausgelöst. Und neben der Westbatterie [Fort Zachodni], die ebenfalls besichtigt werden kann, befindet sich das oben erwähnte Restaurant.

Von keiner der genannten Festungen war im Ernstfall jemals ein Schuss abgegeben worden.

## ZUM 20. JUBILÄUM DES STRALSUNDER UNESCO-WELTKULTURERBES

## Welturaufführung des Films „Türen von Stralsund“

Poetischer Film über den Stralsunder Restaurator Wolf Thormeier begeisterte Premierenpublikum

In der altherwürdigen Stralsunder Spielkartenfabrik erlebte ein kleines Publikum noch vor dem großen Lockdown für Kultureinrichtungen eine ungewöhnliche Welturaufführung eines ganz besonderen Films des Franzosen Francis Fourcou. Wie es in französischen Filmen allgemein üblich ist, ging es natürlich um die große Liebe, und zwar um eine ganz spezielle. Nämlich um die Liebe zu alten Türen, und daraus hat der französische Regisseur Francis Fourcou einen poetischen, ja geradezu philosophischen Film gemacht.

„Türen trennen das Private vom Außen“, beginnt der 1955 in Toulouse geborene Filmemacher die Beschreibung seiner Intentionen und Inspirationen zu dem von ihm frisch produzierten Film „Türen von Stralsund“. „Die alten Türen dieser traditionsreichen Hansestadt im einstmaligen getrennten Deutschland können selbst Geschichten erzählen, aus denen wir erfahren können, wie die Privatheit dahinter vielleicht auch unter Zwang aufgebrochen wurde“, so der studierte Cineast, dessen deutscher Lieblingsfilm

das Oscar-gekrönte Werk „Das Leben der Anderen“ ist, was erahnen lässt, wie politisch Fourcous Werke sein können.

„Die Deutschen haben meines Erachtens teilweise große Probleme mit ihrer

eigenen Historie, und mir geht es um die Rehabilitierung der deutschen Geschichte“, meint der Regisseur, dessen Lebensgefährtin eine Deutsche ist. „Deutschland ist für mich persönlich erst 150 Jahre alt,

wenn man sich vergegenwärtigt, dass die 1871 im Versailler Spiegelsaal erfolgte Proklamation des Deutschen Kaiserreiches so etwas wie die Geburtsstunde der deutschen Nation ist“, wovon der Regisseur überzeugt ist. Ein besonderer Stolz auf seine eigene Grande Nation ist dem Franzosen während des Interviews zu keinem Zeitpunkt anzumerken und ein Groll gegen den einstigen Erzfeind Deutschland sowieso nicht.

## Hommage an Stralsund

Zwei Diktaturen habe Deutschland seitdem erleben müssen, in denen es nicht selbstverständlich war, dass die Menschen frei sagen konnten, was sie sagen wollten. „Mein Freund Wolf Thormeier hat mit seinen eigenen Händen die Geschichte seiner Heimatstadt in Form von Türen schon zu DDR-Zeiten angefangen aufzuarbeiten“, sagte der Regisseur nach der umjubelten Film Premiere.

„Türen von Stralsund“ ist für den Franzosen eine Hommage an Stralsund und an die hier lebenden Menschen. Res-

taurator Thormeier kommt in dem insgesamt leisen Film viel zu Wort, singt wunderbar zur Gitarre „Dat Du min Leevesten bist“ und portraitiert einen geradlinigen Mann, der sein Handwerk wirklich liebt und den Türen ihre Seele zurückgibt.

Fourcou und seine deutsche Lebensgefährtin, deren Mutter aus Pommern stammt und die nach Stralsund gezogen ist, um hier ihren Lebensabend zu verbringen, haben mit der Hansestadt Stralsund vereinbart, den Film zum 20. Jubiläum des UNESCO-Weltkulturerbes Stralsunder Altstadt im Sommer 2022 erstmals öffentlich einem großen Publikum zu zeigen. Auf arte soll der Film ebenfalls in absehbarer Zeit ausgestrahlt werden.

Fourcou ist in der internationalen Filmwelt als renommierter Regisseur von etwa 20 Kinofilmen und 40 Fernsehfilmen hoch anerkannt. Bei den diesjährigen Filmfestspielen in Venedig wird eine US-amerikanisch-französische Produktion von ihm ihre Vorstellung erleben.

Christian Rödel



Wolf Thormeier vor seinem Atelier in Stralsund

Foto: Rödel

# „In Europa tobt eine Pandemie der Wut“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Herzlichen Glückwunsch für diesen gelungenen Artikel. Ich wollte mir die wichtigen Passagen markieren, musste aber davon ablassen, weil ich dann den ganzen Artikel markieren müsste. Weiter so!“

**Gerd-Uwe Dahmann, Salzgitter**  
zum Thema: Wenn Utopie auf Realität trifft (Nr. 1)

## **GESCHICHTSVERFÄLSCHUNG** ZU: MIT DEM SMARTPHONE UNTERWEGS (NR. 2)

Die Deutschordensburgen in Ostpreußen werden in Polen „Polnische gotische Burgen“ („Polskie Zamki gotyckie“) genannt. Nur weil die Burgen sich heute auf polnischem Staatsgebiet befinden, dürfen sie nicht als „polnische“ bezeichnet werden. Als eine deutsche Zeitung das KZ in Auschwitz als „polnisches“ benannte, war die Aufregung in Polen zu Recht groß.

Auch werden die alten Friedhöfe in den masurischen Dörfern nicht als „ehemalige deutsche“, sondern als „evangelische“ bezeichnet. Mit dieser Wortwahl betreibt man zumindest eine indirekte Geschichtsverfälschung.

*Gerd Bandilla, Erfstadt*

## **UNSOZIALES HANDELN** ZU: KOMMEN SIE NOCH MIT? (NR. 2)

Es hätte andere Möglichkeiten gegeben, um mit der Pandemie menschenwürdiger umzugehen. Alle anderen Maßnahmen werden ausgeblendet. Das ist eine unsoziale Vorgehensweise.

Seit der Milliardär Elon Musk nun auch noch auf den Zug aufspringt und RNA-Medikamente computergestützt drucken lassen möchte, fühlt man sich verraten. Es werden die ganze Kultur, Tourismus und Gastronomie und vor allem die jungen Menschen an die Wand gespielt. Das ist unsozial und nicht notwendig. Stattdessen wird das ganze gesellschaftliche Gefüge zerstört, und die Werte der Demokratie sind ins Hintertreffen geraten.

Die geschädigte Industrie muss sich gegen diese feindselige Übernahme der ganzen Gesellschaft durch einige wenige Pharmaunternehmen, Aktionäre und der Digitalisierungsindustrie wehren. Die Völkerrechtler, Verfassungsschützer und jeder einzelne müssen gegensteuern, sonst ist der Rechtsstaat Geschichte.

In Kasachstan gibt es eine Impfstoffauswahl. Hier nicht, warum nicht? China verteilt seine Impfstoffe an die ganze Welt. Die Russen wollen Sputnik verkaufen, die USA wollen Novavax verkaufen. Und wir sollen mit Strafen zu einem Impfstoff gezwungen werden, der trotz Booster Infektionswellen zulässt? Auf den Färöer-Inseln waren 82 Prozent geimpft, und sie hatten eine extrem hohe Inzidenz. Das ist verwunderlich.

*Valentina Selge, Hamburg*

## **SPIRALE DES WAHNSINNS** ZU: KOMMEN SIE NOCH MIT? (NR. 2)

Jetzt werden sogar die zweifach Geimpften von den Geboosterten angegriffen, weil diese angeblich schuld an den hohen Infektionszahlen sind. Wie lange wird es dauern, bis die geboosterten Geboosterten die einfach Geboosterten attackieren? Die Spirale des Hasses und des Wahnsinns dreht sich immer schneller.

Kein Zweifel, die Welt ist verrückt geworden. Immer mehr scheinen ihren Verstand verloren zu haben. Wenn es in diesem Stil weitergeht, ist die gesellschaftliche Katastrophe absehbar. Danach, wenn das Zusammenkehren des Scherbenhaufens ansteht, will es wieder keiner gewesen sein.

Viele Gutwillige haben es bereits aufgegeben, ihre mahnende Stimme öffentlich zu erheben, weil sie umgehend in einen Zusammenhang mit Querdenkern

oder Verschwörungstheoretikern genannt werden.

Aber es gibt mitten im Winter erste zarte Pflänzchen der Hoffnung, dass bei manchen verantwortlichen Politikern ein Nachdenken einsetzt. Selbst bei jenen, die bis vor kurzer Zeit für die Einführung einer generellen Impfpflicht getrommelt haben, überwiegt angesichts der kurzen Wirkungsdauer des derzeit verfügbaren Impfstoffs mittlerweile die Skepsis.

Andere wiederum halten an ihrer verbohrteten Impf-Ideologie eisern fest. In Europa tobt eine Pandemie der Wut. Das winzige Virus ist lediglich ein Symptom, aber nicht der Auslöser für diesen Verdross.

Mich erinnern die derzeitigen Verhältnisse an die gesellschaftliche Situation in Ex-Jugoslawien unmittelbar nach dem Ende des Eisernen Vorhangs. Menschen, die vorher friedlich neben- und miteinander gelebt hatten, wurden, aufgehetzt durch Machtmenschen, die ihre eigenen Ziele verfolgten, zu Todfeinden.

Sarajevo sollte für Europa ein ewiges Mahnmal sein. *Alfred Kastner, Weiden*

## **EIN LESE-HÖHEPUNKT** ZU: EIN LEBEN FÜR SÜDTIROL (NR. 52)

Herzlichen Dank für diesen ausführlichen Artikel über den Südtiroler Sepp Mitterhofer. Südtirol, diese wunderbare deutsche Region, wurde der deutschen Kultur im Rahmen des Unrechtsfriedens nach dem Ersten Weltkrieg auf grausame und hinterhältige Art entrissen. Anschließend sollte alles Deutsche aus dieser Region herausgedrängt und das deutsche Erbe Südtirols geleugnet werden. Welch ein Verbrechen damals der italienischen Faschisten!

Mutige Männer wie Sepp Mitterhofer, aber auch Georg Klotz und Luis Amplatz – um nur wenige zu nennen – stellten sich diesem Unrecht unerschrocken entgegen. Wie kann man diese Männer nur verunglimpfen und sie sogar als Terroristen bezeichnen?

Ich selbst wohne in Bayern und habe Südtiroler Wurzeln und habe beim Lesen dieses Artikels feuchte Augen bekommen. Ich bin Mitglied des Südtiroler Heimatbunds sowie der Süd-Tiroler Freiheit – den Rest meines Lebens werde ich nie das Unrecht vergessen, das man meiner alten Heimat angetan hat. Vielleicht ist es ein bisschen so, wie wohl mit vielen Lesern der PAZ, die im Gegensatz zu mir Ostpreußen sind, beziehungsweise ostpreußische Wurzeln haben – die alte Heimat kann und will man nicht vergessen. Ein Engagement verschiedenster Art kann helfen, die betreffende Region im Bewusstsein der deutschsprachigen Kultur zu halten.

Vielen Dank nochmals der Redaktion für diese herausragende Zeitung, ich lese sie immer gern, und wenn Artikel über Südtirol enthalten sind, ist das für mich ein Highlight. Weiter so!

*Alexander Müller, Markt Schwaben*

## **SPITZE INTERVIEW** ZU: DAS IST INTERGENERATIONELLE SIPPENHAFT“ (NR. 51)

Das Interview mit Herrn Prof. Dr. Michael Wolffsohn ist einfach spitze und sollte zu weiteren Einlassungen führen. Im Geschichtsunterricht zu DDR-Zeiten lernten wir, dass nach 1945 großflächige Enteignungen stattfanden, weil die ehemaligen Besitzer sicherlich mit Ausnahmen ihr Vermögen nicht mit der eignen Hände

Arbeit erwarben, sondern durch massive Ausbeutung.

Ob Sie Gottfried August Bürgers Gedicht „Der Bauer an seinen durchlauchtigen Tyrannen“ kennen, wage ich sehr zu bezweifeln, zumal dieses Gedicht kaum in den westdeutschen Literaturkanon aufgenommen wurde. Insofern stimme ich nach wie vor der Entscheidung zu, Cecilienhof nicht zurückzugeben. Da bin ich mit den Linken einer Meinung. Alle Güter, wie Porzellan oder Bilder, welche die Besitzer zurückerhielten, weil es ihr Eigentum sei, dürfen die Museen wieder käuflich erwerben.

Geht es den Herrschaften so schlecht? Leider war die Fürstenentschädigung eine unausgegrenzte Maßnahme, die kaum dazu führte, dass sich ein Edler um Arbeit bemühen musste. Sie verloren zwar ihre Titel und Macht, konnten sich doch auf ihren Lorbeeren ausruhen. Die Schlösser sind in Volkseigentum übergegangen, und so soll es auch bleiben. Wer aus seinen ehemaligen Schlössern oder Gütern etwas machen will, kann es tun. Aber bitte aus der eigenen Tasche.

Nun gab es zwei Staaten mit gravierenden Unterschieden zu Besitzansprüchen, die zu beachten sind. Es geht nicht nur um die Hohenzollern, sondern auch um alte Bekannte, die nach wie vor darauf pochen, ihre Besitzungen wiederzuerlangen, obwohl sich das Rad der Geschichte gedreht hat. Leider kenne ich Stimmen, welche die Bodenreform rückgängig machen würden. Diese darf niemals angetastet werden.

Herr Prof. Dr. Wolffsohn ist nun einmal im westdeutschen Teil der Republik groß geworden, was aus dem Interview zu interpretieren ist. Hat der Herr von und zu Hohenzollern so wenig Platz in seinen Besitzungen? Wohl nicht. Die Nazi-Vergangenheit seiner Verwandten ist ebenfalls zu bedenken.

*Gabriele Mark, Hoyerswerda*

## **ALTES KLEID NEU GEFLICKT** ZU: STAATSVERSAGEN, EIN REGIERUNGSWECHSEL UND UNÜBERWINDBAR SCHEINENDE GRÄBEN (NR. 52)

Neue Besen kehren gut, so lautet die alte Volksweisheit. Nur leider sind die auf „neu“ getrimmten Besen leider die alten, denn sie haben sich schon (es war ganz deutlich bei den Grünen erkennbar) in den vergangenen Regierungsperioden, in denen sie sich in der Opposition befanden, als stromlinienförmige Mitläufer disqualifiziert.

Begünstigt wurde dies durch eine Kanzlerin, die ihrem großen Vorbild getreu Probleme durch Aussitzen löste und im Übrigen eine aufscheinende Opposition durch Angleichung an deren Forderungen regelmäßig unterließ. Damit verlor zwar auch die von ihr vertretene Volkspartei alle einmal vorhandenen Konturen und versank schlussendlich im letzten Wahlkampf in der selbstgemachten wohlverdienten Versenkung. Wohin genau in dieser Partei nun die sogenannten starken Geschlechter abgetaucht waren, die einer solchen Entwicklung hätten entgegenwirken müssen, ist leider unklar. Außer blankpolierten Glatzen mit mittelmäßigen Aussagen zu bestehenden Problemen war nahezu nichts Entscheidendes für den Wechselwähler zu erkennen.

Nun finden sich nahezu 50 Prozent dieser untergegangenen Regierungsmannschaft in der neukonstruierten Dreiparteien-Regierung wieder, die schon in den ersten Tagen nach der Amtsübernahme durch markante Wortbrüche auffällig

geworden ist. Dieses neue Team gefällt sich besonders darin, Fehler und Versäumnisse der alten Regierung aufzuzählen und vergisst dabei, dass sie selbst zur Hälfte daran beteiligt war.

Wen wundert es also dann, wenn wir jetzt nach nunmehr fast zwei Jahren immer noch keine verlässlichen Daten über eine angebliche Pandemie besitzen, die unsere Bevölkerung ausrotten wird (wenn Omikron denn einmal so zuschlagen wird, wie es der gelegentlich einnickende Medizinwissenschaftler voraussieht).

Ein Bundeskanzler, der vor der Wahl hoch und heilig versprach, dass es zu keiner Impfpflicht kommen wird, kennt jetzt keine rote Linie mehr und bewegt sich wie ein Geisterfahrer in Richtung Spaltung der Gesellschaft. Erkennen kann er diese aber nicht. Vermutlich hat er sein Versprechen, mit dem er die hauchdünne Mehrheit der Wählerstimmen erreichen konnte, genauso vergessen wie die Gesprächsinhalte mit den Inhabern der Warburg-Bank, als es um die Rückzahlung der ergaunerten Cum-Ex-Gelder ging. Zirka 47 Millionen Euro sind denn für so einen Spitzenpolitiker doch wohl eher ein „Vogelschiss“.

Der Vorteil bei so viel arroganter Ignoranz liegt jedoch darin, dass man die Probleme, die sich bei der Durchsetzung einer Impfpflicht ergeben könnten, nicht selber ausbaden muss. Das kann man getrost auf die vor Ort tätigen Polizeibeamten abwälzen, die (ob gewollt oder ungewollt) bei der Durchsetzung unsinniger verfigter Maßnahmen zu einer Knüppelgarde verkommen.

Welches demokratische Verständnis bei den nun im Amt befindlichen, teils erschreckend ungebildeten Ministern und Abgeordneten der Neuberufenen vorherrscht, ist schon aus der Ausgrenzung bei der Besetzung der Ausschüsse erkennbar. Wenn er schon nicht zum Eingreifen in diese Vorgänge berufen ist, so wäre doch ein dezenter Hinweis des Staatsoberhauptes, dass es sich bei allen Parteien und deren Abgeordneten um die vom Wähler demokratisch bestimmten handelt, hier mehr als angebracht. Eine Ausgrenzung ist demokratieunwürdig und verbietet sich daher.

Leider rächt sich auch hier der Umstand, dass nicht das Volk seinen obersten Repräsentanten wählt, sondern eine handverlesene Schar Mitläufer. Hierzu passt auch die vor der Wahl erfolgte Besetzung des Spitzenamtes des Bundesverfassungsgerichtes mit einem Juristen, der nie vorher ein Richteramt bekleidet hat.

Ob wir Bürger als Melkkühe mit diesem auf 736 Mitglieder aufgebauchten Bundestag gut vertreten und beraten sein werden, muss sich erst zeigen. Quantität kann keine Qualität ersetzen, daher sind Zweifel angebracht, insbesondere dann, wenn wir erkennen müssen, dass Parteien durch die Pharmaindustrie ein Sponsoring erfahren. Anders, als es noch bei Norbert Blüm zu erfahren war – „die Renten sind sicher“ –, ist eines heute wohl inzwischen mehr als deutlich geworden: „Die Impfung ist alles andere als sicher.“

Die Gräben in unserer Gesellschaft werden sich also nur durch die Erkenntnis schließen lassen, wenn wir dazu übergehen, die Corona-Erkrankung als das zu behandeln, was sie schon seit ihrer Entdeckung vor zirka 20 Jahren war: eine neue Form der Grippe. Hier sind Betrühe, viel Trinken und Kontaktvermeidung die sichersten Mittel zur wirksamen Bekämpfung. Ziemlich sicher aber dürfen wir darauf vertrauen, dass unserer Regierung der nötige Mut fehlen wird, alles zu beenden und begangene Fehler einzugestehen. *Rudolf Neumann, Ahrensburg*



Ausgabe Nr. 2

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## WINTERSPORTREGIONEN

## Winterland Sachsen

Erzgebirge, Vogtland, Zittauer Gebirge und Sächsische Schweiz – Im Südosten der Republik gibt es gute schneeweiße Aussichten

VON ANDREAS GUBALLA

Nach langer Corona-Zwangs-pause starten Sachsens Ski-gebiete wieder in die Saison. In den vergangenen Tagen seien dazu zum Beispiel die Pisten am Fichtelberg beschneit und präpariert worden, erklärte der Chef der Fichtelberg Schwebbahn, René Löttsch. Allerdings stehen die Lifte nur für Skifahrer und Snowboarder offen, die geimpft oder genesen sind (2G). Dennoch wird in Oberwiesenthal mit einem großen Zustrom an Wintersportlern gerechnet.

Auch in den übrigen Ski-gebieten Sachsens ist wieder Wintersport möglich. Seit Mitte März 2020 gab es in Sachsen wegen der Corona-Pandemie keinen alpinen Skibetrieb mehr. Nun sind Lockerungen in Kraft getreten. Hotels und Pensionen dürfen unter Auflagen wieder öffnen.

Auch Tourismusministerin Barbara Klepsch freut sich, „dass Beherbergung und Skibetrieb durch die Entlastung in den Krankenhäusern auch in Sachsen endlich starten können. Das ist ein positives Signal aus dem Winterland Sachsen.“ Beim Besuch im Ski-gebiet Oberwiesenthal erklärte die CDU-Politikerin weiter: „Ab heute sehen wir auch aus Sachsen wieder Bilder, die alle Ski-Begeisterten einladen. Für das Tourismusland Sachsen ist es wichtig, dass wir wieder im Gleichklang mit unseren Nachbarländern sind.“

Sachsen ist ein beliebtes Reiseziel für Winterurlauber. Vor allem die vier Mittelgebirge stehen bei Einheimischen und Gästen hoch im Kurs, besonders Familien fühlen sich hier wohl. Ein großzügiges Loipennetz erstreckt sich zwischen den Hochburgen des Wintersports, vom Vogtland über das Erzgebirge und die Sächsische Schweiz bis hinein in die Oberlausitz – also letztlich vom südwestlichsten Zipfel Sachsens bis ins Dreiländereck zu Polen und Tschechien.

Speziell für Langläufer sind die Mittelgebirgsketten des Erzgebirges und des Zittauer Gebirges ein wahres Paradies. Aber auch Familien kommen auf bestens präparierten Skipisten und sanften Rodelhängen auf ihre Kosten, solange genügend Schnee fällt. Und wenn es mal nicht aus-



Mit Volldampf in den Winter: Die Preßnitztalbahn im Erzgebirge

Foto: Thomas Poth/IG Preßnitztalbahn

reichend schneit? Dann sorgen traumhafte Wanderwege für Abwechslung.

#### Skifreude im Erzgebirge

Das Erzgebirge ist seit über 100 Jahren das alpine Wintersportzentrum Sachsens. In 28 Orten – von Altenberg bis Sosa – steht den Gästen eine Vielzahl von Wintersportmöglichkeiten zur Verfügung: 70 Skipisten, mehr als 60 Schlepplifte, rund 1000 Kilometer gespurte Loipen sowie zahlreiche Rodel- und Eisbahnen warten dort auf die Besucher. Ein Höhepunkt für die Freunde rasanter Abfahrten ist vor allem der 1214 Meter hohe Fichtelberg in Oberwiesenthal, der höchstgelegenen Stadt Deutschlands.

#### Spitzensport im Vogtland

Klingenthal, Erlbach, Grünbach und Schöneck gehören zu den wichtigsten Wintersportorten im Vogtland. Insgesamt umfasst das Streckennetz in den vogtlän-

dischen Langlaufgebieten, zu denen auch noch Auerbach zählt, 211 Kilometer. Besonders beliebt bei Langläufern ist die Kammloipe zwischen Johanngeorgenstadt und Schöneck. Die 36 Kilometer lange Strecke durch den Naturpark Erzgebirge/Vogtland zählt zu den schönsten und schneesichersten in Deutschland. Sie trägt das Prädikat „Exzellente Loipe“ des Deutschen Skiverbandes und ermöglicht mit ausgewiesenen Anschlüssen Skiausflüge nach Böhmen.

Schöneck selbst lockt Besucher mit fünf bis zu 820 Meter langen Pisten und mehreren Schwierigkeitsgraden – von leicht über mittelschwer bis zur anspruchsvollen schwarzen Abfahrt – und bietet damit sowohl Anfängern als auch echten Könnern den Rausch der Talfahrt.

Das Vogtland ist auch eine Region des Spitzensports: In Klingenthal lädt die Vogtland Arena als eine der modernsten Sprungschancen Europas regelmäßig die

Weltelite ein: Skispringer und Nordisch Kombinierte treffen sich hier zu Welt- und Interkontinentalcups. Die Arena zählt zu den beliebtesten Ausflugszielen des Vogtlandes. Da vom 4. bis 20. Februar in Peking die Olympischen Winterspiele stattfinden werden, wird es im Vogtland wettkampffreie Tage geben, bei denen die Besucher in Ruhe auf die Schanze hinaufsteigen und das Panorama hoch oben von der Kanzel aus bestaunen können.

#### Zugige Fahrt im Zittauer Gebirge

Das Zittauer Gebirge und das Oberlausitzer Bergland empfehlen sich gleich mit mehreren Wintersportgebieten: Oybin/Lückendorf, dem Luftkurort Jonsdorf, Großschönau/Walterdorf oder Sohland an der Spree. Das Zentrum bildet Großschönau/Waltersdorf mit der Lausche als höchster Erhebung. Immerhin 793 Meter misst der sanfte Berg. Auf zehn Pisten warten 5,5 Kilometer Abfahrt auf Ski-

freunde. Dem Langlauf kann man auf knapp 90 Kilometern bester Loipe frönen. In der Oberlausitz finden Winterwanderer beste Bedingungen, allein in Sohland an der Spree kann man sich auf 100 Kilometern an frischer bis eisiger Luft bewegen. Bei einer Fahrt mit den sächsischen Schmalspurbahnen vereinen sich Winterzauber und Nostalgie auf schönste Weise.

#### Käsefondue in Sächsischer Schweiz

An Winterschlaf ist in der Sächsischen Schweiz nicht zu denken. Einige der schönsten Städte und Dörfer laden als „Wintertraumorte“ mit einer Mischung aus Naturerlebnis, Wellness, Genuss und Kultur zu wohltuenden Auszeiten. Kaminromantik und Winterwanderungen im Mondlicht: Das Spektrum ist so bunt wie die Orte unterschiedlich.

Das Bio- und Nationalpark Refugium Schmilka verwandelt sich in ein Winterdorf. Bad Schandau setzt auf Entspannung, Bewegung und Kreativität. Die beliebteste Aussicht der Sächsischen Schweiz, die Bastei, lockt mit genussreichen Winterangeboten. Ein Baudenabend mit Schweizer Käsefondue in der Bergwirtschaft Papststein dürfte eine der schönsten Arten überhaupt sein, eine Winterwanderung ausklingen zu lassen. Und an schneereichen Tagen kommt in Gohrlich, Sebnitz und Neustadt auf Langlaufloipen und Skipisten sogar ein alpines Wintergefühl auf.

● Weitere Infos und Angebote im Internet unter: [www.erlebe-dein-sachsen.de](http://www.erlebe-dein-sachsen.de)



Pferdeschlitten im Vogtland bei Schöneck

## WANDERERLEBNIS

## Winterwunderland Sächsische Schweiz

Ein Genuss in Weiß – Bei Schnee und Kälte verwandeln sich Pfaffenstein, Schrammsteine und Co. zu fast mystischen Attraktionen

Der Tourismusverband Sächsische Schweiz wirbt gerne mit Sätzen wie „Wandern! Das ist vielleicht das Schönste, was man im Elbsandsteingebirge machen kann. Die uralte Naturlandschaft mit ihrer bizarren Felsenwelt und ihrer faszinierenden Flora und Fauna ist eines der zauberhaftesten Wanderreviere Europas.“

Schade nur, dass das Gebirge in letzter Zeit erheblich an Attraktivität für Wanderer eingebüßt hat, weil unzählige Wege wegen umsturzgefährdeter Bäume gesperrt sind. Dazu kommen endlose Bauarbeiten an touristischen Brennpunkten wie der Bastei-Aussicht und der Felsenbühne Rathen sowie Parkplatzmangel in Kombination mit einem in dieser felsigen Region chronisch lückenhaften öffentlichen Personennahverkehr.

Gleichzeitig tummeln sich aufgrund der Corona-Pandemie dennoch sehr viel mehr deutsche Urlauber als früher in der Sächsischen Schweiz – und etliche davon halten die Naturschutzbehörden oder die

Bergrettung auf Trab, weil sie in der warmen Jahreszeit in dem Nationalpark eine Art Ballermann im Grünen sehen.

Im Winter zieht dann aber Ruhe zwischen Pirna und Schöna ein. Denn bei Eis und Schnee durch die Felsen zu laufen,

erfordert mehr als Partystimmung sowie ein Mobiltelefon zur notdürftigen Orientierung. So sind zum Beispiel eine Trittsicherheit, die passende Ausrüstung und Gespür für Wege, die tatsächlich ganzjährig begehbar sind, erforderlich. Dafür win-

ken jedoch auch unvergessliche winterliche Erlebnisse.

Zu solchen Erlebnissen zählen die Sonnenaufgänge auf dem Lilienstein, für die man sich in der dunklen Jahreszeit nicht unermesslich früh aus dem Bett quälen muss. Oder Rundwanderungen am Fuß der verschneiten Festung Königstein ganz ohne vorherigen Stau-Stress bei der Anreise. Ebenso wird der Blick von markanten, im Sommer total überfüllten Höhenzügen wie dem Pfaffenstein oder dem obersten Sockel der Schrammsteine wieder zum Genuss.

Und selbst da, wo die Felsen sonst eher grau und etwas trist wirken, leuchten sie nun plötzlich im Kontrast zu der strahlend weißen Schneedecke und dem tiefblauen Himmel in einem satten Maisgelb, zarten Violett oder mystischen Rot. Dergleichen werden interessante Landschaftsdetails sichtbar, die im Sommer hinter dem dichten Laubwerk der Bäume verschwinden.

Zu den ganz besonderen Eindrücken in der winterlichen Sächsischen Schweiz zählt zudem der Besuch im Polenztal. Hier sorgen bizarre Eisbildungen an den Wänden über den Wanderwegen für einmalige Anblicke. Das gilt nicht zuletzt für die Gautschgrotte unweit von Hohnstein. Von oben tropft beständig Wasser in den 40 Meter breiten natürlichen Felsendom, wodurch spektakuläre Stalagmiten und Stalaktiten aus Eis entstehen, welche die Phantasie des Betrachters anregen. In manchen Jahren bildet sich sogar eine durchgehende Eissäule von fast 20 Metern Höhe, an der dann Kletterer mit Spezialgerät herumturnen.

Anregender als im Sommer ist darüber hinaus auch der Besuch der Ortschaft Schmilka an der Grenze zu Tschechien, die zwischen November und Februar als rustikales „Winterdorf“ fungiert. Allerdings schlagen hier dann schon wieder die zahllosen Corona-bedingten Einschränkungen aufs Gemüt. Wolfgang Kaufmann



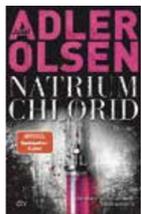
Seltener Anblick: Die mit einem zarten Flaum von Schnee bedeckte Basteibrücke

## ● FÜR SIE GELESEN

## Ein neuer Fall fürs Dezernat Q

Carl Mörck, der grimmige Leiter des Kopenhagener Sonderdezernats Q für ungeklärte Mordfälle hat zwei harte Nüsse auf einmal zu knacken. Mit seinem Team ist er einem seltsamen Serienmörder auf der Spur, und ein Irrsinniger hinterlässt bei seinen Morden, die vorrangig als Selbstmord getarnt waren, einen seltsamen Salzhügel. Zudem holt Mörck die Geschichte ein. Vor ein paar Jahren kam ein Kollege ums Leben, der bei ihm einen Koffer deponiert hatte. Der brummige Mörck, der quirlige Assad und die zuverlässige Rose sind das Dezernat Q, das genau wie alle anderen Dänen unter Corona-Auflagen arbeiten muss. Ihnen läuft die Zeit davon, besonders als einer von ihnen auch noch in die Hände des skrupellosen Mörders fällt.

Sehr spannend und flüssig schreibt Jussi Adler Olsen im Krimi „Natriumchlorid“ in fesselnden Erzählweise. Eine sehr zu empfehlende Lektüre – wie auch die acht Fälle davor. A.S.



Jussi Adler Olsen: „Natriumchlorid“, dtv, München 2021, gebunden, 527 Seiten, 25 Euro

VON M. ROSENTHAL-KAPPI

Hubert Seipel ist einer der wenigen ausländischen Journalisten, denen es gelungen ist, nah an Wladimir Putin heranzukommen. Es zeugt von einem großen Vertrauensbeweis, dass der deutsche Journalist, der unter anderem für den „Spiegel“ tätig war, den Kremlherren über Monate begleiten durfte, um fürs deutsche Fernsehen die Dokumentation „Ich Putin – ein Porträt“ anlässlich der Präsidentenwahl 2012 zu drehen. Seipel erhielt so Einblicke, die anderen verwehrt bleiben, und darf sich zu Recht als Putin-Kenner bezeichnen.

In seinem Buch „Putins Macht. Warum Europa Russland braucht“ beschreibt Seipel, wie sich die globalen Machtverhältnisse in den letzten Jahren verändert haben und Europa zunehmend in ein gefährliches Spannungsverhältnis zwischen den USA, China und Russland gerät. Die täglichen Warnungen vor einer drohenden Kriegsgefahr in der Ukraine zeugen von der Aktualität des Buches.

Als Hauptursache für die gestörten Beziehungen sieht der

Autor stereotype Vorurteile über Russland sowie generell ein Gefühl der Überlegenheit des Westens gegenüber den ehemaligen Ostblockländern. Diese Haltung schüre tiefes Misstrauen. Vieles, was Berlin oder Brüssel dem Rest Europas als Rezept verschreibe, werde dort als Diktat verstanden und führe dazu, dass diese sich auf ihre nationale Identität zurückbesinnen. Seipel zeigt die Gräben auf, die diese rücksichtslose Politik geschaffen hat, und welche Schwierigkeiten bestehen, diese zu überwinden.

Hauptverursacher von geopolitischen Spannungen sind die USA, deren Einfluss als Hüter der



FOTO: IMAGO/TAR-TASS

Weltordnung allmählich schwindet. Dennoch glaube fast jeder Amerikaner unerschütterlich daran, etwas Besonderes zu sein. In der Realität machen seit Jahren China und Russland den USA ihre Rolle als Weltordnungsmacht streitig. Längst verfolgen die beiden eigene Interessen und haben sich auf ein strategisches Bündnis geeinigt.

Die USA beabsichtigen, die europäische Verständigung mit Russland zu torpedieren. Ein Beispiel ist Nord Stream 2. Die Sanktionen gegen das Wirtschaftsprjekt dienen in erster Linie der Umsetzung der „America First“-Linie, die Ex-Präsident Donald Trump sich auf die Fahne geschrieben hatte. Weltpolitisch verschleierte als Sorge um die Energiesicherheit der europäischen Partner werde sie von der Biden-Regierung fortgesetzt. Ziel sei es allerdings, US-Firmen zu neuen Absatzmärkten in Europa zu verhelfen.

Seipel geht auch auf die Krisen in Libyen und Syrien sowie auf die Rolle der westlichen Medien ein, die

neben Fakten auch viel Propaganda verbreiten, sodass es schwierig sei, zwischen Gut und Böse, Opfer und Täter zu unterscheiden.

Für Putin sei ein Teil der westlichen Identitätspolitik reine Arroganz. Sein Erfolg beruhe auf dem Rückgriff auf bewährte Muster, etwa bei der Wiedereinführung der sowjetischen Hymne. „Wenn Sie etwas Neues erreichen wollen, müssen Sie auf Bekanntes zurückgreifen, sonst kommen Sie nicht weit“, sagte Putin. Das mag auch die Re-Sowjetisierung weiter Teile des gesellschaftlichen Lebens in Russland begründen.

Seipel macht an zahlreichen Beispielen deutlich, dass Russland auch künftig eine wichtige Rolle zur Lösung globaler Krisen zukommen wird, wie auch, dass die russische Regierung trotz aller Diskrepanzen an Deutschland als wichtigem EU-Staat interessiert bleibt.



Hubert Seipel: „Putins Macht. Warum Europa Russland braucht“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2021, gebunden, 352 Seiten, 24 Euro

## POLITIK

## Die CDU im Kielwasser des linken Zeitgeistes

Warum der CDU-Politiker Eugen Abler nach über 40 Jahren seine Partei verließ, erklärt er in seinem Buch „Der Verrat am C – Einsichten und Ansichten eines ehemaligen CDU-Mitglieds“

VON BERND KALLINA

November 2021: Dichtes Gedränge herrscht beim 81. Godesberger Pressestammtisch (GPS). Zu Gast war diesmal in dem Haus der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu Bonn der frühere CDU-Politiker Eugen Abler aus Baden-Württemberg. Er verließ 2020 nach über 40 Jahren Mitgliedschaft seine Partei und verfasste dazu das Buch: „Verrat am C – Einsichten und Ansichten eines ehemaligen CDU-Mitglieds“, das er bei der traditionsreichen Studentenverbindung in seinen Grundzügen vorstellte, was lebhaft und kontroverse Diskussionen auslöste.

Zentrale These des CDU-Abtrünnigen: Konservative seien in der Merkel-Union heimatlos geworden. Die frühere – zu DDR-Zeiten – Funktionärin der kommunistischen FDJ habe die Partei in einem langen Prozess nach links geführt und dabei die konsequente Entkernung des „C“ betrieben. Als Beispiele führte Abler, der aus einer traditionsbewussten katholischen Familie der Bodensee-Gegend stammt, vor allem die Öffnung zur Gender-Ideologie an, die Ehe für alle, das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare, die Frühsexualisierung von Kindern sowie die Einführung eines „dritten Geschlechts“.

All dies und noch viel mehr stünde im Widerspruch zur christlichen Lehre, weswegen das „C“ auch konsequenterweise

aus dem Parteinamen entfernt werden sollte, so der Autor.

## Konservative wurden unter Merkel heimatlos

Unter Hinweis auf den trefflichen Satz Otto von Habsburgs, „Europa wird christlich sein, oder es wird nicht sein“, betonte Abler, dass wir uns als Deutsche und Christen unserer Herkunft zu erinnern hätten, „wenn wir die Zukunft gestalten wollen“. Dem stünde neben einer weitgehend säkularisierten Gesellschaft vor allem die von Merkel befeuerte illegale Massenzuwanderung – vornehmlich aus muslimischen Ländern – entgegen. Warum? Weil der politische Islam ein islamisches und damit nicht-christliches Europa anstrebe, das mit unseren Vorstellungen von Menschenrechten und Demokratie schlicht unvereinbar sei. Außerdem, so Abler, sei es ein Irrtum zu glauben, dass die Zuwanderer unsere Arbeits- und Demographieprobleme lösen könnten. Hinzu komme der Fakt, dass es bei den sogenannten Flüchtlingen eine wesentlich höhere Kriminalität als in der angestammten Bevölkerung gebe, was jedoch offiziell heruntergespielt, wenn überhaupt erwähnt werde.

Auch den Mainstream-Medien komme bei der linken Zeitgeist-Gängelung von Bevölkerung und Union eine zentrale Rolle zu. Sie berichteten in rot-grüner Tendenz einseitig regierungsfreundlich, anstatt eine kritische Wächterrolle einzunehmen. Nicht hinnehmbar sei des Wei-

teren, dass vor allem öffentlich-rechtliche Medien Kritiker der Regierung in einem von links befeuerten „Kampf gegen Rechts“ massiv bekämpfen würden. Dabei werde seit Jahren desinformatorisch „rechts“ mit „rechtsextrem“ gleichgesetzt, was semantischer Betrug sei. Doch die Merkel-CDU unternahm nichts dagegen, teilweise stützte sie diese Kampagne sogar.

## Plädoyer für das Leben und gegen Abtreibung

Abschließend kam Abler auf „die dunkelste Stunde des europäischen Parlaments aus der Sicht eines Lebenschützers“ zu sprechen. Diese sei am 24. Juni 2021 gewesen, als im Europaparlament der Matic-Bericht mehrheitlich angenommen wurde. Mit ihm werde die Abtreibung in völliger Verkehrung der Sachlage als „Menschenrecht“ definiert und damit das Menschenrecht auf Leben den Ungeborenen abgesprochen. Der Buchautor in seinem Schluss-Apell: „Wir müssen uns von der Kultur des Todes verabschieden und uns wieder zu einer Kultur des Lebens hinwenden!“



Eugen Abler: „Der Verrat am C. Einsichten und Ansichten eines ehemaligen CDU-Mitglieds“, Gerhard-Hess-Verlag, Bad Schussenried 2021, broschüriert, 320 Seiten, 18,90 Euro

## MEDIZINGESCHICHTE

## Zwei Forscher, die in Berlin wirkten

Rudolf Virchow und Hermann von Helmholtz sind nicht nur deutsche Ausnahmeforscher, sie machten die Hauptstadt auch zur „Gesundheitsstadt“

VON DIRK KLOS

Vor 200 Jahren wurden Rudolf Virchow (1821–1902) und Hermann von Helmholtz (1821–1894) geboren. Für den Wissenschaftshistoriker Ernst Peter Fischer und den Mediziner Detlev Ganten war das willkommener Anlass, nicht nur diese beiden Ausnahmeforscher zu würdigen, sondern am Ort ihres hauptsächlichlichen Wirkens die Entwicklung der „Gesundheitsstadt Berlin“ nachzuzeichnen.

Die Autoren beginnen mit einer Geschichte der Medizin. Sie wird dem Leser im Eiltempo seit der Antike bis zum 19. Jahrhundert dargestellt, dabei mit vielen spannenden Einzelheiten, oft in arg geraffter Form. Im Mittelpunkt des Buches stehen die wissenschaftlichen Lebensläufe der beiden Protagonisten.

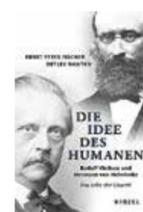
Der große Arzt Virchow war auch Politiker, Mitglied des Preussischen Landtags und später des Reichstags, und dabei ein intimer Feind Bismarcks, der ihn einmal sogar zum Duell aufforderte (was Virchow ablehnte und sich beim Kanzler entschuldigte). Sein Credo „Die Medizin ist eine soziale Wissenschaft, Politik ist weiter nichts als Medizin im Großen“ ist bis heute Allgemeingut.

Helmholtz, den man ehrfurchtsvoll den „Reichskanzler der Physik“ nannte, blieb bei seinem Fach. Unübersehbar sind die Anregungen und Entdeckungen, die der ebenfalls studierte Mediziner beiden Fächern gab und die vielfach bis heute Gül-

tigkeit haben. Sein großes Organisationstalent bewies er, als auf sein Betreiben die Physikalisch-Technische Reichsanstalt (heute Bundesanstalt) gegründet wurde, deren erster Präsident er wurde.

Danach schwenken die Autoren nach einer ebenfalls recht kursorischen Geschichte der Medizin im 20. Jahrhundert um auf die medizinische Forschung in Berlin. Sie zeigen, wie durch Zusammenarbeit der drei Universitäten, der Charité und des mitunter etwas zu euphorisch genannten Max-Dellbrück-Zentrums für Molekulare Medizin (Ganten war dessen Gründungsvorstand) Spitzenleistungen angestrebt und wiederholt auch erreicht wurden, was bis zu Christian Drosten reicht.

Das Buch lässt seine Leser staunen angesichts herausragender Leistungen. Eine stärkere Konzentration nur auf Virchow und Helmholtz wäre sinnvoller gewesen, aber die Autoren wollten wohl Berlin in ein goldenes Licht rücken, was nicht immer überzeugt. Unerklärlich bleibt, wie ein solches Buch ohne ein Personen- und Sachregister ediert werden konnte.



Ernst Peter Fischer/ Detlev Ganten: „Die Idee des Humanen. Rudolf Virchow und Hermann von Helmholtz. Das Erbe der Charité“, Hirzel Verlag, Stuttgart 2021, gebunden, 264 Seiten, 26 Euro

## FAHRRÄDER IN OSTPREUSSEN

## Wie Königsberger aufs Rad kamen

Von Gründungsvätern und Profis – Hermann Althoff und Franz Todtenhöfer leisteten Pionierarbeit

VON NIKOLAJ TSCHEBURKIN

Im Jahr 1881 eröffnete der Kaufmann Hermann Althoff im Haus Nr. 5 am Paradeplatz in Königsberg ein Fahrradgeschäft. Sein Geschäft befand sich im Stadtzentrum gegenüber dem Gebäude der Universität Albertina (heute ist dort die Staatliche Baltische Kant-Universität in der Universitätskaja-Straße untergebracht).

**Die Firma Althoff war ein Pionier im Fahrradverkauf in der Stadt**

Schon bald erfreute sich das neue zweirädrige Verkehrsmittel bei den Bürgern großer Beliebtheit. Einige Jahre später, im Jahr 1884, wurde der Deutsche Radsportverband gegründet und zwei Jahre darauf hatte der Königsberger Radsportverein in der ostpreußischen Provinzhauptstadt seine Geburtsstunde. Ein Jahr später eröffnete in Insterburg [Tschernjachowsk] der Fahrradclub Adler.

Die große Nachfrage der Königsberger nach dem Erwerb und der Wartung von Fahrrädern kam dem Geschäft von Althoff sehr entgegen. Ende des 19. Jahrhunderts eröffnete er in der Nähe der Hausnummer 11 am Steindamm, unweit des damals gleichnamigen Tores, das aus der Stadt herausführte, einen großen Fahrradausstellungsraum mit Reparaturwerkstatt. Während der Nordostdeutschen Industrie- und Handwerksmesse von 1895 in Königsberg wurden Althoffs Fahrräder mit einer Medaille ausgezeichnet.

**Erste Fahrradfabrik entstand im Jahr 1899**

1899 gründeten Hermann Althoff und der Unternehmer Politt die Königsberger Fahrradfabrik. Auf dem Grundstück Nr. 55 in Hufen an der Bahnstraße wurden die Produktionsgebäude des Unternehmens errichtet. 1901 begann die Fahrradfabrik Baltia in Königsberg mit der Produktion von Fahrrädern. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Räumlichkeiten der Fahrradfabrik Baltia in ein Reparatur- und Mechanikwerk umgewandelt. Die Fabrik war noch bis 2015 in Betrieb. Erst dann wurden die Produktionsgebäude abgerissen und an ihrer Stelle entstanden vier neunstöckige Wohnblöcke.

**Polo – die zweite Fahrradmarke aus Königsberg**

Einige Jahre später, im Jahr 1905, bekam die Firma Althoff Konkurrenz, als eine weitere Fahrradmarke – Polo – über die



Reste des Fahrradwegs sind noch erkennbar: Fahrbahn der heutigen Karl-Marx-Straße in Königsberg

Foto: N.T.

Straßen Königsbergs rollte. Hergestellt wurden die neuen Fahrräder von dem passionierten Radrennfahrer und Unternehmer Todtenhöfer. Die Lenksäule dieses Stahlrosses trug ein Schild mit dem Bild eines Polospielers. Ein einfacheres Messingschild mit dem Namen des Inhabers Franz Todtenhöfer und dem Firmensitz in der Junkerstraße 16 in Königsberg wurde ebenfalls als Emblem für diese Marke verwendet.

Todtenhöfer wurde am 13. August 1875 in Königsberg geboren. Schon als Kind war er von einem neuen Verkehrsmittel, dem Fahrrad, fasziniert und blieb ihm zeitlebens treu, obwohl er beruflich oft mit dem Auto unterwegs war. Seine ersten Erfolge im Radsport erzielte er bereits während seines Studiums an der Albertina in Königsberg und als Mitglied der Masovia Corporation.

Im Alter von 18 Jahren wurde er 1893 Meister im ostpreußischen Provinzialradrennen. 1895 eröffneten Todtenhöfer und der Ehemann seiner Schwester Max Rautensperger in der Junkerstraße 16 ein Fahrradgeschäft. Ermöglicht wurde dies dadurch, dass Franz' Vater jedem seiner

drei Kinder eine große Geldsumme schenkte. Es sollen 10.000 Reichsmark gewesen sein.

**Radwege wurden zuerst im Tennisstadion Tiergarten gebaut**

Im Jahr 1897 wurde das Tennisstadion Tiergarten im nördlichen Teil des Königsberger Zoos mit Fahrradwegen gepflastert. Von da an wurden dort Radrennen veranstaltet. Todtenhöfer belegte in den Jahren 1898 und 1899 die Plätze 2 und 3 bei den Königsberger Radrennen. 1899 wurde er „1. Fahrwart“ des 1886 gegründeten Radfahrer Clubs Königsbergs und nahm weiterhin an Radrennen in Ostpreußen teil. Im Jahr 1906 wurde Todtenhöfer zum 2. Vorsitzenden des Fahrradclubs gewählt.

Ab 1902 war die Firma Franz Todtenhöfer & Co. auch als Autohaus tätig. Das Unternehmen verkaufte Autos der Marken Fiat, Mercedes und Opel. Mit der Zeit entwickelte sich das Unternehmen zum Generalvertreter des Opel-Werks für West- und Ostpreußen, Danzig und das gesamte Baltikum.

1906 vergrößerte sich das Unternehmen und zog in das Haus Nr. 142/143 am Steindamm um, das neben Büro- und Verkaufsräumen auch Werkstätten für Maschinenreparaturen beherbergte.

Im Jahr 1921 gründete Franz Todtenhöfer in Königsberg den „Verein für Fahrradwege“. Dank dieser Orga-



Werbung für die Firma von Hermann Althoff: Die Firma am Paradeplatz 5 verkaufte neben Fahrrädern auch Nähmaschinen und anderes

Foto: privat

nisation entstanden auf den Straßen der Stadt die ersten Fahrradwege. Bis heute hat nur die Hagenstraße/Simsonstraße [u. Karla Marxa] ihre historischen Fahrradspuren behalten.

**Masovia, eine neue Fahrradmarke, kommt hinzu**

1930 wurde das Unternehmen schließlich in die Todtenhöfer Aktien-Gesellschaft umgewandelt und

baute am Heumarkt in Königsberg eine dreigeschossige Halle mit Platz für 350 Autos. Unter der Garage befand sich eine Maschinenwerkstatt. Nach 1946 wurde die Garage als Parkplatz für Krankenkraftwagen genutzt. Das Gebäude beherbergt heute das Barnaulskij-Einkaufszentrum. 1933 ließ Todtenhöfer eine neue

Fahrradmarke registrieren – Masovia. Damit erwies er einer der studentischen Korporationen an der Königsberger Universität Albertina, der er selber auch angehörte, eine Ehre. Jedes Jahr lud Todtenhöfer alle Mitarbeiter seiner Firma ein, von Königsberg nach Groß-Heydekrug [Wsmorje] im Stadtbezirk Groß-Heydekrug [Swjetlowsk] zu radeln. Bedingung war, dass alle Mitarbeiter seiner Firma mit dem Fahrrad dorthin fahren mussten. Die Ausflüge endeten immer mit einem Firmentreffen in einem Restaurant, zu dem die Familien der Mitarbeiter mit dem Boot anreisten. Da während dieser Veranstaltungen auch reichlich Bier und Wein floss, durften die zuvor mit dem Fahrrad angereisten Mitarbeiter mit dem Boot zurückfahren, da eine Rückfahrt mit dem Fahrrad nicht mehr in Frage kam.

**Neuanfang nach dem Krieg in Berlin**

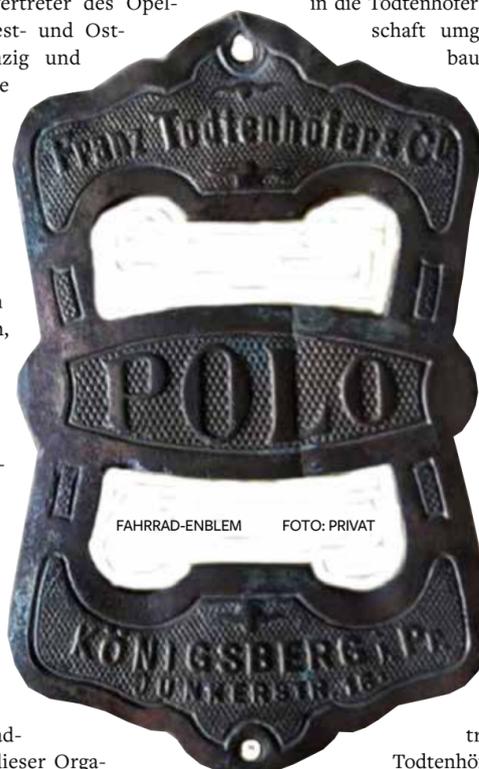
Im Jahr 1946 fand Todtenhöfer in Berlin seine neue Heimat. Trotz seines stolzen Alters von 70 Jahren gründete er dort ein neues Unternehmen. In der Schillerstraße 14 in Berlin wurden ein Geschäft und eine Fabrik für die Herstellung von Fahrradteilen eröffnet. In den Jahren 1952 und 1953 befasste sich sein Unternehmen ausschließlich mit dem Großhandel von Ersatzteilen und Zubehör für Fahrräder.

Franz Todtenhofer starb am 22. März 1955 in Berlin. Dies ist die Lebensgeschichte eines Mannes, der seinen kreativen Weg der Entwicklung des Radsports in Ostpreußen gewidmet hat.



Für den Radsport in Königsberg von Bedeutung: Die Fahrradfabrik des Radrennfahrers Franz Todtenhöfer

Foto: privat



FAHRRAD-EMBLEM FOTO: PRIVAT

## ● AUFGESCHNAPPT

Jasmina Kuhnke bezeichnet sich als afrodeutsche Serbokroatin. Bekannt wurde die „Aktivistin“, als sie im letzten Oktober ihren Auftritt bei der Frankfurter Buchmesse absagte. Bedroht gefühlt habe sie sich vom Verlag „Jungeuropa“, der dort mit einem Stand vertreten war. Worin diese Bedrohung durch den „rechten Verlag“ bestanden haben soll, blieb unklar. Allerdings gab es reichlich politisch-mediale Unterstützung für Kuhnke. Unter anderem daran anknüpfend, erwägt der Frankfurter Kulturausschuss nun, „rechte Verlage“ ganz von der Messe auszuschließen. Keine Angst vor Prozessen solle man infolge einer untersagten Teilnahme haben, so ein Stadtverordneter der Linken. SPD-Kulturdezernentin Ina Hartwig erklärte, der „Jungeuropa“-Stand habe „keine glückliche Platzierung“ gehabt. Ihr Parteifreund Thomas Bäßler-Wolf machte, im Falle eines Verbleibens, einen konkreten Vorschlag: „Platzieren Sie die rechten Verlage dort hin, wo sie hingehören, in die letzte Halle, neben die Toilette.“

E.L.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Virologe Jonas Schmidt-Chanasi weist im „Hamburger Abendblatt“ (22. Januar) auf schwerwiegende Defizite in Deutschland hin:

„Die Datenerhebung und Datenauswertung in Deutschland ist eine Katastrophe. Wir profitieren nach wie vor von Daten aus England, aus Dänemark, aus Israel. Im wissenschaftlichen Wettbewerb sind wir in dieser Hinsicht nicht die Besten. Das beginnt bei einem nicht vorhandenen Impfregister und reicht bis zur digitalen Patientenakte. Wir berauben uns elementarer Forschungsvoraussetzungen.“

Gegenüber der „Welt am Sonntag“ (23. Januar) übt Sahra Wagenknecht (Linkspartei) harte Kritik an Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD):

„Ein Gesundheitsminister, der in erster Linie für Verunsicherung und Chaos sorgt und seine wichtigste Aufgabe offenbar im Verbreiten von Angst und Panik sieht, ist gerade in Pandemiezeiten eine Fehlbesetzung. Man kann doch nicht von heute auf morgen für Genesene und einen Teil der Geimpften andere Regeln erlassen – ohne jede wissenschaftliche Begründung, ohne demokratische Debatte, öffentliche Kommunikation und ohne Übergangsfristen.“

Matthias Matussek wundert sich in der Schweizer „Weltwoche“ (25. Januar) darüber, wie unterschiedlich die Vergesslichkeit von Bundeskanzler Scholz und dem emeritierten Papst Benedikt XVI. von deutschen Medien bewertet wird:

„Erinnerungslücken werden ihm (Benedikt XVI.), anders als unseren Regierenden, nicht gestattet, denn hier geht es um den größten und besonders von Protestanten gehassten katholischen Theologen des Jahrhunderts. Ein total unwirker konservativer Glaubensmann. Und der soll endlich abgeräumt werden.“

Rolf-Dieter Krause, der ehemalige Leiter des ARD-Studios in Brüssel und als EU-Berichterstatter noch vielen deutschen Fernsehzuschauern bekannt, hat auf Twitter (24. Januar) seine Eindrücke von einer Demonstration von Maßnahmenkritikern geschildert:

„Ich wollte es mal mit eigenen Augen sehen: #Montagsspaziergang in Tempelin, Uckermark. 15.000 Einw., ca. 400 Teiln. (entspricht ca 100.000 in Berlin). Keine blöden Sprüche, kein Krawall, eine bunt gemischte Bürgergesellschaft. Polizei: entspannt. Radikalisierung? Nicht zu sehen.“

## ● WORT DER WOCHE

„13 Prozent der Intensivpfleger sind ungeimpft – und sollen ab März freigestellt werden. So crasht man ein System.“

Stephan Paetow, auf seinem Blog „spaet-nachrichten.de“ am 24. Januar

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Auflösungserscheinungen

Wie sich die Corona-Politiker langsam festwühlen, und worüber Honni in der Hölle lacht

VON HANS HECKEL

Man hat den Eindruck, dass sich das Corona-Management der Regierung gerade auflösen beginnt. Fangen wir mit der Teststrategie an: Eben noch wurde uns mit ernster Miene beschieden, dass Schnelltests unsicher seien, weshalb nur PCR-Tests echte Gültigkeit genossen. Nun sollen auch die Instant-Proben zuverlässig sein. Warum? Weil die deutsche Politik es nicht hinbekommt, die Regeln so zu gestalten, dass die PCR-Testkapazitäten ausreichen. Andere schaffen das: Allein die Stadt Wien kann mehr PCR-Tests stemmen als ganz Deutschland.

Und die Nachverfolgung? Überall stehen diese Luca-Täfelchen herum, muss man alternativ seine Daten hinterlassen. Wozu? Zu nichts, denn keiner benutzt die Angaben im Falle einer Infektion, selbst Erkrankte werden schon seit Wochen nicht mehr nach ihren Kontakten befragt. Man macht einfach weiter mit der Einloggerei, weil das mal so angeordnet wurde – sinnfreier Aktionismus.

Apropos sinnfrei: Das Getöse um die Verkürzung der Genesenen-Phase auf drei Monate ist nicht ansatzweise verhallt, da hören wir, dass für die Mitglieder des Bundestages der Genesenen-Status weiterhin sechs Monate gelten soll. Begründung? Keine Ahnung!

Die Autorität der Regierenden verdampft ebenfalls. Mit seinem Satz in der „Tageschau“ hat sich Gesundheitsminister Lauterbach in die Geschichtsbücher geschrieben: „Es wird ja niemand zum Impfen gezwungen. Selbst die Impfpflicht führt ja dazu, dass man sich am Schluss freiwillig impfen lässt.“ Er sagte das mit einer Ruhe und Ernsthaftigkeit, die vermuten lässt, dass er das absolut ernst meinte. Dies wiederum dürfte bei dem einen oder anderen Zuschauer den Verdacht keimen lassen, dass bei dem Minister mal jemand die Schrauben festziehen sollte.

Kanzler Scholz hat noch um Weihnachten herum steile Impfziele ausgegeben, die seine Regierung in einem Ausmaß verfehlt, welches Impfkritikern Tränen der Rührung in die Augen treiben sollte. Folge: Bei der Impfpflicht suchten Koalitionsabgeordnete bis zum Schluss nach einem Notausgang. Vielleicht nur für über 50-Jährige, lautete eine Idee. Heißt: Man fürchtet offenbar, dass man mit dem Beschluss zur Pflicht für alle der Länge nach auf der Nase landen könnte. Also musste etwas her, das leichter zu machen wäre.

Warten wir mal ab, wie das weitergeht. Es könnte noch einmal spannend werden, siehe Österreich.

Es ist nicht mehr zu übersehen: Sie wählen sich langsam fest. Und wie kopflose Festgefahrene fuhrwerken sie eben auch herum. Derweil wächst unter den politischen Akteuren die Wut über die Wirkungslosigkeit ihrer Fuchtelei. Wut macht aggressiv. NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst glüht dermaßen die Rübe, dass er im Rabauken-Jargon droht: „Wir lassen das nicht länger zu. Jetzt kümmern wir uns um die Ungeimpften!“ Wer „kümmern“ in so einem Zusammenhang hört, versteht: Gleich gibt's was auf die Ohren! Bisher kannte man diese Tonlage eher von mutmaßlich vorbestraften Türstehern als von christdemokratischen Spitzenpolitikern.

In den ganzen Ärger platzte dann noch die Nachricht, dass der Vize-Landrat des Kreises Bautzen verkündet habe, der Kreis werde die schon beschlossene Impfpflicht für Pfleger nicht umsetzen, was dessen Landrat auf Druck aus Dresden allerdings später relativierte. Das grenzt an Meuterei. Etwas Schlimmeres kann einer Führung kaum widerfahren, als dass sich rangniedere Stellen einfach weigern, ihre Anordnungen umzusetzen.

## Demos in mehr als 2000 Orten

Derweil ist die Zahl der Ortschaften, in denen mehr oder minder regelmäßig Demonstrationen gegen die Corona-Politik stattfinden, laut einer Schätzung auf mehr als 2000 gestiegen. Zum Vergleich: Ganz Deutschland zählt insgesamt gut 10.000 Gemeinden, demonstriert wird also mittlerweile in jeder fünften – das ist historischer Rekord.

Ein Rekord, welcher den politischen Entscheidern offenbar die nackte Angst in die Glieder fahren lässt. Anders sind die überschießenden Reaktionen in zahlreichen Rathäusern nicht zu erklären. Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert hat Demonstrationen verboten. Allerdings nur diejenige, welche sich kritisch zur Regierungspolitik stellen. Pro-Regierungskundgebungen bleiben demnach erlaubt. Was er wohl macht, wenn tausende Dresdener schweigend und ohne Transparente unter Einhaltung aller Regeln durch die Stadt spazieren? Agenten ausschicken, um die Gesinnung der Spazierer listig zu erschnüffeln?

Übrigens, auch wenn Sie es nicht für möglich halten: Hilbert ist in der FDP, etikettiert sich selbst also als „Liberaler“. Wer in seiner

Verärgerung über die Politik behauptet, unsere Parteienvielfalt sei bloß vorgetäuscht, alles Blockflöten, die sich bloß zum Schein unterschiedlich kostümieren, der darf sich beim Herrn Hilbert herzlich bedanken. Wo Demos ausdrücklich deshalb verboten werden, weil sie regierungskritisch sind, da hört man Honni in der Hölle kichern.

In Dortmund gehen die Stadtoberen geschickter vor. Sie haben die Spazierwilligen dermaßen mit Vorschriften eingeschnürt, dass die Versammlungsfreiheit zum rein theoretischen Konstrukt verkümmert: 3G-Regeln und Masken sind Pflicht für alle (unter freiem Himmel!), sonst droht ein Bußgeld von mindestens 2000 Euro. Auf diese Weise wird das verfassungsmäßig verbiefte Bürgerrecht, sich friedlich zu versammeln, zur Fata Morgana: Man kann sie im Grundgesetz zwar sehen, aber wenn man sie greifen will, ist sie einfach weg.

Auf der anderen Seite betteln Regierungspolitiker und ihre medialen Helfer regelrecht um Gegendemos gegen die Corona-Proteste. Dort ist es völlig egal, ob da auch der gewaltgeile schwarze Block der Antifa mitmarschiert, während bei den Kritiker-Kundgebungen ununterbrochen nach Extremisten gefahndet wird. Wenn partout keine zu finden sind, phantasiert man sie herbei.

Das Echo auf die Bettelei bleibt trotz aller Bemühungen mager und blamiert sogar noch jene Organisationen, welche sich dafür hergeben, zu solchen Ergebnis-Märschen aufzurufen. Darunter finden sich erwartungsgemäß Kirchen, Gewerkschaften und eine gewaltige Anzahl sogenannter „zivilgesellschaftlicher Organisationen“, die mit dem stolzen Anspruch auftreten, ein „Spiegel der Gesellschaft“ zu sein. Da ist es schon peinlich, wenn zur Demo kaum mehr Leute auftauchen als es Unterstützer-Organisationen zu dem Aufmarsch gibt. Zumal gewalttätige Zwischenfälle zumeist auf solche „Gegendemonstranten“ zurückgehen, die in dieser Auf-führung in die Larve der „Verteidiger von Solidarität und Demokratie“ schlüpfen, und eben nicht auf die Maßnahmenkritiker.

Ein Sprachforscher wirft den Demonstranten gegen die Corona-Politik allen Ernstes vor, die „anerkannten Erzählungen der Mitte“ in Zweifel zu ziehen. Ach so ist das: Es geht also gar nicht um das Ringen um die Wahrheit, sondern um die Verteidigung von regierungsfremden „Erzählungen“, auch Märchen genannt.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)